#### **INHALT DES MAIHEFTES / 1931**

Leitaufsatz	K. WALTEMATH
AUGUST WINNIG	Ursprünge der mexikanischen Staatspolitik . 379
Ein Anfang 337	KARL SAPPER
Geopolitische Berichterstattungen Erich Obst	Die Indianer und ihre Kultur einst und jetzt (Schluß)
Berichterstattung aus Europa und Afrika. 341 HERMANN LAUTENSACH	Geopolitik im Unterricht höherer Schulen 388
Sonderbericht über Spanien und Portugal 346	Aus der Weltwirtschaft
KARL HAUSHOFER Bericht über den indopazi sischen Raum 350 (Mit einer Karte)	GERHARD HERRMANN Weltwirtschaftlicher Bericht 391 HEINZ KONRAD HAUSHOFER
Die Berichterstattung aus der amerikanischen Welt muß in diesem Heft ausfallen, da sich Herr Professor Dr. Otto Maull zur Zeit auf einer größeren Studienreise befindet.	Bedingtheiten der organischen Agrarpolitik 395  Literaturberichte
Geopolitische Untersuchungen F. H. DONNER	HERMANN LAUTENSACH Das Seydlitz-Handbuch 403
Ost gegen West	KARL HAUSHOFER Literaturbericht über den indopazifischen Baum
Ost gegen West	KARL HAUSHOFER Literaturbericht über den indopazifischen Raum
Ost gegen West	KARL HAUSHOFER Literaturbericht über den indopazifischen Raum

## AUGUST WINNIG:

# Ein Anfang

Man muß es den Fachleuten im engeren Sinne überlassen, die in der deutschösterreichischen Zollgemeinschaft liegenden wirtschaftlichen Möglichkeiten zu beurteilen. Es ist von vornherein selbstverständlich, daß sich einzelne Träger der Wirtschaft, und zwar hüben und drüben, bedroht fühlen und ihre Bedenken vorbringen werden. Man wird sie anhören und ihren Gründen nachgehen müssen; vielleicht wird hier und da ein berechtigtes Schutzbedürfnis anzuerkennen sein; es wird Mittel und Wege geben, diesen Schutz zu schaffen. Wenn es sie aber nicht gibt, so wird man über die Bedenken nicht stolpern dürfen. Hier steht viel Höheres auf dem Spiele, und es ist die Aufgabe der Regierungen, diesem Höheren nachzugehen und sich darin nicht beirren zu lassen.

Es ist möglich, daß wirtschaftlich begründete Einwände und Bedenken gegen den Zollzusammenschluß bei uns stärker erhoben werden als in Österreich. Der Zuwachs freien Marktes ist für uns nicht groß, jedenfalls hat die Zollunion unter diesem Blickpunkt für Österreich eine ungleich größere Bedeutung. Aber einer solchen Be-

trachtungsweise haben wir uns grundsätzlich zu verschließen, und wenn wir ihr Erwähnung tun, so geschieht es nur, um zu unterstreichen, was die österreichische Regierung zur Begründung ihres Schrittes anführt: daß eine unabweisbare wirtschaftliche Notwendigkeit sie zwingt, zollpolitischen Anschluß zu suchen. Dieses rundum abgeriegelte Rumpf-Österreich muß in seiner Abriegelung ersticken. Es hat sich bisher durch Anleihen am Leben erhalten. Zum Leben aus eigener Kraft ist es nicht imstande. Man hat der österreichischen Industrie alle ihre natürlichen Hinterländer genommen. Jetzt muß sie in ihrer Einschnürung verkümmern. Österreich tut, was seine Lage ihm gebietet. Es beschreitet den Weg, den die 6. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung vor wenigen Monaten gewiesen hat. Es ist zweckmäßig, an einen Beschluß dieser Tagung zu erinnern, der ein besonderes Gesicht durch die Tatsache erhält, daß neben deutschen und österreichischen auch tschechische, polnische, ungarische, jugoslawische und rumänische Wirtschaftsführer an ihm beteiligt waren. In diesem Beschluß spricht die Tagung ihre Überzeugung aus, "daß die Herstellung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten, die durch mittelbare oder unmittelbare Nachbarschaft in einer solchen Weise verbunden sind, wie dies in Ländern Mitteleuropas der Fall ist, eine wesentliche Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen geeignet wäre. Sie würde auch das wirksamste Mittel, wenn nicht die einzige Möglichkeit bieten, der Wirtschaftskrisis zu begegnen und die schweren Folgen zu verhüten, die sich bei längerer ungeschwächter Dauer auf wirtschaftlichem wie auf sozialem und politischem Gebiet ergeben müssen. Daher hält die 6. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung einmütig den Abschluß regionaler Wirtschaftsabkommen für geboten, mit dem Ziel, eine möglichst enge Wirtschaftsgemeinschaft zwischen mittel- und südosteuropäischen Staaten herbeizuführen. Da die handelspolitischen Bemühungen des Völkerbundes erfolglos geblieben sind, fordert die 6. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung die beteiligten Regierungen auf, ungesäumt direkt über die mitteleuropäische Schicksalsfrage zu verhandeln, um sie, wenn zunächst vielleicht auch nur schrittweise, einer baldigen Lösung entgegenzuführen. Die 6. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung äußert schließlich den dringenden Wunsch, es mögen die an der wirtschaftspolitischen Interessengemeinschaft Mitteleuropas aktiv interessierten Agrar- und Industriestaaten ehebaldigst eine gemeinsame Konferenz zu dem Zwecke veranstalten, um über die zur Verwirklichung dieser Interessengemeinschaft einzuleitenden weiteren Schritte schlüssig zu werden. Besonders begrüßenswert wäre es, wenn sich an dieser Konferenz auch Deutschland beteiligen würde."

Österreich hat getan, was gesunder Menschenverstand ihm nahelegte. Darüberhinaus aber ist es deutlich, daß dieser Schritt zu Ergebnissen führen kann, die weit über Österreich und seine wirtschaftliche Gesundung hinausweisen. Der durch die Friedensschlüsse unnatürlich zerrissene mitteleuropäische Raum will wieder zusammenkommen. Seine alte Ordnung war gewiß kein Ausdruck naturgegebener Bedürfnisse und Gesetzmäßigkeiten. Wäre sie es gewesen, so hätte sie nicht von außen und innen zugleich zerschlagen werden können. Als Wirtschaftsordnung aber stand sie himmelhoch über dem Chaos, das die erzwungenen Friedensschlüsse auf diesem Raum schufen. Jetzt hat man begonnen, das Chaos zu beseitigen und eine neue Ordnung anzustreben. Es ist nicht anders möglich, als daß dieser Versuch die europäische Welt in Bewegung bringt. Denn diese Welt beruht auf dem Versailler System, sie ist von Frankreich und für Frankreich geordnet. Das Versailler System bindet den europäischen Osten an Frankreich und ordnet ihn französischen Zielen unter. Der europäische Osten dient heute der französischen Vorherrschaft und der Niederhaltung der deutschen Mitte. Dieses System ist, von Frankreich aus gesehen, die ideale Lösung der französischen Machtpolitik. Aber es tut den Gesetzmäßigkeiten des Raumes Gewalt an, es wendet sich gegen geschichtlich bedingte und bewährte Kräfte des mitteleuropäischen Raumes und unterwirft den Osten geistigen Einflüssen, die ihn wesensmäßig zugrunde richten müssen, und darum kann und darf diese Lösung, von der Mitte und vom Osten aus gesehen, keinen Bestand haben. Sie ist eine französische, keine europäische Lösung. Wenn Frankreich im Namen Europas spricht, so ist das sein alter Hochmut und ein Widersinn. Von Versailles aus gesehen, ist Europa freilich ein System, von Mittel- und Osteuropa aus geurteilt, ist es ein Chaos.

Es sind heute zunächst wirtschaftliche Gründe, von denen sich die Gegenkräfte nähren. Darin drückt sich die politische und geistige Schwäche des zerrissenen Raumes aus. Nur von der Wirtschaft konnte der Anstoß ausgehen. Die Wirtschaft ist die einzige Funktion der mißhandelten europäischen Mitte, der man wohl oder übel einen Rest von Recht zugestehen muß. Daß das deutsche Österreich zum Deutschen Reich will, weil es sich ihm geistig und politisch verbunden weiß, ist für die von Versailles gebannte Welt ein gefährlicher Anschlag auf ihre Ordnung. Aber da die Wirtschaft der mißhandelten Mitte Tribute und Zinsen für die Nutznießer des Versailler Systems aufbringen muß, kann man sie nicht zugrunde gehen lassen und muß daher ihren Bedürfnissen einigen Raum gewähren.

Irgendwo muß der Hebel fassen und die Last bewegen. Es ist genug, wenn er sie bewegt. Ist sie erst in Bewegung gebracht, so wird sich aus der Verlagerung der Schwerpunkte neue Bewegungsmöglichkeit ergeben. Das Schwerste ist der Anfang. Das Wesen der Aufgabe ergibt sich aus der Überlegung, daß es sich darum handelt, Europa raumgerecht zu ordnen; raumgerecht heißt hier: die Völker innerhalb der Stromgebiete des Rheins, der Donau und der Weichsel zu einer Lebensgemeinschaft zu vereinigen. Diese Aufgabe steht vor uns, auch wenn wir sie ob ihrer Größe nicht anzusehen wagen sollten. Auf sie muß alle deutsche Politik gerichtet sein. Wenn wir für uns eine europäische Sendung in Anspruch nehmen, so ist sie in der Lösung dieser Aufgabe gegeben. Es gibt kein anderes Volk, dem sie zukäme. Schwer ist sie darum, weil Völker dieses Raumes sein Gesetz nicht sehen und es preisgeben. Hier

liegen sicherlich die schwierigsten Probleme der deutschen Politik. Frankreich hat Sinn und Bedeutung der deutsch-österreichischen Zollgemeinschaft sofort erkannt. Es ist ganz zwecklos, ihn verschleiern oder leugnen zu wollen. Was hier begonnen ist, kann in seiner Bedeutung nicht verkannt werden. Frankreich setzt sich zur Wehr. Polen und die Tschechoslowakei stehen auf seiner Seite. Sie sind Frankreichs Vasallen und müssen manövrieren, wie Paris befiehlt. Jetzt kommt es darauf an, daß Deutschland und Österreich zu ihrer Sache stehen und sich nicht einschüchtern lassen. Frankreichs juristische Anfechtung der deutsch-österreichischen Zollunion ist hoffnungslos, wenn der Völkerbund rechtlich verfährt. Sie stützt sich auf das Genfer Protokoll, das Österreich im Jahre 1922 unterzeichnete, als ihm die Völkerbundanleihe gewährt wurde. In diesem Protokoll verpflichtete sich die österreichische Regierung, "gemäß dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Diese Verpflichtung läßt Österreich unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain seine Freiheit in bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten; vorausgesetzt ist jedoch, daß Österreich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staate ein Sondersystem oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, seine Unabhängigkeit zu gefährden."

Auf dieses Protokoll beruft sich Frankreich und berufen sich seine Vasallen. Der Plan der Zollunion hat jedoch selbstverständlich auf diese Vertragslage Rücksicht genommen, indem alle übrigen Staaten zum Beitritt aufgefordert werden, so daß von einem Sondersystem oder von der Gewährung ausschließlicher Vorteile nicht die Rede sein kann. Die englische Regierung hat denn auch schon feststellen lassen, daß der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion rechtlich nicht zu beanstanden ist. Wir werden bald sehen, in welchem Umfange der Völkerbund noch im Banne des Versailler Systems steht. Den Vertretern Deutschlands und Österreichs liegt es ob, den Plan mit der Festigkeit zu verteidigen, die sich aus der Gesamtlage des mittelund osteuropäischen Gebietes ergibt. Hier will ein Erdraum seine Zerrissenheit heilen und zu seiner natürlichen Ordnung kommen.

#### ERICH OBST:

# Berichterstattung aus Europa und Afrika.

Deutsch-österreichische Zollunion. — Briands und Beneschs Werbung um den Balkan. — Englisch-französisch-italienischer Flottenpakt. — Abrüstungskonferenz 1932. Zu den Ereignissen in Spanien und Portugal. — Der französische Spionagefall. — Polens Streben nach Danzig. — Das Völkerbundsgutachten in der Gdingen-Klage. — Regierungswechsel in Rumänien. — Symptomatische Einblicke in die Probleme des Vorderen Orients. — Die erste Eisenbahnlinie quer durch Afrika.

Daß Deutschland und Österreich als souveräne Staaten das Recht haben, ihre handelspolitischen Beziehungen im Rahmen der geltenden internationalen Verträge nach eigenem Ermessen zu regeln, kann billigerweise nicht bezweifelt werden. Es ist ebenso feststehende Tatsache, daß der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion durchaus in der Richtung eines organischen Wachstums des allseitig für notwendig erklärten paneuropäischen Wirtschaftsblockes gelegen ist, dessen konstruktivistische Schöpfung als Totalität zur Zeit nicht verwirklichbar erscheint. Loyalerweise haben die Staatsmänner des Reichs und der österreichischen Bundesrepublik ihr Vorhaben den Großstaaten bekanntgegeben in dem Augenblick, wo sich die beiden Partner der geplanten Zollunion über die Grundsätze des zu schaffenden Vertragswerkes einig waren. Ein noch stärkeres Entgegenkommen bedeutet die schon in diesem Augenblick ausgesprochene Einladung an alle interessierten Staaten, sich, wenn sie wollen, dem Versuch zur etappenweisen Niederlegung der binneneuropäischen Zollschranken anzuschließen. Trotz alledem hat die Verkündung des Planes einer deutsch-österreichischen Zollunion in der ganzen Welt eine Erregung hervorgerufen, wie wir sie schon lange nicht erlebt haben. Die wirtschaftlichen Absichten der beiden deutschen Staaten wurden als politische Quertreibereien verdächtigt, man erblickte darin den plumpen Versuch, die Anschlußfrage mit neuen taktischen Mitteln aufzurollen usw. In der Folgezeit wich der Sturm der ersten Aufregung in Amerika, England und Italien allmählich einer erheblich nüchterneren Beurteilung der Lage; indessen Frankreich und die Tschechgermanoslowakei tun noch heute so, als bedeute die in Aussicht genommene deutsch-österreichische Zollunion einen Bruch feierlich besiegelter Verträge, als handele es sich um einen feindlichen Akt gegen all die Mächte, die das auch wirtschaftlich so verhängnisvolle Diktat von Versailles verfügten.

Es ist nicht leicht, die Motive zu erkennen, die dazu führten, eine nur wirtschaftlichen Charakter tragende Aktion der beiden deutschen Staaten derartig politisch mißzudeuten und mißzukreditieren. Verletzte Eitelkeit mögen bei den Herren Briand

und Benesch eine erhebliche Rolle spielen. Frankreich und die ihm ergebene Gefolgschaft leistende Tschechgermanoslowakei hatten augenscheinlich davon geträumt, ein Europa unter der Führung von Paris zusammenzuzimmern. Daß die Glieder der kontinentaleuropäischen Staatenfamilie nicht willens waren, solche Hegemoniepläne gutzuheißen, mochte wohl schon eine stark gereizte Stimmung erzeugt haben. Um so schwerer wurde deshalb der Schlag empfunden, daß nun die Initiative zu einem grundsätzlich anders gearteten, jede Hegemoniemöglichkeit ausschließenden und nüchtern-realpolitisch angelegten Plan just von den beiden deutschen Staaten ausging. In all den letzten Jahren hatte man sich in der internationalen Welt nachgerade daran gewöhnt, daß Deutschland nur mehr eine passive Rolle spielte. Die "erschreckende" Initiative, die Deutschland einst in Rapallo entwickelt hatte, als es überraschend zum Abschluß des deutsch-russischen Vertrages kam, lag ja schon weit zurück; seitdem hatte sich Deutschland im großen und ganzen als artig und folgsam erwiesen und das ihm seitens der Großmächte zugedachte Schicksal brav getragen. Und dieses nämliche Deutschland erdreistet sich nun Hand in Hand mit dem österreichischen Bruderstaat, einen eigenen Willen zu bekunden, nach eigenem Ermessen zu handeln und grundsätzlich neue Wege zu wandeln, ohne zuvor die Erlaubnis der Versailles-Sieger einzuholen! Unerhört, ganz unerhört in der Tat! Das ganze Konzept wird einem dadurch verdorben, eine Brandfackel in das gesamte Europa geworfen!

Briand und Benesch fürchten offenbar in erster Linie, daß die osteuropäischen Agrarstaaten Neigung bekunden könnten, mit Deutschland und Österreich zusammenzugehen. Die am 4. Mai in Sinaia vorgesehene Konferenz der Kleinen Entente wird hauptsächlich über diese Frage entscheiden. Mit allen Mitteln versucht man, die Balkanstaaten fest in der Hand zu behalten, indem man ihnen verspricht, die Überschüsse ihrer Landwirtschaftserzeugnisse in Frankreich und der Tschechgermanoslowakei abzusetzen usw. Ob diese geplante Unterminierung des deutsch-österreichischen Planes glückt oder nicht, werden die nächsten Wochen zeigen. Selbst wenn Paris und Prag in Sinaia noch einmal triumphieren sollten (Ausschluß der Öffentlichkeit auf Anregung von Benesch!), wird die deutsch-österreichische Zollunion zielbewußt weiter gefördert werden müssen. Solange Berlin und Wien fest bleiben, wird keine Macht der Welt die beiden deutschen Staaten daran hindern können, ihren gemeinsamen Lebensinteressen durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen. Beschämend für das gesamte Kontinentaleuropa aber bleibt die Tatsache, daß politische Gewalten sich immer und immer noch mit solcher Leidenschaft dagegen wehren, auf die elementarsten Wahrheiten wirtschaftlicher Vernunft zu hören. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion war gleichsam die Probe aufs Exempel dafür, ob Europa reif ist, sich den Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft im Zeitalter der wachsenden Räume anzupassen oder nicht. Wenn die von Paris und Prag ausgehenden Quertreibereien anhalten sollten, so wird offenbar die wirtschaftliche Not im Abendland noch weiter steigen müssen, ehe das Bewußtsein der Schicksalverbundenheit siegt und zu einer vernünftigen Rettungsaktion treibt. Hoffen wir, daß es dann nicht zu spät dazu ist.

Der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion und die Reaktion namentlich Frankreichs und der Tschechgermanoslowakei darauf zeigen, daß Europa offenbar einer Periode erhöhten diplomatischen Betriebes, vielleicht sogar einer zukunftswichtigen Umgruppierung der Mächte entgegengeht. Die latenten Spannungen haben sich auch in den weiteren Verhandlungen über den englisch-französischitalienischen Flottenpakt vom 1. März 1931 sehr deutlich offenbart. Der hinüber und herüber gepflogene Notenwechsel hat vorläufig mit einem allseitigen "Unannehmbar" geendet. Frankreichs Wunsch, schon im Jahre 1935/36 freie Hand für Ersatzbauten zu bekommen, kann von England nicht akzeptiert werden, weil es seinerseits durch die Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten und Japan bis zum 31. Dezember 1936 gebunden ist. England hat nun vorgeschlagen, die Frage der französischen Ersatzbauten auf der für 1935 vorgesehenen Revisionskonferenz zu entscheiden unter der Bedingung, daß Frankreich sich schon jetzt verpflichtet, sich der Entscheidung der Revisionskonferenz bedingungslos zu unterwerfen. Im Ernst dürfte England selbst an die Annahme dieses seines Gegenvorschlages durch Frankreich kaum glauben; man will augenscheinlich die Angelegenheit nur bis nach der französischen Präsidentenwahl verzögern, um dann die Verhandlungen von neuem zu beginnen. - Bezeichnend für die politische Lage ist nun der Umstand, daß Italien in dieser ganzen Frage einer Einschränkung der Seerüstungen durchaus mit England konform geht. Offenbar bereitet sich in den Flottenfragen eine englisch-italienische Front gegen Frankreich vor. Wir würden uns nicht wundern, wenn hinsichtlich der deutsch-österreichischen Zollunion die Dinge ähnlich liefen. Aber uns erfüllt beim Skizzieren dieser möglichen Umgruppierung keineswegs Schadenfreude. Wir müssen in der heutigen Zeit lernen, deutsch und europäisch zugleich zu denken. Vom Standpunkt dieser Auffassung bleibt es im gesamteuropäischen und damit auch im deutschen Interesse nur zu bedauern, daß Frankreich durch seine engstirnig nationalistisch-egoistische Politik das europäische Konzert so schwer stört. Am Ende werden dadurch bloß die Ziele derjenigen Mächte gefördert, die ein Interesse daran haben, das Zustandekommen einer kontinentaleuropäischen Einheitsfront zu verhindern.

In diesem Zeichen wechselseitigen Mißtrauens und gegenseitigen Neides wird nun auch die nächstjährige Abrüstungskonferenz stehen! Was kann unter diesen Umständen dabei herauskommen? Und welche Schritte wird Deutschland ergreifen müssen, falls die Genfer Völkerbundsorganisation in dieser für Deutschland schlechthin lebenswichtigen Frage wiederum versagen sollte? Beharrt Frankreich auf seinem Vorhaben, die deutsch-österreichische Zollunion, den englisch-französisch-italienischen Flottenpakt und das Problem der allgemeinen Abrüstung gemäß

den auch für die Gegenseite bindenden Bestimmungen des Versailler Diktats miteinander zu verkoppeln, so könnte dadurch nicht mehr und nicht weniger als ein Auffliegen des Völkerbundes erzielt werden. Und dann? Armes, gequältes Europa! —

Der Sturz der spanischen Dynastie, der nun doch überraschend erfolgte Sieg der republikanischen Idee ist ein Ereignis, das in einer geopolitischen Chronik entschieden Beachtung verdient, weil sich dadurch möglicherweise das politische Bild der Iberischen Halbinsel wesentlich ändern kann. Wir begrüßen es daher mit besonderer Freude, daß sich unser alter, treuer Mitarbeiter H. Lautensach freundlichst bereiterklärt hat, die spanisch-portugiesischen Probleme (Aufstand auf Madeira!) in einem diesem Hefte beigefügten Sonderbericht zusammenfassend zu behandeln.

Wenden wir uns wieder dem großdeutschen Vaterland zu, so erwähnen wir nur kurz den leidigen Zwischenfall, der durch die Spionage französischer Offiziere im Bereich der deutsch-polnischen Grenze hervorgerufen wurde. Die Reichsregierung sah sich genötigt, offizielle Beschwerde zu erheben und das lebhafte Befremden über das Verhalten der drei französischen Offiziere zum Ausdruck zu bringen. In dieser vorbildlich ruhigen Weise wurde deutscherseits das unbeschreiblich dreiste und unerhörte Benehmen der französischen Spione erledigt. Was hätte wohl Frankreich angestellt, falls etwa deutsche Offiziere das ihnen offiziell gewährte Gastrecht in gleich schnöder Weise mißbraucht hätten?

Schwere Sorge lastet nach wie vor auf dem gutdeutschen Danzig. Die Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens ist von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes schon am 15. 8. 1921 ausgesprochen worden. Polen hat sich um diesen Entscheid nicht gekümmert, hat Gdingen ausgebaut und ist darüber hinaus bestrebt, die Hoheit über Danzig mit besonderem Einfluß auf die innere Verwaltung Danzigs, auf die Polizei und das Gerichtswesen, zu erlangen. Mit scharfen Worten hat jüngst der Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziehm, dieses völkerrechtswidrige Bemühen Polens zurückgewiesen. Seine Stellungnahme ist inzwischen wesentlich gestärkt worden durch das nunmehr vorliegende offizielle Gutachten wegen der Gdingen-Klage. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein ausführliches Gutachten ausarbeiten lassen von Sir Fisher Williams. dem ehemaligen juristischen Vertreter Englands in der Reparationskommission, Herrn Hostie, dem Generalsekretär der Rheinlandkommission, und Herrn Arnold Raestad, dem ehemaligen norwegischen Außenminister. Sir Fisher Williams und Herr Hostie sprachen in ihm ihre Auffassung dahin aus, daß die polnische Regierung die Verpflichtung hat, den Hafen von Danzig voll auszunutzen. Herr Raestad kommt zu dem Ergebnis, daß eine Verpflichtung der polnischen Regierung dahin besteht, mit Danzig über die volle Ausnutzung des Danziger Hafens eine vertragliche Regelung zu treffen. Das Mehrheitsgutachten der Herren Fisher Williams und Hostie deckt sich vollständig mit der Rechtsauffassung der Danziger Regierung. Aber auch das Gutachten des Herrn Raestad ist durchaus geeignet, Danzig in seinem Abwehrkampf gegen den polnischen Hafen Gdingen zu stützen. Schon die von Herrn Raestad angenommene Verpflichtung der polnischen Regierung, die volle Ausnutzung des Danziger Hafens durch einen Vertrag mit Danzig zu garantieren, bedeutet eine völkerrechtliche Bindung Polens gegenüber der Freien Stadt Danzig, in Anbetracht deren alle Maßnahmen Polens im Hafen Gdingen, durch die der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens irgendwie Abbruch getan wird, rechtswidrig sind. - Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß durch dieses Rechtsgutachten des vom Völkerbund ernannten Gutachterausschusses vor aller Welt dargetan wird, daß in dem Kampf Danzigs gegen Gdingen und damit um die Aufrechterhaltung der Lebensrechte der Freien Stadt Danzig das Recht auf Seiten Danzigs ist. Was unter der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen, wie sie in der Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 15. 8. 1921 ausdrücklich verlangt worden ist, zu verstehen ist, geht in völlig eindeutiger Weise aus Artikel 26 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. 11. 1920 hervor. Er besagt, daß die Verwaltung des Danziger Hafens verpflichtet sein soll, diesen in dem Maß auszubauen und zu verbessern, wie es der Entwicklung des gesamten seewärtigen Außenhandels Polens entspricht. Es wäre sinnlos, den Hafen Danzig so auszugestalten, daß er den gesamten polnischen Außenhandel über die Seeküste bewältigen kann, wenn nicht der Danziger Hafen dann auch entsprechend von Polen benutzt werden muß.

Regierungswechsel sind im Bereich des abendländischen Staatenchaos so häufig und in der Regel so wenig bedeutungsvoll für die gesamteuropäische Lage, daß wir ihrer nur in geopolitisch begründeten Ausnahmefällen Erwähnung tun. Eine solche Ausnahme ist hinsichtlich der neuen Regierung von Rumänien mit Prof. Jorga an der Spitze gegeben. Jorga hat den deutschen Minderheitsabgeordneten Brandsch zum Unterstaatssekretär für Minderheiten ernannt und damit die besondere Bedeutung der deutschen Volkheit und seine loyale Einstellung zum rumänischen Mehrheitsvolk in aller Form anerkannt. Selbstverständlich wird Brandsch in seinem neuen Amte alle Minderheiten Rumäniens zu betreuen haben. Aber daß für dieses Amt gerade ein Vertreter der deutschen Minderheit ausgewählt wurde, erfüllt uns mit Genugtuung und Freude. Eine gerechte Regelung des Minderheitenproblems in Rumänien scheint damit in greifbare Nähe gerückt zu sein. Erfüllt sich dieser Wunsch, so wird das jetzt von Rumänien gebotene Vorbild zur Nacheiferung auch in den übrigen Nationalitätenstaaten Osteuropas anspornen. Damit aber wäre für die Befriedung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas tatsächlich weit mehr geleistet als durch Dutzende von Konferenzen und Hunderte von papiernen Resolutionen.

Einen interessanten, vielleicht nur symptomatisch wichtigen Einblick in die geo-

politische Problematik des nahen Orients gewährten die ägyptische und die arabische Gedenkfeier in Berlin. Erstere feierten den 12. Jahrestag der ägyptischen Freiheitsbewegung, letztere die elfjährige Wiederkehr der Proklamation des selbständigen Königreichs Arabiens unter Einschluß Syriens, Palästinas und Mesopotamiens. Die auf diesen Versammlungen beschlossenen Resolutionen wenden sich sehr scharf gegen den französischen und britischen Kolonialimperialismus, verlangen ganz nach indischem Vorbild die Anwendung des wirtschaftlichen Boykotts und geloben, den Kampf mit aller Tatkraft fortzuführen bis zur Erreichung völliger Unabhängigkeit in Ägypten bzw. der Befreiung und Einigung aller Araber in einem die ganze arabische Halbinsel umfassenden, unabhängigen panarabischen Staat.

Das geopolitisch wichtigste Ereignis im Bereich Afrikas ist die Vollendung der ersten Eisenbahnlinie quer durch Afrika. Die Strecke geht von Benguela (Angola) nach Elisabethville (Südkongo, Hauptstadt des Erzreviers im Katanga-Gebiet) und von dort durch Rhodesien nach Beira in Portugiesisch-Ostafrika. Teilstrecken waren früher bereits in Betrieb, die Verbindung zwischen Munhango in Angola und Elisabethville ist jedoch erst jetzt ausgebaut worden. Vom 2. Mai ab wird es zum ersten Male möglich sein, ganz Afrika von Westen nach Osten im Eisenbahnzuge zu durchqueren. Elisabethville wird sich nun erst recht zu dem Wirtschafts- und Verkehrszentrum Innerafrikas entwickeln.

(Abgeschlossen Anfang Mai.)

## HERMANN LAUTENSACH:

# Sonderbericht über Spanien und Portugal

Die iberischen Zwillinge. — Portugal: Diktatur, Azorenfrage. — Spanien: Die Gebrechen der Diktatur, Verfassungsbruch des Königs, Gemeinderatswahlen, Abreise des Königs, Gefahren der jetzigen Lage, Stellung der Kirche, der katalonische Separatismus, französische und englische Interessen. — Aussichten einer Iberischen Union.

Spanien und Portugal zeigen in ihrem geschichtlichen Werdegang seit der Zeit des 12. und 13. Jahrhunderts, in der die politische Landkarte der Iberischen Halbinsel die Grundzüge ihres heutigen Aussehens erhielt, einen geradezu verblüffenden Parallelismus. Immer wieder wird man an den drastischen Ausspruch von Abelardo Merino erinnert: "Wir sind eine Art siamesischer Zwillinge, die, am Rücken zusammengewachsen, immer entsprechende Schritte tun." Der wichtigste Unterschied ist, daß die iberischen Zwillinge diese Schritte oft nicht gleichzeitig, sondern nacheinander tun und sich gegenseitig durch dieselben stark beeinflussen.

Gleichzeitig haben sie die Mauren nach Süden zurückgedrängt. Portugal beendete diese Aufgabe zuerst und schritt daher auch zuerst zur überseeischen Entdeckung

und Kolonisation. Spanien folgte in dem gleichen Jahre, in dem das letzte Bollwerk der Mauren auf iberischem Boden fiel. Der Niedergang des kleineren Portugal begann schon in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, Spaniens europäische Großmachtstellung brach durch den Erbfolgekrieg des beginnenden 18. Jahrhunderts zusammen, seine Weltgeltung erlitt 100 Jahre später den empfindlichsten Schlag. Das spanische Volk gab sich 1812 die erste Verfassung. Portugal folgte 10 Jahre später. Der ganze Rest des Jahrhunderts ist in beiden Ländern mit Verfassungskämpfen, Militärputschen und Bürgerkriegen ausgefüllt. In diesem Wirrwarr wurde Spanien erstmalig 1874 für kurze Zeit Republik. Portugal vertrieb 1910 seinen König. Aber die innerpolitischen Verhältnisse besserten sich durch den Wechsel der Staatsform nicht, da das System und seine Träger nicht geändert wurden. In Spanien endete das parlamentarische Durcheinander 1923 mit der Militärdiktatur von Primo de Rivera, in Portugal 1926 mit der des Generals da Costa, der nach wenigen Monaten durch den General Carmona abgelöst wurde. In Portugal besteht diese Diktatur noch heute, während sie in Spanien am 28. Januar 1930 durch den Rücktritt Primo de Riveras endete und nach vierzehnmonatigem Lavieren des Königs sowie der Kabinette Berenguer und Aznar am 14. April 1931 die Ausrufung der Republik zur Folge hatte. Dieser Parallelismus des historischen Werdegangs ist letzten Endes nicht eigentlich als eine rein äußerliche Kopierung des einen durch den anderen der beiden Staaten zu verstehen. Die beiden iberischen Nationen stehen vielmehr seit 800 Jahren in einem scharfen Gegensatz zueinander, der sich erst in den letzten Jahrzehnten zu mildern beginnt. Der geschilderte Parallelismus kann nur durch eine tiefgreifende Ähnlichkeit von Raum und Volk erklärt werden. Er stellt eine der auffälligsten geopolitischen Homologien dar, die die Weltgeschichte kennt. Dieselbe bietet in vielen Situationen, so auch der derzeitigen, Möglichkeiten der Prognose. Nur darf eine solche Prognose nicht schematisch verfahren, sondern muß die immerhin vorhandenen starken Verschiedenheiten der innerpolitischen Struktur beider Staaten wie auch die Verschiedenheit ihrer Stellung zu den Weltmächten sorgfältig berücksichtigen.

Die portugiesische Diktatur trat vorsichtiger auf als die spanische und hat relativ größere Erfolge zu verzeichnen. General Carmona verstand es, sich mit sachkundigen Ratgebern zu umgeben. Vor allem ist es dem Finanzminister Oliveira Salazar, früherem Professor der Nationalökonomie an der Landesuniversität in Coimbra, gelungen, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Das allgemeine Zivilisationsniveau stieg schon allein infolge der innerpolitischen Ordnung, die auf die unaufhörlichen Revolutionen gefolgt war. Das völlig verwahrloste Straßennetz kam allmählich wieder instand. England kam der Diktatur entgegen, indem es die Kriegsschulden von 20 auf 7 Mill. engl. Pfund erniedrigte. So konnte Carmona es wagen, sich im März 1928 nach einem allerdings anfechtbaren System zum Präsidenten der Republik wählen zu lassen. Die inneren Widerstände gegen die

Diktatur aber sind trotzdem geblieben. Der hohe Steuerdruck macht sie unbeliebt, und die große Zahl der Feinde, die in Frankreich oder in einer der portugiesischen Außenbesitzungen in Verbannung leben, schürt natürlich ständig den Geist der Auflehnung. Von ausschlaggebender Wichtigkeit aber dürfte der Sturz der spanischen Diktatur für das Schicksal der portugiesischen sein. Die beiden Diktaturen arbeiteten sich bei der Verfolgung ihrer Gegner gegenseitig in die Hände. Die portugiesische Diktatur ist also jetzt einer durch die jüngsten spanischen Ereignisse verstärkten und ermutigten Feindschaft ausgesetzt. Aus dieser Stimmung heraus ist die Auflehnung Madeiras und der Azoren zu verstehen. Möglich ist, daß dieselbe von einer fremden Macht unterstützt worden ist. Portugal hat leider auch unter der Diktatur nicht die Kraft gefunden, aus der von Jahr zu Jahr steigenden geopolitischen Bedeutung der Azoren für den transatlantischen Luftverkehr nationalen Vorteil zu ziehen. Es hat 1928 einer französischen Gesellschaft das Monopol für die Benutzung seiner atlantischen Inseln im Flugverkehr eingeräumt. Es ist denkbar, daß England die Loslösungsbestrebungen unterstützt, um diesen Erfolg Frankreichs, der von ausschlaggebender Bedeutung werden kann, illusorisch zu machen.

Die jüngsten Ereignisse in Spanien hängen aufs engste mit der Errichtung der Diktatur im Jahre 1923 zusammen. Der Artikel 2 des provisorischen Statuts der republikanischen Regierung läßt diesen Zusammenhang deutlich erkennen. Der Militärputsch Primo de Riveras mußte im spanischen Volk eine ganz andere Wirkung auslösen als jedes der Dutzende von "pronunciamientos", die das 19. Jahrhundert gebracht hatte. Damals wurden die Wahlen im Lande von lokalen Machthabern, den Caciquen, nach den Wünschen der herrschenden politischen Partei "gemacht". Seit dem Weltkrieg gelang diese Wahlmache nicht mehr, ein Zeichen, daß die Massen zu politischem Leben erwacht waren. Unter diesen Umständen mußte die Diktatur mit ihrer Knebelung der öffentlichen Meinung von den Massen als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. "Das Grundgebrechen der Diktatur war", so äußert sich der in innenpolitischen Dingen sehr klar urteilende de Madariaga (Spanien, Stuttgart-Berlin 1930, S. 311), "daß sie nicht begriff, wie sehr sie allem, was zu einer höheren spanischen Zivilisation führen konnte, im Wege stand. Was ist der Kern der spanischen Not? Die fanatische Liebe des Spaniers für seine persönliche Freiheit. Und wie versuchte die Diktatur diesem Übel beizukommen? Mit ungezügelter Willkür der Regierung." Die Diktatur nahm keine der großen sozialpolitischen Aufgaben: Hebung der Volksbildung, gerechtere Verteilung der Lasten, Verbesserung des Straßennetzes, Aufteilung des Großgrundbesitzes, Reform der Agrargesetzgebung, in Angriff. Durch den in amerikanischem Stil erfolgenden Ausbau von Madrid und Barcelona, durch die beiden glanzvollen Ausstellungen in Barcelona und Sevilla übernahm sie sich in finanzieller Hinsicht, verschuldete das weitere Abgleiten der Peseta und verschärfte die sozialen Gegensätze. Unter der Diktatur entfaltete sich gelegentlich der Madrider Tagung des Völkerbundsrates das ganze zeremonielle Gepränge des spanischen Hofes zum letztenmal. König Alfons machte sich, anfangs zögernd, zum Mitschuldigen der Diktatur. Bald nach dem Putsch Primos erschienen die Präsidenten der beiden spanischen Volksvertretungen beim König und machten ihn darauf aufmerksam, daß der Herrscher nach der Verfassung verpflichtet ist, aufgelöste Cortes binnen eines Vierteljahres neu zu berufen. Der König empfing sie stehend und entließ sie nach fünf Minuten. Diesen Verfassungsbruch hat das spanische Volk seinem in vieler Beziehung so sympathischen König nicht verziehen, und so wurde der Kampf gegen die Diktatur zu einem Kampf gegen die Monarchie. Die langen Monate nach dem Ende der ersteren konnten den Glauben an eine Wiedergutmachung des Geschehenen nicht stärken, sie mußten vielmehr den Eindruck erwecken, daß der König nach Wegen suche, um sich der Verantwortung zu entziehen. So wuchs die antimonarchische Bewegung lawinenhaft und hatte bei den Gemeinderatswahlen vom 12. April d. J. jenen Riesenerfolg, der den König zum Verlassen des Landes bewegte.

Ob für die zivilisatorische Entwicklung Spaniens dadurch etwas Positives gewonnen ist, muß die Zukunft lehren. Wenn man jene geopolitische Homologie, die eingangs berührt wurde, sprechen läßt, so drängt sich die Gefahr auf, daß in Spanien genau wie in Portugal von 1910 das System ungeändert bleibt, daß sich die bisher einheitliche republikanische Front schnell in Gruppen auflöst, die sich gegenseitig befehden und durch diesen Kampf jeden gesetzgeberischen Fortschritt illusorisch machen. Diese Gefahr wird vermehrt durch drei Faktoren, von denen der eine 1910 in Portugal fehlte, während die zwei anderen in viel einfacherer Form vorlagen. Portugal vertrieb und enteignete die religiösen Orden und schwächte damit die Macht der Kirche, die die Monarchie gestützt hatte. Wird Spanien diese Maßnahme vermeiden wollen und vermeiden können? Die Kirche hat in Spanien immer noch einen großen geistigen Einfluß; außerdem aber ist sie Besitzerin von Banken, Hotels, Kinos, Bergwerken und Eisenbahnlinien. Man wird sie in politischer Beziehung nicht so leicht ausschalten können wie seinerzeit in Portugal, wenn man das private Eigentum achten und es vermeiden will, sich dem katalanischen Syndikalismus auszuliefern. Der dritte Faktor ist der katalanische Separatismus. Sicher ist, daß der Zentralismus der Monarchie nicht wird aufrecht erhalten werden können; aber ein vollkommen unabhängiges Katalonien wäre für das übrige Spanien absolut untragbar. In diesem Zusammenhang erhebt sich außerdem die Frage, ob es in absehbarer Zeit zu einer iberischen Union, d. h. zu einem wie auch immer gearteten politischen Zusammenschluß von Spanien und Portugal, etwa zu einem iberischen Staatenbund, der aus den Ländern kastilischer Sprache sowie aus Katalonien und Portugal bestehen würde, kommen kann. Sicher waren die Aussichten einer solchen Union solange gering, wie in Spanien und in Portugal Monarchien existierten und keine der beiden Dynastien ausstarb. Sie waren noch geringer in den letzten 20 Jahren, während derer einer der beiden Staaten noch

Monarchie, der andere schon Republik war. Dynastischen und verfassungsmäßigen Schwierigkeiten begegnet der Zusammenschluß also heute nicht mehr, aber die inneren Gegensätze der beiden Nationen bestehen fort. Die Zeit arbeitet jedoch langsam im Sinne einer Annäherung.

Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß England eine solche so weit wie möglich verhindern wird. Es wünscht die nominelle Unabhängigkeit Portugals, das die wichtigsten überseeischen Verbindungen des Britischen Reiches flankiert. Schon die Ausrufung der Republik in Spanien ist für die europäische Politik Großbritanniens sehr unerfreulich, weniger deswegen, weil die entthronte Königin eine Engländerin ist, als weil die Gefahr einer Anlehnung der neuen Republik an Frankreich besteht, und weil über Nacht ein neues bolschewistisches Agitationszentrum in Westeuropa zur Entwicklung kommen kann.

#### KARL HAUSHOFER:

# Bericht über den indopazifischen Raum

Klarstellung gegensätzlicher kolonialpolitischer Fronten. — Gruppengliederung der europäischen Staaten nach ihrem Verhältnis zu den wertvollsten, auf der Kolonialausstellung besonders hervortretenden Kolonialräumen (Karte). — Anwendung solcher Betrachtungsweise auf wirtschaftliche Zusammenschlüsse nach Art des deutsch-österreichischen. — Läßt sich Gandhis "purna swaraj" mit einem dauernden Verbleiben Indiens im britischen Reichsverband vereinigen? — Der Ausklang des britischen Kolonialimperialismus in Persien. — Die Wirtschaftsunruhen in Australien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der benachbarten Kolonialmächte. — Kolonialpolitische und sonstige Schwierigkeiten in Japan. — China im Widerstreit zwischen Fortschritt und Tradition. — Der Putsch der "Colorums" auf den Philippinen. — Der Bevölkerungsdruck in Niederländisch-Indien.

Die scharfe Klarstellung gegensätzlicher kolonialpolitischer Fronten über die ganze Erde hin, mit besonderen Spannungsfolgen für den indopazifischen Gesamtraum, aber auch für Mitteleuropa (die sich im Mai 1931 an die Pariser Kolonialausstellung und ihre Gegenpropaganda zwangsläufig anschließen muß), wirft jetzt schon Lichtkegel voraus. Dazu gehört ein Aufsatz von J. Ladreit de Lacharrière ("Le Temps colonial", 3. 3. 1931, Nr. 43), mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, weil er mit ungewöhnlicher Blickweite (Vision) koloniale Überseepropaganda der Westmächte und ihrer Freunde und Schutzfreunde, wie auch das Gegenspiel des roten, kontinentalen "antikolonialen", aber gleichfalls "raumfressenden" Imperialismus enthüllt. Er verrät zugleich die Trennungsgräben, die Europa durch die Rückwirkung des kolonialpolitischen Frontengegensatzes in fünf ganz ungleich beteiligte geopolitische Räume zerreißen, die wir am besten durch eine Skizze verdeutlichen. Wir müssen hier an die Geopolitik der Alten Welt anknüpfen, weil nur aus ihr heraus die Bindungen Chi-

nas, Indiens, Japans, Insulinde-Indonesiens, des pazifischen Sowjetteils an diese wichtige Gegenüberstellung im Mai verständlich sind.

Nach dem Verhältnis zu den wertvollsten, auf der Kolonialausstellung besonders hervortretenden Kolonialräumen zerfällt Europa in folgende Gruppen, über die hinweg eine gleichmäßige paneuropäische Verantwortung für Außenbesitz zur Zeit geopolitisch undenkbar ist, was namentlich die sehr klug geleitete Pariser Kolonialund Kulturpolitik fühlt:

- r. Die auf der Kolonialausstellung als koloniale Besitzer vertretenen Mächte: Frankreich als Gastgeber; England, Belgien, Holland, Spanien, Portugal (im Temps als Hauptangegriffene zuerst genannt), denen sehr geschickt von überseeischen Partnern Japan und U.S.Amerika, doch wohl auch Italien angefügt sind. Sämtliche sind nur über See mit ihren Ausbeutungsräumen verbunden;
- 2. die nur zu Land mit ihren Ausbeutungsräumen zusammenhängenden Sowjetbünde, die sich in der "Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit" ein sehr brauchbares, von Berlin aus wirkendes Gegenwerkzeug geschaffen haben. Ihr Leitwort ist tatsächlich jene Äußerung Stalins: "Der Leninismus habe die Vorstellung eines Rechtes der Völker, über sich selbst zu verfügen, dahin erweitert, daß er das Recht der Kolonien anerkannt habe, sich von den Staaten zu trennen, an die sie angegliedert seien." Auf halbem Wege dazu liegt ja auch das Austrittsrecht aus dem britischen Imperium, wie es Südafrika für die Dominien verficht und mit dem Indien längst liebäugelt. Aber es ist klar, daß eine solche Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker jeden Kolonialbesitz auf Gewaltgrundlage, gegen eine Volksabstimmung z. B. (die in Indochina, Indonesien, Korea, den Philippinen sicher gegen die augenblicklichen Machthaber ausfiele), gegenstandslos macht.

Hier also stehen sich unausgleichbare Gegensätze gegenüber, die im Mai alle Möglichkeiten einer Einwirkung auf die öffentliche Meinung der Erde entfalten werden. Zwischen ihnen, und nur in Europa in solcher Enge hineingedrängt, stehen

- 3. die kolonialpolitisch besitzlosen und unbeschwerten Kleinräume Mitteleuropas, in ihrem schlimmsten Typ die raumbeschnittenen, zusammengedrückten Reste der einstigen deutschen und österreichischen Zentralmacht;
- 4. in ihrem etwas mehr durch größere Raumweite und eine gewisse autarkische Möglichkeit erleichterten und begünstigten Typ Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien, Südslawenstaat, wohl auch südlich anschließend Albanien und Griechenland, nördlich die baltischen Staaten;
- 5. als relativ meistbegünstigte die nordischen Staaten Skandinaviens und Finnland, weil sie alle in irgendeiner Form Schutzanlehnung an die nordische Anökumene, ihre Raumweite, darin sogar, wie Dänemark und Norwegen, kolonialen, freilich sehr selbständigen, fast siedlungsleeren Restbesitz haben.

Bei solcher Betrachtungsweise zeigt sich, daß wirtschaftliche Zusammenschlüsse



nach Art des deutsch-österreichischen sehr leicht durch gleichfalls kolonial unbeschwerte Räume, wie des Nahen europäischen Ostens, ergänzt werden können, durch Kolonialbesitzer aber nur, wenn sie mit der gemeinsamen Verantwortung für diesen Außenbesitz auch volle zollpolitische Bewegungsfreiheit darin einräumen würden. Hier aber klafft ein Sprung in das ganze europäische Machtsystem der die Ausstellung leitenden Kolonialmacht; daher die Offensive gegen die "Offensive contre l'Exposition coloniale", die man sich als minder heftig umstrittenes Propagandamittel zur Vereinigung aller Kolonialmächte gedacht hatte und die nun ein so scharfes Gegenspiel auf den Plan ruft, zu dem sich die Sowjets zunächst der Liga gegen den Imperialismus und ihrer Sekretäre W. Münzenberg und V. Chattopadhyaya bedienen. Auch an so ausgezeichnete Werbekünste wie die des Atlas gegen Imperialismus von Radô erinnern wir in diesem Zusammenhang; und es wird von Paris wie von Moskau aus über Berlin so viel geopolitisch wertvolles Erkenntniswerkzeug dahei entfaltet, daß diese Tatsache allein eine Erwähnung an erster Stelle rechtfertigt.

Das Gegenspiel für und wider Fremdmachtanwendung in wesensfremden Räumen tritt auch in der chinesischen und vor allem der indischen Frage in diesem Frühjahr leitend hervor. Geopolitisch müssen wir die Möglichkeit bezweifeln, daß sich Mahatma Gandhis neueste sprachliche Prägung: "purna swaraj" volle Selbstregierung (wie er behauptet) - mit einem ehrlichen Halten des Waffenstillstandes zwischen ihm und dem Vizekönig und einem dauernden Verbleiben Indiens im britischen Reichsverband vereinigen läßt. Wir sind also nach wie vor der Meinung, daß alle Waffenstillstandsversuche dieses Frühjahrs (- ganz Harmlose sprachen und druckten bereits von einem Frieden zwischen England und Indien und von einem "Ausscheiden der Politik der starken Hand" —) an geopolitischen Unmöglichkeiten scheitern müssen; denn es ist ja nicht England, sondern Indien, das nicht auf Widerstand, wenn auch in ganz anderen Formen als denen der früheren Kolonialpolitik, verzichten will. Das hatten einige britische Konservative ganz richtig durchgefühlt, als sie zuerst ihrer Mitwirkung bei der indischen Emanzipation widerstrebten und dann durch eine der gewandtesten Vernebelungsreden Baldwins hindurch ihren Rückzug - zugleich mit dem des Imperiums - antraten. Sir Reginald Graddock sprach davon, daß die ganze, so viel gerühmte Indienpolitik Lord Irwins ein einziger großer Bergrutsch britischer Macht in Indien sei; wo immer wir das Nachrichtenspiel aus Indien daraufhin prüfen, finden wir den pro- und antikolonialpolitischen Gegensatz verschärft, nicht gemildert.

Wie man von Indien aus gleichläufige Entwicklungen in Nachbarräumen ansieht, zeigt etwa das (im Lit.-Ber. V/31 näher behandelte) höchst belehrende Buch des Inders M. N. Roy: "Revolution und Konterrevolution in China". Man erkennt daraus, wie sich das Ringen auch in die inneren chinesischen Verhältnisse hineinprojiziert, wo z. B. der Außenminister Wang immer mehr zum Vertreter

des angelsächsischen Kapitals wird, auch Chiang-Kai-Shek (wahrscheinlich gegen seine ursprüngliche Einstellung) nach dieser Front hin ausweicht und die Linie der Sowjets bekämpft, ohne ihrer bisher Herr zu werden.

Bodenfremde Bauten drücken solchen Wendungen äußerlich ihren Stempel auf, wie die feierliche Langeweile von Neu-Delhi und manche Neuschöpfungen Jung-Chinas; in beiden findet man nur mit äußerlichen Ornamenten den Weg zum wirklich im Lande gewachsenen Stil! Läßt sich in Wirklichkeit eine ärger schreiende Stillosigkeit denken als das Emporsteigen Gandhis in "Fakir"tracht (wie man in England schrieb!), sein altmodisches Spindelchen schwingend, über die Marmortreppen eines im Grunde alexandrinisch-klassizistischen Baues zum Vizekönig, den zwar ein indischer Opportunist, Sir F. Sethna, geschmackloserweise als anderen "Mahatma" dem einen gegenüber pries, dessen Züge aber deutlich genug verraten, wie seine Nerven ganz anders bis zum Reißen gespannt sind als die schlauen, scheinbar so gemütlichen Runzeln von Gandhi; oder der Aufrührertrotz in Jawaharlal Nehru — der als Voraussetzung jeder Mitarbeit des Kongresses in Karachi volle Selbstregierung und Verfügung über Heer und Finanzen verlangt. Das ist der harte Kern.

Noch an einer anderen Stelle im Mittleren Osten hat ein mächtiges Werkzeug des bevormundenden Imperialismus seine Rolle zu Ende gespielt: mit der Übergabe der persischen Landtelegraphenlinien an Persien (Sir Arnold Wilson, "Telegraph control ended" — das Wesen der Sache! — "Times" 2. 3. 1931). Es hatte, wie alle solchen Machtwerkzeuge, eine rühmliche und eine peinliche Seite — die dem Gebrauch z. B. im Weltkrieg auch gegen das Land, über das es gespannt war, und als Netz zu seiner Erwürgung diente. Aber man darf von dem britischen Kolonialimperialismus in Persien sagen, daß er zuletzt in Schönheit starb und in dieser Rückgabe sowie in der persischen Kulturausstellung in London vornehm ausklang — aber immerhin verklungen ist.

Auch die Fortsetzung der bereits (Heft III und IV) geschilderten australischen — im tiefsten auf Verkennung geopolitischer Tatsachen beruhenden — Wirtschaftsunruhen trägt nicht zum Sicherheitsgefühl der großen und kleinen benachbarten Kolonialmächte bei. Zunächst tobt sie sich ja mehr in Reden als in Taten aus, und in solchen Handlungen, wie etwa dem Ausschluß des doch wahrhaftig finanzpolitisch radikalen Bundesfinanzministers Theodore aus der Arbeiterpartei, weil er die kreditvernichtende Maßnahme der Nichtanerkennung der Staatsschulden durch den Neusüdwales-Premier Lang nicht billigen wollte. Die "White-Australia"-Politik als Fernziel soll durch "eine gründliche Sozialisierung der Industrie, des Verteilungsvorgangs, der Bank- und Geldsachen" ersetzt werden. Der Bewegung zur Bildung neuer (— nicht so radikaler und verstädterter —) Staaten müsse eine zentralistische "All-for-Australia-Bewegung" entgegentreten. Rüstungen zum Bürgerkrieg seien im Gang: "Wenn Ihr Hand auf Waffen legen

könnt, bringt sie in Sicherheit", rieten die Kommunisten. In Australien gibt es offiziell 1200 Kamele — aber nicht nur der Verfasser von: "Animal Pests of Australia" meint, daß es mit den wilden viel mehr sein müssen!

Eine Weiterentwicklung in diesem Sinne könnte die großen Mächte der gelben und braunen Rassen für manchen sonstigen Entgang trösten. Auch ihr kolonienbesitzender Teil fühlt sich nicht so behaglich und sicher, wie es scheinen könnte. Sonst würde Japan nicht so weitgehende Anerbietungen an China für eine bloße Legalisierung seines eisenbahnpolitischen Besitzstandes in der Mandschurei machen, wie z. B. eine Art Besitzgarantie aller anderen chinesischen Rechte in der Mandschurei gegenüber etwaigen Folgen des chinesisch-russischen Eisenbahnkonflikts. Freilich hat auch Japan selbst unmittelbar wegen der Fischereistreitigkeiten (künstlicher Rubelkurs mit 80 RPf. statt 55 - bei uns 2,16 RM.!) und der Schließung seiner Banken in Wladiwostok Sonderverdrießlichkeiten mit den Sowjets; dazu kam nervenlockernd ein Reichstagskandal erster Ordnung mit Schießerei, 13 Verwundeten und einem mit blankem Schwert Amok laufenden M. P., einem mühsam geborgenen Außenminister Shidehara. Dafür tröstet es nur halb, wenn die Kolonialpresse das sonstige Talent der leidenschaftlichen Rasse zu Kompromissen hervorhebt. Was hilft dies und selbst eine Stimmrechtsvermehrung um 3 Millionen Wähler und der Fortschritt des Frauenstimmrechts zunächst im Kommunalrecht für 13 Millionen Frauen einem toten Premier- oder Außenminister - selbst wenn er für eine gute Sache starb? Neu-Japans Nerven sind nicht mehr die der Samurai!

Auch China — heute in vielen kulturpolitischen Fragen viel grundstürzender als das im Grunde wunderlich aus Zügen des Beharrens und Erhaltens und wilder gelegentlicher Neuerungslust zusammengesetzte Inselvolk — fühlt sich unbehaglich hin und her gerissen zwischen dem Intellektuellenwunsch, überhasteten Fortschritt zu pflegen, und der Instinktmahnung, das gute Alte nicht ganz unwiderruflich über Bord zu werfen, ehe man der neuen Kultur sicher ist.

Dafür zeugt auf der einen Seite, was Aman aus Shanghai verkündet, oder eine Korrespondenz wie "Forward moves in China" ("Times" 4. 3. 1931), worin wieder einmal eine der vielen papierenen Rekonstruktionen der Kuo-Min-Tang und ihres Machtbereichs verheißen wird, namentlich immer wieder eine Zerschlagung der alten und starken Länder in kleinere, geographisch sinnlosere Verbände mit geringerer Haltbarkeit. Nichts ist z. B. auf dem Papier einfacher und menschlich wünschenswerter als etwa die Punkte:

<sup>2.</sup> Völlige Ausrottung der Korruption im Beamtentum.

<sup>3.</sup> Unterdrückung des Räuberwesens (das zur Zeit von ganzen Divisionen mit voller Ausrüstung ausgeübt wird!!).

<sup>4.</sup> Aufzwingung der Opiumunterdrückung (dazu gibt Agnes Smedley eine lehrreiche Schilderung eines Ausflugs nach Makao, wo sie den Angeboten zur Ausübung des chinesischen

Lieblingslasters mit bestem persischen Opium — viel besser als das aus Yünnan oder Indien! — kaum entgehen kann. Wir sind gewiß nicht mit allem einverstanden, was Frau Agnes Smedley als Edelkommunistin lehrt, aber dieses Erlebnis ist zu wahrscheinlich geschildert für jeden, der selbst einmal hinter den Öfen des Ostens war!

5. Anwendung des freien Wettbewerbssystems für Regierungsernennungen (wohl auch statt

des Kuo-Min-Tang-Parteibuchs??).

6. Verwirklichung der Gau-Selbstverwaltung.

7. Militärische und finanzielle Rehabilitation - sehr wünschenswert!!

8. Eine Generalamnestie für politische Vergehen . . .

Wenn dazu noch die Herstellung des Silberwertes, die Abschaffung des Fluß- und Seepiratenwesens käme, der sich jetzt die Wachtschiffe Englands, Japans, U.S.-Amerikas, Frankreichs und Italiens widmen — so würde ja etwas wie die Sicherheit des alten Chinahandels (Dr. Chang Hsin-hai, Nanking, 2. 2. 1931; "North China Herald", 10. 2. 1931) wiederhergestellt werden können, worin die Kaiserdynastien zweifellos mehr erreicht hatten als die heutige Republik mit ihrer beklagenswerten inneren Unordnung und Verkehrsunsicherheit. Denn überrascht hört man von Dr. Chang Hsin-hai, daß — im großen Gegensatz zum heutigen Stand — zur Zeit Ibn Batutas Fremde und Einheimische chinesische Schiffe vorzogen wegen deren größerer Sicherheit, was zur Zeit auf dem Yangtse niemand tut.

Jedenfalls befuhr man den Yangtse unter Shi Hwang Ti, den Sung und Tang unter Kublai Khan und Kien Lung sicherer als heute; und China könnte kaum wie im Jahre 747 n. Chr. mit einem Regiment von 3000 Mann Gefechtsstärke im Darkot-Paß in Nordindien schützend auftreten oder mit einem Heer, wie noch 1792, vor Kathmandu in Nepal.

So wecken derartige geschichtliche Rückblicke in China eher die Gespenster eines kontinentalen großchinesischen Imperialismus auf, die in Zentralasien überall schweben, und präludieren vielleicht einem neuen Erwachen — so wie etwa die Arbeiten über die bedeutende "Rolle der Frauen in der chinesischen Geschichte" (ganz abgesehen von der mehr privaten der großen Kurtisanen!) —, einem modernen Frauenstimmrecht! (Dr. Hu Shi: "Women in Chinese history"; Auszug 10. 2. 1931; "North China Herald".)

Bedenklicher sind die Anläufe zum Bruch mit der Kulturvergangenheit, die nun einmal an den chinesischen Zeichen für ganz Ostasien hängt. Wie in Japan, tobt über die Romanisierung des Chinesischen, seine Darstellung mit römischen Buchstaben, ein heftiger Streit, bei dem neuerdings Charles S. Gardner ("The China Journal, 8 Museums Road, Shanghai", Herausgeber: Sowerby) für Verbesserungen an dem System von Thomas Wade (1859; Peking Syllabary) durch Dr. Y. R. Chao eintritt.

Wir können die bisherigen Erfolge Japans in der Romaji-Bewegung, namentlich in seiner Kartographie, nicht so überzeugend finden, daß wir China gern auf denselben bergab führenden Wegen sehen möchten. Aber gewiß kann man (wie eben erst die Regierungsorgane Pilsudskis vernünftigerweise feststellten) kein Volk davon abhalten, sich seiner Selbständigkeit und Persönlichkeit zu begeben. Das Aufgeben seiner Schriftzeichen durch den Fernen Osten ist aber zugleich ein Herabsinken von einer großen Kulturhöhe, von der Graf Keyserling mit Recht sagte, man könne darin nicht lesen und schreiben, ohne zu denken; und es ist sicher keine Vertiefung, selbst wenn es eine Erweiterung für die Weltkultur wäre, wenn man nun auch in Ostasien wie anderwärts in Romaji-Buchstaben lesen und schreiben kann, ohne zu denken, worauf die Sache doch hinausläuft!

Um auch die weiter südlichen Teile der malaio-polynesischen Welt nicht ganz aus dem Auge zu lassen, verzeichnen wir aus den Philippinen einen bösartigen Putsch der "Colorums", angeblich angestiftet von roter Propaganda, bei dem 2 Polizisten getötet und 21 verwundet wurden, mit keinem geringeren Ziel als einem Massaker unter der sehr unvorsichtigen u.s.amerikanischen Besatzung und der Wegnahme der schwer befestigten Insel Korregidor, unter Beteiligung von bürgerlichen Strafgefangenen und Philippinosoldaten.

Die Leute wußten wenigstens, worauf es ankam, und trafen bei ihren Vorbereitungen den wehrtechnisch wichtigsten Punkt; man kann sich ein gewisses Unbehagen vorstellen, wenn etwa ähnliche Vorstöße besser organisierten und größeren Stiles z. B. um Pearl Harbour sich in kritischen Momenten abspielen sollten. "Für diesmal war es nur ein Tropfen Fegefeuer..." wird man in Moskau denken.

Sehr wertvoll in seiner objektiven Schau ist endlich der "Wirtschaftliche Rück-· blick auf 1930 in Niederländisch-Indien" ("Deutsche Wacht", Batavia, 10.2. 1931), der voll kluger wirtschaftspolitischer Lehren und geopolitischer Gedanken steckt: "der Kapitallieferant wittert die Gefahren eher als der Kapitalverwalter in der Kolonie, der länger Optimist bleibt ... "; das geht auf das Verhältnis der 8 niederländischen Millionen zu ihren Vollzugsorganen unter den 61 indonesischen Millionen, aber es gilt als kolonialpolitische Maxime überall in Südostasien und wohl auch anderwärts. Indonesien wird als "eines der durch die Wirtschaftskrise am schwersten heimgesuchten Länder" gezeigt. Aber man kann doch wirklich vom Fett solcher Reserven zehren! Die Volkszahl von 60732000 Einwohnern gibt 41719524 für Java und Madura, den Rest für die Außengebiete: eine unheimliche Verdichtung! 23% Vermehrung in 10 Jahren; 315,5 Volksdichte auf den Quadratkilometer, in einzelnen Gauen 500 bis 700! Koloniale Höchstspannung an dieser Stelle, die den besorgten Vortrag des Altministers Treub in Paris, die Westanlehnung der Niederlande wie so vieles andere an Westmachtkonsolidierung 1931, sehr einfach aus der zehrenden Sorge um den Fernen Südosten und seiner be-(Abgeschlossen Mitte April.) ängstigenden Dynamik erklärt.

#### F. H. DONNER:

# Ost gegen West

Der "Irrtum" von 1914 und die Absicht von 1934 (Versuch einer graphischen Darstellung der "großen Antithese")

Wir bringen hier unter seiner eigenen Verantwortung die Auffassung eines erfahrenen niederländisch-indischen Seemannes in ihrer ganzen ursprünglichen Kraft — obwohl wir selber das Moskauer Ende in seiner Druckwirkung höher, das japanische viel tiefer einschätzen als Verfasser. Sie ist jedenfalls bezeichnend für das Bild, das sich die meistgefährdeten Außenvertreter der Kolonialmächte von deren Gefährdung und deren falscher mitteleuropäischer Politik machen, mit der sie sich die größte Menschenwucht Europas zum zweitenmal feindlich oder gleichgültig gegenüberstellen.

Der Herausgeber für den indopazifischen Raum, K. Haushofer

Die physische Erdkunde lehrt uns, daß die Erde auf beiden Halbkugeln in drei Zonen eingeteilt wird. An der Nord- und Südkappe sind die unbewohnbaren Polgebiete, vom 66° 5′ bis zum 23° 5′ die gemäßigten Zonen und vom 23° 5′ bis zum Äquator die Tropen. Da sich das meiste Land auf der nördlichen Halbkugel befindet und sich der Mensch zur Landfauna rechnet, ist es zu begreifen, daß sich hier die verschiedenen Mittelpunkte der Kultur — und zwar in der gemäßigten Zone der nördlichen Halbkugel - entwickelten. (Hier muß auch das Paradies gelegen haben, bestimmt nicht in den Tropen.) Aus historischen Zeiten sind als Kulturzentren Persien, Ägypten, Griechenland, Rom, die um das alte Weltmeer lagen, und Vorderindien und China in Asien bekannt. Was vor dieser Zeit geschah, fiel zurück in den Schoß der Götter. Wir können nur aus Mutmaßungen die Kulturen von Atlantis, der Arier, der Azteken usw. rekonstruieren. Man bedenke, daß diese Stätten der Parallele, nicht dem Meridian nach lagen. Was ist nun selbstverständlicher, als daß man durch alle Jahrhunderte von der Gegenstellung des Westens und Ostens sprach? Ob es Alexander von Mazedonien gegen Persien war oder Attila gegen Europa, die Dünung lief stets von Osten nach Westen oder umgekehrt.

Nach dem Untergang der römischen Kultur und dem Emporkommen Westeuropas, waren es die Kreuzzüge, die Ost und West berührten. Die Umsegelung von Afrikas südlichster Spitze, das Aufblühen von Lusitanias Macht in Vorderindien und östlicher, die Übernahme dieser Macht durch die Sieben Provinzen und Großbritannien lassen die Gegenstellung deutlicher hervortreten. Als die Engländer ihr Empire konsolidierten und Holland aus Vorderindien nach Osten trieben, wurden die Schatten dunkler. Scharfe Linien nahmen sie 1859 zur Mutiny an, 1885 Gordon in Khartoum und 1896 durch die Italiener bei Adua.

Der Osten erwachte. Das Klopfen an das Fenster von Asien durch Portugiesen, Spanier, Engländer und zum Schluß durch die Amerikaner hatte den Erfolg, daß Japan im Jahre 1868 seine Lethargie abschüttelte. Der Friede von Shimoneseki 1895 weckte sein Selbstgefühl; der Friede von Portsmouth 1905 gab ihm ein Gefühl von Eigenwert, und nach dem Frieden von Versailles 1918 träumte es von einer "arbiter mundi"-schaft.

Es waren aber nicht allein die Todesverachtung und die fanatischen Vorstellungen von einer Belohnung im Jenseits, die den Orientalen zu solchen Kraftäußerungen emporhoben. Eine feine, nichts übersehende Diplomatie, ein Intrigenspiel, wie die Welt ihresgleichen nicht kennt, bilden das Rückgrat dieser Bewegung, die außerdem noch gestützt wird durch die unwissende, doch gierige jüdische "Hochfinanz" und durch "überstaatliche" Parteien, die die Absicht des gegnerischen Spieles nicht begriffen und glaubten, ein Bruder Asiat könne in Angelegenheiten westlicher Kultur ebenso treu sein wie ein Europäer.

Es ist hier nicht der Platz, um auf das Gilinsky-Dokument näher einzugehen, wobei Rußland 1904 für 46 Mill. Yen an Japan verkauft wurde, oder auf General Hoffmanns bittere Tagebuchaufzeichnungen vom 23. März 1916; "International High Finance has won, we are not to be allowed to destroy England", nach der Anleitung wegen Einschränkung des U-Bootskrieges\*).

## Mitteleuropa als Spitze des asiatischen Bajonetts

Wir wollen nun versuchen, durch die beigefügten Karten die Aufmerksamkeit für eine graphische Darstellung der großen Antithese in "days gone by" und in der Zukunft anzuregen. Möchten sie denen die Augen öffnen, die berufen sind, für die Kultur zu streiten, die ihr Erbteil ist. Die Entscheidung wird wohl auf dem Meere fallen.

Die, deren Pflicht es ist, die gefährdeten Länder zu leiten, können nur mit Erfolg rechnen, wenn sie bei der Suche nach der Quelle von Unruhe und Terrorismus zu einem Resultat kommen. Agence provocateuse ist ein sehr beliebtes Mittel, Bestechung noch beliebter und Einschüchterung täglicher Gebrauch.

Man halte diese Thesen vor Augen: I. Friede im Osten bezeichnet Krieg im Westen und umgekehrt. II. Stets wird dem Asiaten gegenüber der Europäer den kürzeren ziehen, und zwar um so eher, wenn bei ihm ein hochentwickeltes Humanitätsgefühl (besser Dusel) vorherrscht. III. Alle kolonisierenden Mächte, England eingeschlossen, müssen sich vereinigen zur

<sup>\*)</sup> Interessenten verweisen wir auf Putnam Weale: "The Truth about China and Japan. An indiscreet chronicle from the Pacific". — A. M. Pooley: "Japan's foreign policies. Japan at the cross roads" (in Japan verboten). — General Hoffmann: "War Diaries and other papers". Vol. I. London. Martin Secker.



Karte I. Die große Antithese West-Ost, 1914-1918.

Beschwörung der aufkommenden Gefahr, und nicht Sabang, sondern Singapore muß Basis werden.

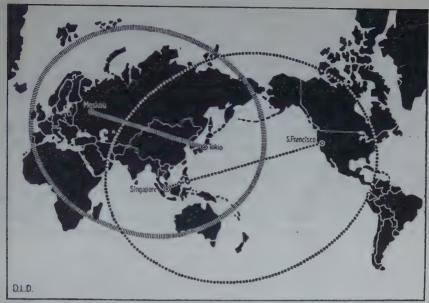
These II gilt besonders für ethische Regierungsbevollmächtigte.

In These III wird England besonders hervorgehoben, weil es 1906 noch eingebildet genug war, um von "splendid isolation" zu sprechen.

Diese Thesen wurden 1906 niedergeschrieben. Sie beruhen auf den Erfahrungen und dem Nachdenken eines Mannes, der eine reichlich dreißigjährige indische Regierungslaufbahn hinter sich gebracht hat. Sie wurden 1908 in einer Broschüre zur Rechtfertigung ihres Verfechters und als Zeugnis für die Nachkommen niedergelegt, daß nur Hohn und Verleumdung voraussehenden Geistern zuteil werden. Es wurden nur 200 Exemplare gedruckt, die nicht in den Handel kamen. Mangel an Sarkasmus oder Pietät vor einer Regierung, der er dreißig Jahre lang diente (und die es fertiggebracht hatte, einem Gouverneur, der niemals zuvor über den Äquator gekommen war, ein Gebiet so groß wie von Irland bis zum Kaspischen Meer zur Regierung anzuvertrauen), hinderten ihn an dem Entschluß, seinen Thesen eine große Publizität zu geben. Er wollte die schmutzige Wäsche zu Haus waschen und gab die Broschüre nur an Regierungspersonen und Geistesverwandte.

Die Jahre 1914—1918 haben gezeigt, daß sein Blick nicht verschleiert war durch Japanophobie.

Auf der Karte 1 stellt die punktierte Ellipse die westliche Machtsphäre dar und die gestrichelte Ellipse die asiatische; gezeichnet 1906.



Karte 2. Die große Antithese West-Ost 1934?

Deutschland stand nicht isoliert da, wie man 1914 annahm. Die Drähte liefen über die Türkei nach Asien, selbst bis Tokio. Ausgehungert wurde Deutschland, weil seine Diplomatie zu ungeschickt war, um Rumänien auf seine Seite zu ziehen. Ein Land, eingeschlossen durch die Zentralmächte und die Türkei, konnte dank englischen Goldes eine Ursache des Zusammenbruches werden.

Die punktierte Ellipse besitzt als Brennpunkte Washington und Paris, die gestrichelte Konstantinopel und Tokio. Man sieht, daß Mitteleuropa durch die punktiete und durch die gestrichelte Ellipse umschlossen wird. Auf diesem Gebiet findet das Ringen statt, ob Washington und Paris oder Konstantinopel und Tokio größere Anziehungskraft haben sollen. Durch die Politik von England und Frankreich war Mitteleuropa wohl gezwungen, in östlicher Richtung nach einer Stütze zu suchen.

Das umschlossene Gebiet ist der Platz, auf dem die Kraftlinien der beiden Antithesen einander schneiden, wo die meisten aktiven politischen Intrigen gegeneinander ausgespielt werden. Die Staatskunst der Borgias und Medicis ist, mit dieser Politik verglichen, ein Liebesidyll. Jetzt sind Britisch-Indien, Hinterindien, China, die Mandschurei, die Mongolei und Insulinde der Schauplatz eines solchen Intrigenspieles.

Auf Karte 2 stellt die gestrichelte und die punktierte Ellipse die zukünftigen Kraftfelder für 1934 dar. Asien gegen die weiße Rasse.

Dort, wo sie einander bedecken, wird die Entladung erfolgen. Ebenso wie 1914

an den Grenzen des Überdeckungsgebietes Explosionen stattfanden, wie Skagerrak, Mesopotamien, so sollen auch 1934 Mesopotamien, Alaska und Insulinde das Terrain der Entzündungen werden, geleitet aus dem Zentrum.

Schon oben wurde bestritten, daß Deutschland 1914 isoliert dastand. Materiell mag es der Fall gewesen sein, denn man hörte überall von einem Aushungerungsprozeß. Moralisch ist es aber ein Irrtum gewesen. Deutschland stritt an der Spitze der gestrichelten Ellipse der großen Antithese Ost-West. (Siehe Karte 1.)

Die Zentralmächte haben unzweifelhaft westliche Kultur. Doch die Notwendigkeit trieb sie dazu, den Osten als Bundesgenossen zu akzeptieren, und der Osten hat daraus seinen Nutzen gezogen.

Daß Mitteleuropa der westlichen Kultur angehört, erhellt aus den Gegenwirkungen, die sich während des Krieges in Rußland und der Türkei rührten. Die kleineren und größeren diplomatischen und militärischen pourparlers mußten aus Selbsterhaltungstrieb beschwichtigt werden. Und nicht der Osten beschwichtigte, sondern Berlin.

Rußland bekannte erst 1917 Farbe. Doch dachte es von Anfang an schon asiatisch. Die Freundschaft mit dem westlichen Mitteleuropa ist nie groß gewesen. Die Türkei ist 100% asiatisch! Und dann der große auctor intellectualis an der fernen Ostgrenze der asiatischen Machtellipse mit seinem offiziellen Bündnis mit England, — soll er abendländisch gedacht haben? Nein! Überall Batterien in der gestrichelten Ellipse, indes im Westen die Funken danach schlugen. Hier die Nachweisungen, daß Tokio 1914 asiatisch dachte, unbekümmert um sein Bündnis mit dem Westen:

1. Das Entwischenlassen des Geschwaders Spee (Schadenfreude). — 2. Das Verhindern von Chinas Teilnahme am Kriege 1915. — 3. Die öffentliche Huldigung Deutschlands 1916 in den Zeitungen Tokios anläßlich des gefährlichen Momentes vor Verdun und des Fiaskos an den Dardanellen. — 4. Die geheimen Unterhandlungen zwischen japanischen und deutschen Vertrauensmännern zu Stockholm. — 5. Die geheimen Abmachungen mit dem kaiserlichen Rußland über die Mandschurei, publiziert nach der Revolution. — 6. Die Besitzforderung von Borneo 1916\*).

Der große Irrtum des Westens war der Gedanke, daß der Osten fühlen könne wie der Westen. Die enorme Zweideutigkeit der japanischen Staatsmänner spielte so gut, daß diese Utopie bis 1921 bestehen bleiben konnte (Ende des englisch-japanischen Bündnisses).

Kanada und Australien weigerten sich, weiter mit zu zeichnen. Man erwachte, rieb sich die Augen aus, suchte ein Stückchen Grund aus in Singapore, Pearlhar-

<sup>\*)</sup> This ,loyalty" during the war did not hesitate to demand a free hand in Borneo and the Dutch East Indies in 1916 as the price for military cooperation in Mesopotamia and the Near-East at the lowest ebb of british warfortunes. (The Thruth about China and Japan. Putnam Weale: blz. 121.)

bour und Esquimault und begann mit Flottenstützpunkten. Die Katastrophe von Tokio am 1. September 1923, die alles Bunkeröl der japanischen Flotte, Millionen Tonnen, wegspülte, gab MacDonald die Gelegenheit zu der Erklärung, daß die Singapore-Basis mit verlangsamtem Tempo gebaut und erst 1933 vollendet sein würde.

### Der Sowjetstern über dem Pazifik

Mittlerweile verschob die gestrichelte Ellipse ihren linken Brennpunkt nördlich nach Moskau. Der Fünfjahresplan muß im Jahre 1934 glücken.

Die punktierte Ellipse hat sich nach dem Pazifik hingearbeitet — mit Singapore—Pearlharbour—Frisco als Basis. Sie ist größer als die von 1914—1918 und wird alle Abendländer von Ost und West umfassen.

Die von beiden Ellipsen überdeckte Fläche ist größer als 20 Jahre früher. Insulinde soll nicht frei bleiben. Hoffen wir, daß der Westen die Situation begreift und seine Kräfte nicht an europäische Zänkereien vergeudet. Der "Irrtum" von 1914 war zu ernst, als daß sich der Westen ein zweites Maleinen Brudermord erlauben könnte.

Karte i wurde 1906 gezeichnet! Der Entwerfer konnte sich keine Rechenschaft geben, wie der Lauf der Historie sein würde. Die Nebel von Mystifikation (japanisch-englischer Vertrag, Verherrlichung von Japan usw.) war noch nicht gewichen. Der Firnis von einem europäischen Zarentum über Rußland war noch nicht abgekratzt. Er glaubte allein an die große Antithese "East is east and west is west, never the twain shall meet". Er sah allein die übereinandergeschobenen beiden Ellipsen über Europa und wußte, daß dies dort Krieg bedeutete. Eine warnende Stimme verkündigte: "Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter." Er konnte es nicht auseinandersetzen, aber er fühlte, daß Friede im Osten Krieg im Westen bezeichnete und umgekehrt.

Der Entwerfer der ersten Karte starb 1913, ohne die Cataklysma von 1914—1918 geschaut zu haben. Nachdem das Unwetter gewütet hatte und der Horizont sich langsam aufklärte, konnte sein Nachfolger, als er zu weiter Schau das Fernrohr ansetzte, an der Kimme die Mastspitzen von Nippons Flotte entdecken mit der Sichel von Moskau, am Himmel emporsteigend aus einer blutroten See, und daraus schließen: Europa, mit Deutschland als Kern, stand 1914 nicht isoliert. Es war die Spitze des asiatischen Eies, welches gegen das Ei des Westens tickte, um dieses zu zertrümmern. Dieses ist der große Irrtum des Westens, daß es tolerierte, daß Mitteleuropa gebraucht wurde als Spitze des asiatischen Bajonetts!

Welche Mächte es waren? Es waren sicher Meister in der Kunst!

Ich zeichnete die zweite Karte im Geiste des Entwerfers der ersten Karte. Nun wieder die Nebel, um die Manöver zu verschleiern: Bankinzident Wladiwostok, Wühlungen in Charbin, trübes Wasser in China und Indien. Der Brennpunkt Konstantinopel ist verschwunden, Angora dagegen zu schwach, Moskau ist besser. Die gestrichelte Ellipse hat eine gewaltige Kapazität. Die punktierte Ellipse über dem Pazifik muß sich energisch verstärken. Die Entladung bei einem eventuellen Kontakt wird die von 1914 um viele Male übertreffen.

Die Karte von 1914 kann nun erklärt werden und die Karte von 1934 soll andeuten, daß eine graphische Darstellung vom künftigen Kriegsschauplatz konstruiert werden kann, durch die Bedeckung zweier Machtellipsen, wenn sie urteilskundig gezeichnet werden.

Die "überstaatliche" Partei oder die Hochfinanz, die ihr Streichholz in dieses

Benzinfaß hält, sei der Gnade des Allmächtigen anbefohlen.

#### ERICH KEYSER:

## Raum und Geschichte im deutschen Nordosten II

Die Einverleibung des königlich polnischen Preußens in den preußischen Staat war deshalb nicht, wie heute vielfach behauptet wird, ein Raub an fremdem Besitz, sondern die einzige Möglichkeit, die 1466 und 1569 gewaltsam zerrissene Einheit des Preußenlandes wiederherzustellen. Der Vorteil dieser Maßnahme zeigte sich in dem sogleich einsetzenden Aufschwung der Kultur. Wie wenig das Weichselgebiet inzwischen verpolt war, geht daraus hervor, daß noch 1772 die deutsche und die nichtdeutsche Bevölkerung sich die Waage hielten. Friedrich der Große erwarb nicht ein polnisches Land, sondern ein ausgesprochen deutsch-polnisches Mischgebiet.

Das Zeitalter Napoleons hat diese Einheit nochmals zerstört. Das Kulmerland wurde bis nach Graudenz hin dem neuen Großherzogtum Warschau zugesprochen. Die Weichselmündung wurde zu einer Freien Stadt Danzig erhoben. Für die Stellung des Polentums ist es bezeichnend, daß polnische Truppen im Jahre 1813 zum ersten und einzigen Mal im Laufe der angeblich stets urpolnischen Geschichte des Weichsellandes an einer Verteidigung der Stadt Danzig teilgenommen haben. Sie waren niemals vorher dazu berufen und berechtigt gewesen. Auch hat die Bevölkerung Westpreußens an den polnischen Aufständen der Jahre 1795, 1830 und 1848 keinen nennenswerten Anteil gehabt. Wenn trotzdem gerade während der preußischen Herrschaft das Polentum wirtschaftlich und politisch an Einfluß gewonnen hat, so bezeugt diese Tatsache, auf die bezeichnend genug von Polen heute nur selten hingewiesen wird, die entgegenkommende Minderheitenpolitik der preußischen Regierung, die, weit entfernt, ihre Machtmittel zur Eindeutschung des Landes in vollem Umfange und beharrlich anzusetzen, vieles getan hat, um seinen polnischen Mischcharakter zu erhalten. Es sei nur an die Behandlung der Kaschuben erinnert.

Ein Mischgebiet war es deshalb auch, das 1919 dem polnischen Staate zugeteilt wurde. In dem Bereich der Provinz Westpreußen, der ohne Volksabstimmung dem Deutschen Reiche abgesprochen wurde, waren nach der Volkszählung von 1910 der Muttersprache nach 736 700 Deutsche und 557 600 Polen und Kaschuben vorhanden. Es standen sich somit 57% Deutschsprachige und 43% Nichtdeutschsprachige gegenüber. Selbst nach Abzug des fast rein deutschsprachigen Gebietes der Freien Stadt Danzig machte die deutschsprachige Bevölkerung der an Polen abgetretenen Bezirke noch 43 % der Gesamtbevölkerung aus. Dabei ist zu bedenken, daß bei den Volksabstimmungen in Ostpreußen und Oberschlesien 39 bis 86 % der nichtdeutschsprachigen Bevölkerung sich für den Verbleib ihrer Heimat beim Deutschen Reiche entschieden haben. Wird ein Mittel von 60% angenommen, so ist die Behauptung berechtigt, daß auch in den polnisch gewordenen Gebieten Westpreußens etwa 78% für Deutschland gegen Polen gestimmt haben würden. In Masuren hat die Abstimmung des Jahres 1920 den Sieg des deutschen Gedankens und damit die Lebenseinheit dieser Landschaft mit dem gesamten Preußenlande erwiesen. Die wirtschaftliche Not, die gegenwärtig alle seine Teilgebiete bedrückt, hat ihren tiefsten Grund in der Zerreißung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die zwischen ihnen seit jeher bestanden haben. Von keinem Körper können lebensnotwendige Glieder abgetrennt und anderen Körpern zugefügt werden; sie sind auch bei den feinsten Methoden der Überpflanzung nicht lebensfähig. Wie sollte es bei dem Organismus des Preußenlandes anders sein, zumal nicht ruhige und klare Überlegung, sondern gewissenlose Übereilung und rohe Gewalt seine Zergliederung veranlaßt haben.

#### Das Preußenland und das Reich

Es wird in diesem Zusammenhange zumeist darauf hingewiesen, daß die räumliche Trennung Ostpreußens vom Deutschen Reiche den Verfall verschuldet habe. Diese Annahme ist nicht ohne weiteres richtig. Zunächst ist, was von polnischer Seite betont wird, zuzugeben, daß die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, die von 1824 bis 1878 zu einer Provinz vereinigt waren, erst seit 1866 zum Norddeutschen Bund und seit 1871 zum Deutschen Reiche gehört haben. Die Frage, ob und wieweit der Staat des Deutschen Ordens zum Deutschen Reiche der Staufer und Luxemburger zu rechnen ist, konnte bisher nicht einwandfrei beantwortet werden. Auch in die Einteilung der Reichskreise am Anfang des sechzehnten Jahrhunderts wurde das Preußenland herzoglichen und königlichen Anteils nicht einbezogen, obwohl Versuche nicht fehlten, etwa von Danzig die Reichsmatrikel einzufordern. Friedrich I. von Preußen hat seine Königswürde bekanntlich gerade deshalb auf Ostpreußen gestützt, weil hier der Kaiser nicht mitzureden hatte. Staatspolitische Beziehungen zwischen dem Preußenlande und dem Reich haben somit bis in die neueste Zeit nicht bestanden. Etwaige Rechtsansprüche sind ohne Folgen geblieben.

Trotzdem besagt diese Tatsache nichts gegen den geschichtlichen Zusammenhang dieser beiden Lebensräume.

Zunächst ist festzuhalten, daß der deutsche Volksboden seit dem dreizehnten Jahrhundert bis zur Weichsel und Memel sich erstreckte. Aus der Entwicklung des deutschen Volkes sind diese Gebiete trotz ihrer gleichzeitigen preußischen, pomeranischen und polnischen Bevölkerung nicht fortzudenken. Sie sind der Gegenpol der Bevölkerungsbewegung des Mutterlandes westlich der Elbe gewesen. Es ist nicht zu leugnen, daß erst und allein das deutsche Volkstum den Anschluß des Preußenlandes an Westeuropa vermittelt und dadurch seinen kulturellen Höchststand herbeigeführt hat. Es ist ferner leicht nachweisbar, daß dieses preußenländische Deutschtum nur durch den steten Zusammenhang mit dem mutterländischen Deutschtum seine Zahl verstärken und seine Kraft ausbilden konnte. Die Bürger- und Kirchenbücher des Landes, die Werke der Dichtung und Baukunst bezeugen weiterhin, daß seit dem dreizehnten Jahrhundert das Preußenland zum deutschen Volks- und Kulturboden geworden ist. Die polnische Literatur scheut sich wohlweislich, auf die Kulturgeschichte einzugehen, da sie aus ihr keine Belege für die Auswirkungen des polnischen Volkstums beizubringen vermag. Es sei denn, daß, wie es bereits geschehen ist, die Gotik der Ordenszeit fälschlich als polnisch-slawische Gotik bezeichnet und aus der Anbringung polnischer Wappen an Danziger Toren gefolgert wird, daß sie deshalb polnische Bauten sind. In Wahrheit sind deutsche Künstler, deutsche Prediger, deutsche Verwaltungsbeamte und deutsche Gelehrte ständig über Pommern und Posen hinweg von Schlesien und der Mark und den Hansestädten her oder aus noch ferneren Teilen des deutschen Vaterlandes immer wieder gen Osten gezogen, gleichwie die Bevölkerung des Preußenlandes ihre Söhne ständig zur Lehre, zum Studium oder zum Beruf dem Süden und Westen zugesandt hat. Diese deutsche Kultur hat alle Bevölkerungskreise befruchtet. Die polnische Kultur hat dagegen, wo sie etwa von den Bischöfen, den Äbten, den Jesuiten und dem Adel gepflegt wurde, nur beschränkte Auswirkungen gehabt. Es ist für die Geltung der beiden Kulturen bezeichnend, daß zum Beginn der neuesten polnischen Herrschaft jeder Pole auch an der deutschen Kultur teilhatte und die deutsche Sprache verstand, der Deutsche dagegen jedes Verhältnisses zur polnischen Sprache und Gesittung entbehrte.

Das Wesen des Preußenlandes ist somit darin zu erblicken, daß es zwar seit alters ein völkisches und kulturelles Mischgebiet darstellt, aber daß in ihm stets das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur vorgeherrscht haben. Es hat zudem mit geringen Ausnahmen trotz innerer Aufteilung eine Lebenseinheit gebildet, die sich gegen die Nachbarräume abgrenzte, und es hat seine kulturelle Leistungsfähigkeit außer der Bewahrung dieses Zusammenhanges der ununterbrochenen Verbindung mit dem deutschen Mutterlande verdankt.

Es ist dabei zu beachten, wie schon frühzeitig das Deutschtum des Weichsellandes

bemüht gewesen ist, diese zunächst nur völkischen und wirtschaftlichen Verbindungen auch politisch zu unterbauen. Der Deutsche Orden breitete sich zunächst von den Ufern der Weichsel nach Norden und Osten aus. Aber noch ehe er hier die Grenzen seiner Wirksamkeit, die durch Natur und Volkstum gesteckt waren, erreicht hatte, griff er bereits nach Westen zu über. Schon der Friedensvertrag mit Herzog Swantopolk 1248 suchte den Verkehr über die Weichselmündung seinen Untertanen sicherzustellen; 1283 wurde das Land Mewe auf dem linken Weichselufer erworben. Der 1301 gescheiterte Versuch, in Danzig Fuß zu fassen, führte 1308 zum erwünschten Ziel. 1329 wurden Bütow, 1384 die Herrschaft Schiewelbein, 1400 die Städte Dramburg und Falkenburg, 1402 die Neumark gewonnen. Damit war längs der Netze und Warthe die Oder erreicht. Das nördliche Hinterpommern war bereits von zwei Seiten umklammert. Zur gleichen Zeit wurde im geheimen der Plan erörtert, die Besitzungen des Herzogs Wladislaw von Oppeln südlich der Warthe zu erkaufen. Auch das polnische Gebiet östlich der Warthe bis nach Kalisch sollte dem Orden zufallen. Die Verhandlungen hierüber wurden abgebrochen. Dafür kam Driesen 1408 zum Ordensstaate hinzu. Nur der Niedergang der Ordensmacht hat dem Bestreben, von Osten her den unmittelbaren Zugang zu den deutschen Marken an der Oder zu gewinnen, ein voreiliges Ende gesetzt.

Glücklicher waren die Benühungen Brandenburgs, die in umgekehrter Richtung verliefen. Zunächst suchten die Markgrafen ihre Herrschaft von der Oder bis zur Weichsel vorzuschieben. Das Land Sternberg östlich von Frankfurt wurde um 1250, die Neumark bis zur Drage um 1260, das Gebiet bis zur Küddow 1297 erworben. Inzwischen hatten die Askanier schon 1269 große Teile Pommerellens von Herzog Mestwin II. von Dirschau zu Lehen genommen; im Jahre 1271 hatten sie sogar, wenn auch nur auf kurze Zeit, Danzig besetzt. 1273 erkannte der gleiche Herzog ihre Lehnshoheit über Stolp und Schlawe an. Ein erneuter Versuch, Danzig zu gewinnen, schlug 1308 fehl. Dann haben erst die Hohenzollern als Kurfürsten von Brandenburg nach längerer Unterbrechung diese Ostpolitik fortgeführt.

In einem Vertrage wurde 1421 vereinbart, daß der zweite Sohn des Kurfürsten Friedrich als Schwiegersohn des polnischen Königs diesem nachfolgen sollte, wenn Jagiello ohne männlichen Erben sterben werde. Die Gunst dieser Abmachung konnte wegen der, wenn auch späten Geburt Kasimirs als Thronerben nicht ausgenutzt werden. Dagegen wurde die Neumark 1455 vom Orden zurückerworben. Im Vergleich zu Pyritz 1493 und im Vergleich zu Grimmnitz 1529 wurde der Erbanspruch auf Pommern erworben und 1569 die Mitbelehnung mit dem Herzogtum Preußen durch die Krone Polen erreicht. Nachdem die märkische Linie der Hohenzollern 1618 in Preußen die Herrschaft angetreten hatte und 1648 Hinterpommern, 1657 Draheim, Lauenburg und Bütow der Kurmark angegliedert waren, ergab sich zwangsläufig als Leitziel der künftigen Politik auch die Erwerbung des dazwischenliegenden Weichsellandes, des "polnischen Korridors". Schon der Große Kurfürst knüpfte im

schwedisch-polnischen Kriege 1655 Verhandlungen mit den Ständen des königlichen Preußens an, um diese auf seine Seite zu ziehen. Sein Nachfolger wußte Elbing wenigstens auf kurze Zeit als Pfandbesitz in seine Gewalt zu bringen. Als er diese Stellung aufgeben mußte, suchte er im nordischen Kriege die Schutzhoheit über Danzig zu erlangen, die ihm jedoch von den Seemächten bestritten wurde. Erst Friedrich der Große stellte die politische Verbindung seines preußischen Königreichs mit dem Kernland seines Staates an der Havel und Oder her.

## Die polnischen Teilungen

Es ist falsch, die erste Teilung Polens mit demselben Maßstabe zu messen wie die zweite und dritte. Die erste Teilung hat von dem polnischen Staate mit Ausnahme einiger Bezirke südlich der Netze nur solche Landschaften abgetrennt, die, ohne ursprünglich zu Polen zu gehören, ihm erst gewaltsam gegen den Willen eines großen Teiles seiner Bevölkerung einverleibt waren. Westpreußen war auch seit 1466 ein Teil des Preußenlandes und ein völkisches Mischgebiet geblieben. Der polnische Handel hatte vor und nach 1772 ungehinderten Zugang zum Meere. Das von den Polen beklagte Unrecht geschah deshalb, geschichtlich und politisch betrachtet, erst mit der zweiten Teilung. Zwar war die nachträgliche Erwerbung Danzigs und Thorns 1793 nur das gute Recht des preußischen Staates, da ihm diese Städte zwanzig Jahre zuvor nur durch internationale Ränke vorenthalten waren. Dagegen griff die Hinzunahme von Großpolen mit Posen und Gnesen und von Masovien mit Warschau und Bialystock in Gebiete über, die stets zum polnischen Reiche gehört hatten und fast völlig von Polen bewohnt wurden. Die preußische Verwaltung hat diesen Ländern Vorteile gebracht; aber es muß den Polen das Recht zugestanden werden, daß sie diese Herrschaft als Fremdherrschaft betrachteten und ihre Aufhebung wünschten.

Die Teilungen Polens sind noch aus anderem Grunde bemerkenswert. Sie zeigen, daß jene Bestrebungen der Auflösung, die schon in der Geschichte der Grenzmark und des Preußenlandes hervorgetreten waren, selbst vor einem so ausgedehnten Staate, wie es das Polen des achtzehnten Jahrhunderts war, nicht haltmachten. Sie knüpften zudem an ähnliche Bestrebungen an, die bereits im siebzehnten Jahrhundert, ja sogar im fünfzehnten Jahrhundert nachweisbar sind. Auch das Großpolen der Jagiellonen und Wasa war ein politisch und kulturelles Mischgebiet wie die Gebiete zwischen Oder und Memel. Es schloß Litauer, Weißrussen und Rotrussen ein. Es vereinigte die Bezirke der polnischen Teilfürsten des elften bis vierzehnten Jahrhunderts. Auch in Schlesien zeigten sich die gleichen Erscheinungen der Zersplitterung. Sogar in den Marken Brandenburg und Meißen, in Mecklenburg und Vorpommern traten sie auf, ehe die Herrschergeschlechter der Hohenzollern und Wettiner eine gewisse Festigung der Beziehungen sichergestellt hatten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Lausitz bis 1635 zu Böhmen gehörte und Vorpom-

mern mit Rügen bis 1815 unter schwedischer Herrschaft stand. Diese Beobachtung führt uns zu einer tieferen Erfassung des ganzen Problems.

## Das geschichtliche Ergebnis

Das Land östlich der Elbe und Saale ist ein völkisches Mischgebiet. Der deutsche Osten ist zugleich der slawische Westen. Jedes Volkstum hat von seinem Ursprungsbezirke aus seine Siedlungen in dieses Land vorgeschoben. Es hat diese Erwerbungen nur halten können durch ständigen Zustrom neuer Siedler und durch staatliche Macht. Aber keines der Völker hat dem anderen jemals neidlos und streitlos die Herrschaft überlassen. Jeder Verlust wurde nur gebucht als Aufforderung zu neuem Gewinn. Das Geschehene wurde nicht anerkannt, und es konnte, genau genommen, auch nicht anerkannt werden, weil jedes Volk so viele Kräfte und Hoffnungen in jenes Werk hineingelegt hatte, daß es auf seinen Besitz nicht verzichten mochte. Deshalb standen und stehen immer wieder Staat gegen Staat und Volk gegen Volk trotz aller Verträge und trotz aller Völkervermischung. Denn das ist das eigentümlichste in der Geschichte des Ostens: die gegenseitigen Kräfte sind niemals zum Ausgleich gekommen; sie wogen immer noch hin und her wie vor tausend Jahren. Jeder Strom nationalen und staatlichen Lebens hat jedoch seine Rillen in den Erdboden eingegraben. Er hat ein Gefüge von Rinnsalen geschaffen. Es ist möglich, das eine System dieser Gräben gegen ihr Quellgebiet abzudämmen und dafür von dem anderen Quellgebiete aus das zweite System zu bewässern. In jedem Falle findet der Zustrom immer ein vorbereitetes Bett von Gräben vor; dadurch erklärt sich die Gewalt und die Schnelligkeit seiner Ausbreitung.

Solche Leitlinien der völkischen und politischen Bewegung sind in den Einrichtungen der Kirchen gegeben, die gezwungen, den Wechsel der Staatsformen zu überdauern, sich von ihnen möglichst unabhängig zu machen suchten; sie liegen vor in der Organisation der Verwaltung, die von einem Staat auf den anderen übertragen wird. Die familiären Beziehungen gerade der national und konfessionell gemischten Familien wirken im gleichen Sinne. Fast jeder Bewohner des deutschen Ostens hat deutsches und slawisches Blut in sich; ein jeder hat vom Wesen des Fremden vieles an sich genommen. Die völkische Kraft und Eigenart sind nicht völlig zu unterdrücken. Auch die angeblich ausgerotteten Preußen leben in der Bevölkerung Ostpreußens fort. Daher kommt es, daß bei einem politischen Umsturz so viele Menschen so rasch anscheinend ihre Nationalität wechseln. Das ist keine Täuschung der anderen; das ist kein Selbstbetrug. Es kommt bei einem solchen Vorgang nur die national andere Seite des geschichtlichen Charakters der Bevölkerung zum Vorschein. Das Ergebnis dieser Umstellung und Anpassung ist, daß die Bevölkerung in größerem Umfange im Lande bleibt, als es bei einseitiger nationaler Einstellung möglich sein würde.

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, die Zukunft im einzelnen zu deuten. Es

ist sogar zwecklos, politische Besitzansprüche in solchen Gebieten, wie in dem deutschen Osten, geschichtlich zu begründen. Denn wo die Herrschaft so oft gewechselt hat, ist schwer oder gar nicht der erste Besitzer zu ermitteln. Auch erweist die Tatsache einstigen Besitzes noch nicht seine Rechtmäßigkeit. Der Historiker hat nur das Recht und die Pflicht, irrtümliche Anschauungen, die im politischen Kampf auftreten, zu berichtigen und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Er vermag darüber hinaus die Grundkräfte der Entwicklung aufzudecken, die das Leben der Vergangenheit bestimmt haben und auch fortan ihre Geltung nicht einbüßen werden.

Die eine dieser Grundkräfte, die wir festgestellt haben, ist die Fortdauer kultureller Leistungen, die sich trotz der politischen Veränderungen erhalten und noch in später Zeit dem Enkel gestatten, an das Werk des Ahnen anzuknüpfen und es fortzuführen. Entnehmen wir dieser Erkenntnis die Gewißheit, daß auch das deutsche Werk im Nordosten nicht vergeblich gewesen ist, daß auch wir oder unsere Kinder und Kindeskinder die Straßen wieder verfolgen werden, die jetzt verschüttet liegen.

Das andere ist aber nicht minder gewiß; nur der stete, feste Zusammenhang mit dem Quellgebiet deutschen Wesens, mit dem Mutterlande, befähigt den Menschen des Ostens zu seinen Leistungen. Nur unerschütterliches Volksbewußtsein und der Wille des Zusammenhaltens verbürgt unser Dasein. Nur die unbeugsame Kraft nationalen Wollens hat das polnische Reich wiedererstehen lassen. Geschichtliche Besinnung und geschichtliche Bildung taugen nichts, wenn sie uns nicht zur Selbsterkenntnis verhelfen, und wenn dieser Selbsterkenntnis nicht Glauben, nicht Mut und nicht Zuversicht entwachsen.

Diese Erkenntnis, die uns nottut, die sich auf die Einsicht in das Leben der Vergangenheit gründet, hat Goethe zusammengefaßt:

"Niemals darf ein Mensch, ein Volk wähnen, das Ende sei gekommen. Güterverlust läßt sich ersetzen. Über anderen Verlust tröstet die Zeit. Nur ein Übel ist unheilbar: wenn ein Volk sich aufgibt."

# Otto Welsch: Die französische Trans-Sahara-Bahn

# Ein Beitrag zur französischen Kolonialpolitik

Mit der dem französischen Wesen eigenen, überaus geschickt arbeitenden Regie wurde schon vor Jahr und Tag der Termin für das Gutachten der parlamentarischen Studienkommission über die Frage, ob die Trans-Sahara-Bahn gebaut werden soll oder nicht, auf den 1. Januar 1930 gelegt. Und nachdem dieses, wie zu erwarten war, bejahend ausgefallen ist, konnte das Ereignis noch als ein wichtiges Glied in die

nationale Propaganda des französischen Kolonialministeriums eingereiht werden, welche sich anläßlich der Hundertjahrfeier von Algier dort und im Mutterlande mit großem Gepränge abrollt. Die mit dem "Transsaharien" beabsichtigte Verbindung der französischen Besitzungen in Nordwest- und Zentralafrika wird zweifellos eine der markantesten Etappen in dem Ausbau des französischen Kolonialreiches darstellen. Sie wird jedoch in ihren wirtschaftlichen und machtpolitischen Auswirkungen auch eine so große internationale Bedeutung erlangen, daß die Frage heute schon die Aufmerksamkeit aller Staaten Europas und nicht zum mindesten Deutschlands verdient, dessen politische Niederhaltung seitens Frankreichs im engsten Zusammenhange mit seinen afrikanischen Plänen steht.

## Historische Entwicklung.

Es sind genau hundert Jahre her, daß René Caillé als erster die Sahara durchquerte und von Timbuktu nach Tanger reiste. Als offizieller Pate des Trans-Sahara-Gedankens, d. h. als diejenige Regierungsperson, welche als erste die große Wichtigkeit einer Verbindung zwischen Mittelmeer und Niger erkannt und sich um die Förderung der Idee verdient gemacht hat, wurde jedoch in einem von I. Ladreit de Lacharrière im "Le Temps" gezeichneten Aufsatze und auf Grund eines von M. Christian Schéfer, Professor an der "école des sciences politiques" veröffentlichten Buches\*), der Vizeadmiral und damalige Marineminister de Mackau festgestellt, der am 24. Oktober 1845 dem nach Saint-Louis ausreisenden neuen Gouverneur der Senegalkolonie, Schiffsleutnant Olivier, ein soeben von Daumas veröffentlichtes Buch, "Sahara Algérien", aushändigte, ihm ans Herz legte, am anderen Rande der Wüste alle Nachrichten über die Möglichkeiten einer direkten Verbindung zwischen Algier und dem Hinterlande des Senegal sorgfältig zu sammeln, und der diesen Auftrag zwei Jahre später noch einmal in dringlichster Form wiederholte.

1880 wurde die von der Regierung entsandte Expedition des Oberst Flatters von den wilden Tuaregs niedergemetzelt, die noch heute die Zentralsahara bewohnen. 1894 besetzte Oberst Bonnier — dessen Ruhm sich unberechtigterweise Joffre aneignete\*\*) — Timbuktu am Niger, Gouraud den Ort Adrar im algerischen Hinterlande als wichtige Stützpunkte an den beiden Wüstenufern. Erst vor dreißig Jahren aber gelang es einer geschlossenen französischen Mission, das Sandmeer selbst zu

Quellen: Berichte der "Nordafrikanischen Konferenzen", Berichte über die Kammersitzungen, Berichte des "Beratenden Komitees der Saharabahn", sowie einschlägige Aufsätze, die in den letzten Jahren in verschiedenen französischen periodischen und Tageszeitungen erschienen sind.

<sup>\*) &</sup>quot;Instructions générales données de 1763-1870 aux gouvernements des établissements français en Afrique Occidentale".

<sup>\*\*) &</sup>quot;Occupation de Timbouctou", Verlag "Le monde moderne", 79 bis, rue de Vaugirard, Paris.

passieren und 1897 konnte die erste Trans-Sahara-Post abgefertigt werden. Einer der wichtigsten Pioniere der Saharaforschung war ferner General Lapperine, der 1904 im Hoggar verunglückte, sowie der Pater Charles de Foucault, der lange Jahre in demselben Gebirge ein Eremitenleben führte, bis er während des Krieges von senussischen Flüchtlingen, die von den Türken über die Grenze von Tripolis gejagt worden waren, ermordet wurde.

#### Neuere Vorarbeiten.

Auf dem Hintergrunde des Weltkrieges, mit seinem Mangel an Rohstoffen und Soldaten, erhielt dann die Transsaharaidee neuen und kräftigen Antrieb. Die Erfindung des Raupenzuges bei der Tankwaffe und seine Anwendung in der Automobilindustrie sowie der Einsatz des Flugzeugs in den Dienst wissenschaftlicher Forschung leisteten alsbald wertvollste Arbeit, bevor der Plan festere Gestalt annehmen konnte. 1920 hatte Sarraut das große nationale Programm aufgestellt, das auch heute noch die Grundlage der französischen Kolonialpolitik bildet. 1923 forderte der Oberste Rat der Nationalen Verteidigung den Bau einer Saharabahn und arbeitete ein Vorprojekt dazu aus. 1924 wurde die Wüste endgültig durch die Auto-Chenille der Expedition Citroën erobert. 1926 rüstete der damalige Generalgouverneur von Algier, M. Maurice Violette, drei Expeditionen aus, die gleichzeitig von verschiedenen Punkten der Mittelmeerküste nach Timbuktu aufbrachen und, obwohl auf verschiedenen Wegen reisend, alle in vier Tagen dort eintrafen. 1927 trat dann die Frage in ein akutes Stadium, indem das bereits erwähnte beratende Komitee gebildet wurde, dem ein Jahr später die Einsetzung der Studienkommission folgte. Die Einrichtung von Fluglinien und Benzindepots ermöglicht es bereits heute, rasch und im allgemeinen auch verhältnismäßig sicher von Nord- nach Französisch-Westafrika zu kommen, wobei Kraftwagen und Flugzeug dank großer TSF.-Anlagen auch im Sandmeer in ununterbrochener Verbindung mit den Uferstationen bleiben. Als letzte der zahlreichen Forschungsreisen, welche eine fortschreitende Klärung der technischen Frage und wirtschaftlichen Aussichten einer Bahn durch die Sahara mit sich brachten, möge noch diejenige des Prinzen Sixtus von Bourbon, eines Bruders der Exkaiserin Zita, genannt werden, der am 26. Januar 1929 von Algier nach Zinder und dem Tsadsee aufbrach und im April über Gao-Colomb Bechar nach dem Ausgangspunkt zurückkehrte.

## Gegenwärtiger Stand des Projektes.

Die bisherigen Vorarbeiten haben übereinstimmend das Resultat ergeben, daß besondere technische Schwierigkeiten dem Projekte nicht entgegenstehen. Auf den künftigen Atlanten werden sich die öden weißen Flächen der Sahara, welche sich große Kreise auch der gebildeten Klassen immer noch als eine unendliche, zu-

sammenhängende Sandwüste vorstellen, in dem das Kamel als "Wüstenschiff" wie vor Jahrtausenden das einzige Verkehrsmittel ist, mit mannigfachen Bodenformen und sonstigen Einzelheiten füllen. Mit Dünensand bedecktes Flachland wechselt mit



weiten Kies- und steinigen Gebieten, die von trockenen Flußbetten durchschnitten werden, öde Wüsten mit bewohnten Gegenden, und im Herzen der Sahara erhebt sich das gewaltige, von Sagen und Mythen umwobene Gebirgsmassiv des Hoggar, so

groß wie das ganze Deutsche Reich, mit Schneegipfeln bis 3000 m und von einer landschaftlichen Schönheit und Majestät, die ihre Anziehungskraft auf das internationale Globetrotterpublikum nicht verfehlen werden. Dementsprechend sind die Sandverhältnisse für den Bau einer Saharabahn bei weitem nicht so schwierig, wie allgemein angenommen wurde. Auf langen Strecken können Schwellen und Schienen wahrscheinlich sogar direkt auf den harten Boden aufgelegt werden. Brücken und andere Kunstbauten sind kaum in nennenswerter Zahl vonnöten. Die Luftlinie von Colomb nach dem Niger beträgt 2800 km (gegenüber 7000 der Sibirischen Bahn). Und selbst die Wasserfrage, der Schrecken aller Wüsten, spielt heutzutage nicht mehr die ausschlaggebende Rolle bei einem Bahnprojekt, seitdem der deutsche Dieselmotor seinen Siegeslauf über die ganze Welt angetreten hat.

Die wichtigste technische Frage ist zur Zeit die Festlegung der Trasse, über welche die Bahn geführt werden soll. Zur Wahl stehen drei große Richtungen, die jeweils, von Konstantine, Algier und Oran ausgehend, bereits durch vorhandene französische Stichbahnen angedeutet werden. Nachdem jedoch festzustehen scheint, daß der Hauptstrang der Transsahara nach Gao am Nigerknie und nur ein Nebenarm bis an den Tsadsee weitergeführt werden soll, so dürfte die westlichste derselben, die von Colomb Bechar ausgeht und ihr Ausfallstor in Oran oder Nemours erhalten wird, als die kürzeste Strecke die meiste Aussicht haben. Sie wurde auch im Februar 1929 vom Kolonialminister M. André Maginot benützt, als er nach Enthüllung eines Denkmals für 30000 (!) im Kriege gefallene Senegalneger in Dakar und nach Einweihung eines Bewässerungskanals bei Bamako den Rückweg nach Algier antrat. Man kann daher diese Route, welche auch von der französischen Presse als eine "symbolische Geste" bezeichnet wurde, ohne dem Urteil der beratenden Kommission vorzugreifen, einstweilen als den mutmaßlichen Weg der künftigen großen Afrikalinie ansprechen, der annähernd mit dem Meridian von Paris und Greenwich zusammenfällt.

Gleichzeitig mit den wissenschaftlichen Vorarbeiten zu dem Projekte hat eine große

### Propaganda

in der Presse und eine umfassende Aufklärungsarbeit seitens der Behörden eingesetzt, um dasselbe populär zu machen. Die politische These der französischen Kolonialkreise ist bekannt: Frankreich ist eine Einheit, nicht nur von Dünkirchen bis Nizza, sondern von Algier nach Madagaskar. Die Kolonien und Mandatsländer sind Provinzen und Kinder der "Mère-Patrie". Die Schlagworte vom "Françe Prolongee" und "Françe d'outre Mer" beleuchten ohne weiteres das Problem, um welches es sich dabei handelt. Die "Transsaharien" soll das Rückgrat des "französischen Indien", des "Frankreich der Hundert Millionen Menschen" werden, das dem senilen Mutterlande zu neuer Lebenskraft verhelfen soll. Ein Dogma, das von dem

chauvinistischen Frankreich mit Ungestüm und dankbarer Gläubigkeit anerkannt wird.

Nicht ganz so überzeugend scheinen bisher in den französischen Wirtschaftskreisen die ökonomischen Unterlagen des Unternehmens gewirkt zu haben. Sie stützen sich zum Teil auf Ausführungen, wie die des Oberst Abadie, eines früheren Kommandanten von Zinder, der alten Hauptstadt des Nigerterritoriums, der als einer der besten Kenner des französischen Sudan gilt. Er hat die Menge der nach fünfzehn bis zwanzig Jahren alljährlich aus dem Nigerbecken auszuführenden Güter auf 5 Millionen Tonnen veranschlagt, was der Belastung von 10820 Zügen im Jahre oder 30 im Tage entsprechen würde. Andernteils hat ein Senator Mahieu, der eine Denkschrift darüber verfaßt hat, ausgerechnet, daß Frankreich durch die Ausfuhr von Wolle, Butter und Gefrierfleisch aus seinen afrikanischen Kolonien allein eine Milliarde sparen kann, die heute noch nach Argentinien und Australien fließt. Die Hänge des Hoggar und des Airgebirges seien zu landwirtschaftlicher Kultur geeignet, und nichts spräche dagegen, daß man in ihren Schluchten Mineralschätze finden kann, die sich der Ausfuhr lohnen. Umgekehrt führt er auch den gesteigerten Import aus Frankreich und Nordafrika in Gestalt von Manufakturen, Konstruktionsmaterial, Maschinen und landwirtschaftliche Geräte ins Treffen sowie den Trafik in Salz und Datteln, welche in den Bergen von Biskra bzw. in den Palmenhainen von Algier in Fülle gedeihen, im Sudan sehr beliebt und im Jahre allein auf 160 000 Tonnen einzuschätzen seien. Auch der Personenverkehr wird nach seiner Ansicht keineswegs eine untergeordnete Rolle spielen. Abgesehen von dem beiderseitigen Ausgleich der Militärgarnisonen, Beamten und Kolonisten und dem angeregten Touristenstrome, wird sich auch der innerafrikanische Handel, der sich heute in zahllosen Karawanen zwischen Nord und Süd vollzieht, künftig des Schienenwegs bedienen. Endlich sei bekannt, daß sich die Jahreszeiten des mediterraneischen und des sudanesischen Klimas nicht decken, sondern miteinander alterieren. Die Periode landwirtschaftlicher Hochspannung in dem einen korrespondiert mit der Ruhezeit in dem anderen Gebiete, so daß hier dank der Saharabahn ein äußerst zweckmäßiger Austausch von etwa ein und einer halben Million Arbeitern stattfinden könnte, welche bisher gezwungen waren, sechs Monate des Jahres auf der faulen Haut zu liegen. Auf diese Weise soll nach Mahieu bereits im ersten Jahre des Betriebs der Bahn mit einem Personenverkehr von mindestens 400 000 Menschen und mehr in beiden Richtungen gerechnet werden können.

Diese außerordentlich günstig und wohl sehr optimistisch klingenden Zahlen können nicht nachgeprüft werden. Der Kardinalpunkt aber, um dessentwillen das offizielle Frankreich, das Frankreich der Delcassé und Poincaré, die Saharabahn haben wollen, ist auch gar nicht der Export von allerlei Kolonialprodukten, sondern die Ausfuhr von Soldaten! Das französische Gesetz hat bekanntlich den Negern die allgemeine Militärdienstpflicht aufgelegt, wofür es ihnen unter voll-

kommenem Bruche mit der Tradition der weißen Rasse und unter Aufgabe des von allen anderen Nationen gewahrten Herrenstandpunktes des weißen gegenüber dem farbigen Menschen ein verwässertes französisches Bürgerrecht verleiht. Das Nigerterritorium ist nicht nur das fruchtbarste, sondern auch das am dichtesten bevölkerte unter den afrikanischen Kolonien Frankreichs. Timbuktu aber wird durch die Saharabahn bis auf 5 Tagereisen an Algier und 6 an Marseille herangerückt. Die dort ausgebildeten schwarzen Divisionen können also innerhalb 8 Tagen am deutschen Rhein und in 14 Tagen oder 3 Wochen an der polnischen Grenze stehen. Und mit welchen Zahlen in dieser Beziehung gerechnet werden muß, kann man sich ungefähr aus den Legionen ableiten, die bereits im Weltkrieg, als deren Transport noch eine Reise von 11000 km um halb Afrika herum erforderte, auf die französischen Schlachtfelder geworfen wurden\*): nämlich aus Nordafrika 260 000 Mann mit, 130 000 ohne Waffen, aus West- und Zentralafrika mindestens noch weitere 180 000, aus denen mit der Zeit 8 erstklassige Divisionen und zahlreiche Einzelformationen aufgestellt wurden. Und es darf an dieser Stelle an die wenn auch bekannte Tatsache erinnert werden, daß bei der Umorganisation der französischen Armee infolge der Verkürzung der Dienstzeit das Schwergewicht der Rekrutierung noch bedeutend mehr als früher auf das schwarze Element verlegt wurde. In einem Maße, daß bereits die französische Friedensarmee zu einem ganzen Drittel aus farbigen Truppen besteht, d. h. aus 200 000 Mann (also der doppelten Zahl der ganzen deutschen Wehrmacht [!], von denen organisatorisch etwa 80 000 dauernd in Frankreich und am Rhein untergebracht sind.

Von französischer Seite wird die Frage natürlich vom Standpunkt der "nationalen Sicherheit" aufgezäumt, weil dafür das schlechte Gewissen jedes Franzosen zu jeder Zeit empfänglich ist. Die Gedankengänge bewegen sich dabei in der bekannten Richtung des trotz seiner Abrüstung immer noch gefürchteten und revanchelustigen deutschen Nachbarn, und der Deputierte von Meurthe et Moselle, M. Warren, hat der Kammer allen Ernstes vorgerechnet, daß das deutsche Rekrutenkontingent im Jahre 1935 800 000 Mann (!) betragen, während das französische auf 150 000 herabsinken werde. An dieser Darstellung ist nur das eine richtig, daß Frankreich durch seine ständig abwärts verlaufende Bevölkerungskurve sich schon seit 70 Jahren veranlaßt sah, seine imperialistischen Kriege in steigendem Maße mit Hilfe von Schwarzen durchzukämpfen; daß das Jahr 1935 und die folgenden, wie auch Mussolini schon des öfteren prophezeit hat, insofern für Frankreich ein kritisches sein wird, als der Geburtenausfall der Kriegsjahre darin bei der Rekrutierung besonders stark in Erscheinung treten wird; und daß man im Kriegs- und Kolonialministerium tatsächlich anzustreben scheint, die Transsahara womöglich bis zu jenem Termin in Betrieb nehmen zu können.

<sup>\*)</sup> Aus "Wissen und Wehr", 1925, Aufsatz von H. Müller über "Marokkos militärpolitische Bedeutung für Frankreich".

#### Die Widerstände,

die sich gegen das Projekt als solches erheben, sind nicht groß. Sie beschränken sich im allgemeinen auf die Kreise der Léon Blum, Daladier und Cachin usw., welche auch seinerzeit keine Kredite mehr für den Rifkrieg bewilligen wollten und die heute noch die Räumung von Marokko fordern. Sehr unerwünscht kamen jedoch der Regierung sowohl das in der unmittelbaren Umgebung von Colomb Bechar stattgehabte Attentat, dem General Clavery und einige seiner Begleiter zum Opfer fielen, als auch die Katastrophe von el Bordi und Aït Yakub, welche Ereignisse alle dem gleichen, im benachbarten Tafilalet wohnenden Stamme der Aït Hammou zur Last gelegt werden. Dadurch wurde plötzlich in der Öffentlichkeit die Frage der Sicherung des Bahnbaus bzw. die Betriebssicherung überhaupt aufgerollt, die unter den gegebenen Umständen noch keineswegs gelöst erscheint. Namentlich die letztere läßt sich bei zirka 3000 km Schienenlänge kaum allein durch Blockhäuser und Bombenflugzeuge gewährleisten, wie die übliche Sicherung an den Grenzen der marokkanischen "poche d'insoumission" geschieht. Auch die von M. Maginot vielleicht mit zur Beruhigung der öffentlichen Meinung auf derselben Strecke durchgeführte Reise kann nicht als ein überzeugender Beweis für die herrschende Sicherheit betrachtet werden. Die Einteilung seiner Reiseetappen, deren letzte eine ununterbrochene Autofahrt von 21 Stunden darstellte, und das erstaunlich große Kontingent von Tirailleurs, berittenen Legionären, Spahis, Eingeborenentruppen und Automitrailleusen, die nach einem Bericht des "Le Temps" dem illustren Gast von Colomb Bechar aus bis auf 20 bis 30 km nach Süden "entgegeneilten", um ihn mit "Ehrengeleit" einzuholen, sieht im Gegenteil mehr danach aus, als ob es dem Herrn Minister sehr geeilt hätte, durch diese unfreundliche Gegend hindurchzukommen, und als ob die Behörden von Colomb Bechar doch irgendwelche Veranlassung gehabt hätten, umfassende militärische Maßnahmen für die Sicherheit seines kostbaren Lebens zu treffen.

Außerdem haben auch die durch die ganze Weltpresse gegangenen schweren Anklagen gegen die französische Kolonialverwaltung wegen des Massensterbens — man sprach von 20 000 Negern — unter den beim Bahnbau in Französisch-Äquatorialafrika nach zwangsweiser Aushebung verwendeten schwarzen Arbeiterbataillonen ein vielsagendes Streiflicht auf die noch zu überwindenden Schwierigkeiten geworfen, welche der Regierung hauptsächlich für die Zeit des Baus der Transsahara in bezug auf Bereitstellung, Unterbringung und Verpflegung von einigen Tausend Arbeitern in diesem unerschlossenen und mittellosen Wüstengelände noch bevorstehen.

Und endlich dürfte auch die Kapitalbeschaffung, die sich nach optimistischer Berechnung auf 2 bis 3 Milliarden, vielleicht aber auch auf das Doppelte beläuft, nicht ganz so einfach sein. Sicher ist vorläufig nur soviel, daß der deutsche Fron-

sklave mit zirka 800 Millionen daran beteiligt sein wird. Die Presse tut das Möglichste, um die private Initiative aufzustacheln und um das Volk zu überzeugen, daß gerade wegen der finanziellen Nöte diese Bahn gebaut werden muß, weil sie das Nationalvermögen vervielfältigen wird. Aber es hat sich schon bei früheren Aufrufen der Regierung gezeigt, daß der französische Spießbürger, der alle Reparations- und Steuergelder in dem unersättlichen Bauch des Rüstungsmolochs spurlos verschwinden sieht, sich offenbar sehr zurückhaltend gegen kolonisatorische Investierungen verhält, und was das Großkapital betrifft, so reicht das eines Dreißigmillionenvolkes, selbst wenn es von der Stabilität der europäischen Verhältnisse wirklich überzeugt wäre, doch nicht aus, um einen halben Kontinent zu kolonisieren, und die bevorstehende Ratifizierung des amerikanischen Schuldenabkommens ist sicher wenig geeignet, die vorhandene Krisis zu beheben.

Sei dem, wie es sei. Das Gutachten der Studienkommission hat sich über die Bedürfnisfrage und die Möglichkeit der Ausführung der Bahn positiv ausgesprochen. Die Regierung ist entschlossen, sie zu bauen, und die Staaten Europas werden der Verwirklichung des Planes mit der Aufmerksamkeit folgen, die er bei seiner Tragweite beanspruchen kann. Am aufmerksamsten wird man auf der Apenninenhalbinsel sein, wo seit einigen Jahren ein

### Italienisches Gegenprojekt

propagiert wird, das bereits zu einem faschistischen Programmpunkt zu werden beginnt. Es steht in engstem Zusammenhang mit den kolonialen Entschädigungsforderungen, um die sich die französischen und italienischen Diplomaten seit 2 Jahren vergeblich herumstreiten. Diese stützen sich bekanntlich darauf, daß Italien durch die Okkupation von Tripolis sich als den Erben aller jener Rechte betrachtet, die früher dem Osmanischen Reiche zustanden. Es erkennt daher den zwischen Frankreich und England nach Fachoda abgeschlossenen Teilungsplan Afrikas nicht an, der über das Hinterland von Tripolis zugunsten Frankreichs verfügt hat. Es wehrt sich dagegen, von dem Handel in Zentralafrika, der seit Jahrtausenden über Tümmo und durch Fezzan den Weg zum Meere bei Tripolis gesucht hat, ausgeschlossen zu werden, und verlangt die Angliederung der Gebiete von Tibesti und Borku an seine lybische Kolonie, um seinerseits eine Bahn an der alten Karawanenstraße entlang zu bauen. Der "Marsch an den Tsadsee" ist das Schlagwort für diesen Plan als politisches Ziel und die in den letzten Jahren von Marschall Bagdoglio und General Graziani durchgeführte Okkupation nach Süden das militärische Mittel zur Erreichung desselben (Besetzung von Mursuk und der Oasen von Kufra).

Wenn man diese Idee in Zusammenhang mit den schon früher aufgetauchten Gelüsten Italiens nach einem Mandat über Kamerun bringt, so ergibt sich das faszinierende Bild eines italienischen Korridors vom Mittelmeer bis zum Golf von Guinea, der den afrikanischen Kontinent auf der engsten Linie durchschneidet, um 500 km kürzer und billiger als die französische Trasse ist und daher vom weltwirtschaftlichen Standpunkt vor jener manches voraus hätte. Der Plan ist eines Mussolini würdig. Er wird jedoch an dem Widerstande Frankreichs scheitern, das, solange seine Weltmacht nicht erschüttert ist, niemals in die Zerreißung seines mittelafrikanischen Reiches einwilligen wird. Im Gegenteil, die französischen Pläne fliegen noch über die Transsahara hinaus, bevor der erste Spatenstich dazu getan wurde. Indem sich bereits eine Gesellschaft unter dem Vorsitz von M. André Berthelot gebildet hat, welche die Möglichkeit ihrer Fortsetzung vom Tsadsee über Brazzaville durch Belgisch-Kongo bis nach Kapstadt untersuchen will. Bis dorthin wird noch manche Karawane schweigsam durch tropische Sternennächte ziehen. Aber die Nachricht verdient trotzdem festgehalten zu werden, als Symptom dafür, mit welchem fanatischen Eifer und bewundernswerter Intensität Frankreich den machtpolitischen Ausbau seines riesigen afrikanischen Kolonialreiches betreibt. —

#### KUNO WALTEMATH:

## Ursprünge der mexikanischen Staatspolitik

Daß die mexikanische Regierung im Mai 1930 mit Schroffheit die guten diplomatischen Beziehungen mit Moskau abbrach, ist mit großer Verwunderung aufgenommen worden. Das hatte man nicht erwartet. Gilt doch Mexiko als eine Avantgarde des Sozialismus radikaler Färbung, als eine Art Gegenstück zu Sowjetrußland. Solcher Glaube, der in Mexiko als ein Ärgernis empfunden wird, als eine Schädigung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes, ist aber irrtümlich. Der mexikanischen Staatspolitik mögen staatssozialistische Züge eigen sein. Sie sind aber nicht den Grundsätzen der Lehre von Karl Marx entnommen. Diesen stand der Mann, der sie inaugurierte, Porfirio Diaz, verständnislos gegenüber. Auch spricht nicht die mexikanische Kirchenpolitik für die Berechtigung jenes Glaubens, wie oft gemeint wird. Der Geist, der in ihr lebt, ist so alt wie die Republik selber, bildete sich aus den engen Banden, die zwischen Kirche und dem Altspaniertum im Lande immer bestanden haben und unausrottbar zu sein scheinen. In allen politischen Kämpfen seit Errichtung der Unabhängigkeit spielt der Geist seine Rolle, war die Triebfeder vieler politischen Handlungen. Bereits Juarez erklärte vor siebzig Jahren das Eigentum der Kirche für Staatseigentum und hob die Männerklöster auf. Das trug ihm natürlich grimmigen Haß ein und bereitete den Boden vor, auf dem dann Napoleon III. und sein Schützling Maximilian von Österreich versuchen konnten, die Monarchie aufzurichten, mit Unterstützung der hohen Klerisei, voran des Erzbischofs von Mexiko Labastia. Seitdem verfolgen die mexikanischen Nationalisten, in deren Adern gewöhnlich indianisches Blut rollt,

die Diener der Kirche mit Argwohn, was dazu verführt, gegen sie mit dem untauglichsten Mittel, das es gegen geistige Mächte gibt, mit dem Polizeiknüppel vorzugehen.

Zweifellos, viele der führenden Mexikaner der Gegenwart sind überzeugte Sozialisten, geschult an Karl Marx. Aber in sozialistischen Gedangengängen, hervorgegangen aus Marx, die Ursprünge der mexikanischen Staatspolitik unserer Zeit zu suchen, wäre ganz verkehrt. Wer sie erfassen will, muß die Geschichte der Republik, namentlich die Geschichte und die Ursachen des amerikanisch-mexikanischen Krieges von 1847 kennen, in dem jene Ursprünge lagen. Das bedenkt man in Europa nicht, weil man nicht weiß, wie sehr dieser Krieg ganz charakteristisch die Rücksichtslosigkeit offenbarte, mit der amerikanische Wirtschaftsmächte nicht davor zurückscheuten, in fremden Ländern sich durchzusetzen, immer sicher im entscheidenden Falle der schützenden Faust ihrer Regierung.

#### Amerika raubt Texas

Um 1830 herum ließen sich amerikanische Farmer voll Abenteurerlust in dem damals mexikanischen Texas nieder, das fast menschenleer war. Sie stammten aus den Südstaaten und brachten ihre Negersklaven mit, ohne sie freizugeben, obwohl die Sklaverei in der Republik abgeschafft war, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo man nach der Art der Angelsachsen, die Meister in der Kunst sind, das Häßliche zu verschleiern, sich vor Europa schämend, die Sklaven in der Konstitution als Personen bezeichnete, "die in einem Staate nach Maßgabe der Gesetze desselben zu Diensten oder Arbeit angehalten sind". Das schöne Texas reizte die amerikanischen Pflanzer des Südens, ihn zu einem amerikanischen Sklavenstaat zu machen. Jackson, Präsident jener Zeit, war ihnen zu willen und bot Mexiko 5 Millionen Dollar für Texas an. Mexiko wollte aber nicht. Nun ging die bis 1860 allmächtige Sklavenpartei mit Gewalt vor. Sie sandte den General Houston dahin, einen Intimus Jacksons, der mit einer kleinen Schar von go seiner Südländer und nur zwei vaterlandslosen Mexikanern Texas 1835 für unabhängig erklärte. Das ließen sich natürlich die spanischen Texaner nicht gefallen und leisteten heftigen Widerstand. Nun warb die Sklavenhalterpartei 800 Freiwillige in den Südstaaten an, die nach erbitterter Gegenwehr April 1836 jene Texaner bei San Janito besiegten. Eine große Menge von Sklavereifreunden strömte herbei, die an Zahl bald die Eingeborenen überragte und Texas zu einem angloamerikanischen Sklavenstaat gestaltete, der nun seine Aufnahme in die Union beantragte. Die Gewährung hieß Krieg mit Mexiko. Anfänglich schreckten die Puritaner des Nordens davor zurück. Aber die Südländer machten sie kirre: sie drohten mit Abschaffung der Zölle. Am 29. Dezember 1845 wurde durch Kongreßbeschluß Texas als Bundesstaat in die Union aufgenommen.

Der nun ausbrechende Krieg nahm einen für Mexiko demütigenden Verlauf. Und

Amerika darf sich nichts darauf einbilden, daß es ihn siegreich bestand. Der amerikanische Oberbefehlshaber Winfried Scott ist wirklich kein Napoleon und Friedrich II. gewesen. Ein Deutscher aus Bremen, der den Krieg als stellvertretender Quartiermeister mitmachte, beurteilte ihn in einem nach Hause gerichteten Briefe, datiert aus Mexiko, 27. Oktober 1847, nachdem er das Land gepriesen, so: "Schade, daß dieses herrliche Land von einem physisch und moralisch zu einem solchen Nichts heruntergesunkenen Volke bewohnt wird. Hätte dieses Volk nur einen Funken von Kraft, Ehrgefühl und Tapferkeit, niemals hätten die Amerikaner in das Herz ihres Landes eindringen können, denn es gibt vielleicht kein anderes Land auf der Welt, welches von der Natur so zur Verteidigung eingerichtet ist, wie eben Mexiko. Hätten die amerikanischen Truppen in diesen fürchterlichen Engpässen, Schluchten und Abgründen nur einem einzigen deutschen Regimente gegenübergestanden, so würde auch nicht einer mit dem Leben davongekommen sein."

Das Urteil schätzt die Mexikaner zu niedrig ein. Daß sie aber militärisch minderwertig gewesen sein müssen, läßt sich aus der Tatsache entnehmen, daß das Heer ihres Gegners, nach deutschem Maßstabe gemessen, auch nicht viel höher stand. Bezeichnend für den Geist des amerikanischen Heeres ist es, daß die Zahl der Deserteure ungeheuer groß war. Jener Bremer berichtet auch davon, daß ein Kriegsgericht während des Feldzuges in Hurubosco stattfand, das zahlreiche Deserteure, darunter viele deutsche, hängen ließ. Patriotische Gefühle hatten die amerikanischen Truppen nicht. Wenn sie nicht Abenteurerlust zum Heeresdienst beim Sternenbanner trieb, hatte zeitweilige Verdienstlosigkeit sie zu ihm gezwungen.

Der Empfindung der Demütigung gesellte sich bei den Mexikanern noch die Erbitterung darüber zu, daß man den Bruch des Völkerrechtes durch den nördlichen Nachbarn hinnehmen mußte, ohne irgendwie Schutz dagegen zu finden. Das Resultat war tiefer Haß gegen sie, was sich aus vorliegenden Briefen unseres Bremers, die er an seine Mutter richtete, deutlich ergibt. Er blieb nach Beendigung des Krieges in der Stadt Mexiko, um Geschäfte zu betreiben. Er schrieb nun nach Hause, wie gefahrvoll das Leben wegen des wilden Hasses des Volkes gegen die Amerikaner wäre. Man dürfe abends nur bewaffnet ausgehen.

Daß hervorragende Amerikaner die Politik ihres Landes aufs ärgste verdammten, konnte nur als magerer Trost wirken. Der ehemalige amerikanische Bundessenator Pettigrew urteilt in seinem Werke "Imperial America" also: "Unser erster Angriffskrieg nach der Revolution war der Krieg in Mexiko 1846. Wir fielen in Mexiko ohne irgendwelche Provokation ein und stahlen von Mexiko das halbe Territorium." Der große Präsident Grant, der als junger Offizier am Kriege teilnahm, schreibt in seinen Memoiren: "Die Besetzung und Annexion von Texas geschah, um Territorium zu erlangen, aus welchem Sklavenstaaten für die amerikanischen Sklavenhalter gebildet werden sollten. Selbst wenn die Annexion von Texas geschettertigt werden könnte, die Art kann es nicht, in der der Krieg aufgezwungen

wurde. Es war ein Beispiel, wie eine Republik dem schlechten Beispiel der europäischen Monarchien folgte, indem sie keine Gerechtigkeit beobachtete, als sie wünschte Land zu annektieren." Und der spätere Präsident Lincoln stimmte als Mitglied des Kongresses gegen die Annexion von Texas und erklärte in einer Rede im Repräsentantenhause am 12. Januar 1848 den Krieg für ein Unrecht. In einem Briefe vom 21. Mai desselben Jahres schrieb er: "Es ist Tatsache, daß die Armee der Vereinigten Staaten, indem sie zum Rio Grande marschierte, in eine friedliche mexikanische Ansiedlung marschierte und die Einwohner von ihren Heimstätten und ihren im Werden begriffenen Ernten wegschreckte. Es ist Tatsache, daß Fort Brown gegenüber Matamoras durch jene Armee innerhalb eines mexikanischen Baumwollfeldes erbaut ward. Es ist eine Tatsache, daß, als die Mexikaner den Hauptmann Thornton mit seinem Kommando gefangennahmen, sie diese in einem anderen mexikanischen Baumwollfeld gefangennahmen."

#### Mexikos nationales Erwachen

Wenn schon Amerikaner so vernichtende Urteile über das damalige Vorgehen ihres Landes gegen die Mexikaner fällen, was sollen dann diese darüber denken? Ist es nicht verständlich, daß sie, als die amerikanischen Kapitalisten mit ihrem Gefolge von Ingenieuren, Technikern, Clerks, gelernten Arbeitern, Farmern anrückten, sich der Verkehrsmöglichkeiten bemächtigten, Hand auf die unterirdischen Schätze legten, diese und andere Gewinnchancen ausbeuteten, anfingen, Latifundien der alten spanischen Familien zu erwerben, um sie zu ihrem Nutzen zu bewirtschaften, das mißtrauisch und feindselig betrachteten, eine Wiederkehr des texanischen Räuberzuges von 1835 befürchteten? Wer versteht es nicht, daß Porfirio Diaz, nicht berührt von marxistisch-sozialistischen Ideen, lediglich Interpret nationaler Besorgnisse, einen Riegel vorzuschieben versuchte, indem er Nationalisierungspolitik trieb, mit einer Agrarreform begann, um das Ankaufen der Latifundien altspanischen Stiles durch Amerikaner zu hemmen? Und es war klar, daß Mexiko um so hartnäckiger immer wieder zu der Politik des Porfirio Diaz, auch nach seinem Sturze und Tod, griff, je mehr die Washingtoner Regierung sich schützend vor die amerikanischen Kapitalisten stellte, daß schließlich eine radikale Agrarreform sich durchsetzte, die zu einer Zertrümmerung und Atomisierung der Latifundien führte. Nationalistische Erwägungen sind die Grundpfeiler der mexikanischen Staats- und Wirtschaftspolitik, Ängste um die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit, nicht Anhängerschaft an die Theorien von Marx.

Es ist möglich, daß diese Erwägungen nicht die Furcht bedenken, die Amerika vor der Verstärkung des farbigen Elements hat, welche durch eine Einverleibung Mexikos mit Sicherheit kommen müßte. Texas, Kalifornien, New Mexico vermochte man zu assimilieren, indem man die menschenleeren Einöden, die sie vor 90 Jahren waren, mit Menschen der weißen Rasse besiedelte. Mexiko ist dagegen verhältnis-

näßig gut bevölkert, von Rasse vorwiegend indianischer Abstammung, unassimiierbar, hartnäckig an Landessprache und Landesglauben hängend. Auch vergessen
ene Erwägungen, daß Mexiko die Befruchtung durch amerikanisches Kapital unentbehrlich ist, wenn es sich nicht ruinieren will. Deshalb bemüht sich auch seine
Regierung, auf gutem Fuß fürderhin mit Washington zu leben.

Ob aber auf die Dauer sie sich gegen die nationalen Gefühle durchsetzen kann? Sie wurzeln tief, verdichteten sich wiederholt zu Ausbrüchen des Hasses, die die Gebietenden gezwungen haben, auf der Bahn der Nationalisierungspolitik zu verharren. Während des Weltkrieges ließ solcher Haß tolle Pläne aushecken, wie man sich mit den Negern der amerikanischen Südstaaten zusammentun könnte und alle Yankees austilgen. Die Zeitung "La Reforma" in Saltillo schrieb damals: "Über alles vergeßt, daß Humanität in Perioden nationalen Elends verbrecherisch ist und Schrecklichkeit tugendhaft. Reißt Augen, reißt Herzen, zerreißt offen die Brüste, trinkt das Blut in den Schädeln der Yankees. Es zeigt den guten Patrioten, wenn man zur Verteidigung des Vaterlandes ein Nero und ein Kaligula ist. Friede zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten wird in Todeskämpfen voll Schrecken und Barbarei geschlossen werden."

So ungezügelt äußert sich der Volkshaß sicherlich nicht allgemein, aber wer im mexikanischen Volke verkehrt, weiß, daß er in der Stille überall lebendig ist, daß sein Ausdruck die Nationalisierungs- und Agrarpolitik des Staates ist.

#### KARL SAPPER:

### Die Indianer und ihre Kultur einst und jetzt III

Gegenüber fremdsprachigen Rassegenossen pflegen sich die Indianer sehr kühl, oft abweisend zu verhalten, selbst wenn sie von der gleichen Sprachfamilie sind oder wenn sie sich mit Hilfe des Spanischen oder einer indianischen Handelssprache miteinander unterhalten könnten. So haben sich die drei Mayaführer von Icaiché bei meiner Durchquerung Yucatans (1894) nie mit meinen Kekchíindianern aus Guatemala, die ebenfalls der Mayavölkerfamilie angehören, bei den Urwaldbiwaks an dasselbe Lagerfeuer gesetzt, sondern immer ihr eigenes Feuer angezündet und für sich gejagt, ohne den Versuch einer Annäherung zu machen, und ähnliche Beobachtungen konnte ich auch anderwärts machen. Allgemein läßt sich sagen, daß schon der Zusammenhalt der Indianer gleicher Sprache schwach ist, was sich deutlich auch in den gelegentlichen Erhebungen einzelner Dörfer ausspricht, daß aber über die Sprachgrenze hinaus, wenigstens was politische Belange betrifft, keinerlei Zusammengehörigkeitsgefühl mehr vorhanden ist. Infolgedessen denkt auch kein Mayaindianer Yucatans an eine politische Vereinigung mit den zur gleichen Sprachfamilie gehörigen Stämmen Mittelamerikas; dergleichen Utopien werden nur in

Europa ausgedacht, wie ich denn während des Weltkriegs einmal um Angabe einer Mayagrammatik ersucht wurde von einem deutschen Enthusiasten, der in Yucatan und Guatemala die Mayastämme gegen die Vereinigten Staaten aufwiegeln wollte!

Die Vielheit der Indianersprachen und der mangelnde Zusammenhalt der Stämme sind der beste Schutz gegen eine innere indianische Gefahr, aber zugleich, wie wir schon oben erwähnten, eine Schwächung der politischen und vielfach auch der militärischen Kraft nach außen — letzteres vor allem dann, wenn die Indianer des Spanischen in überwältigender Mehrheit unkundig und darum für den Kriegsdienst ungeeignet sind. An sich wären freilich viele Indianerstämme als Soldaten vortrefflich zu gebrauchen, wie denn der mexikanische Präsident Obregon, der aus Sonora stammte und daher mit den Yaquis gut vertraut war, sich in der Hauptstadt geradezu auf einige Yaquiregimenter stützte.

Die Bedeutung gemeinsamer Sprache für ein Reich hatten schon lange vor Ankunft der Europäer die Inkas erkannt, weshalb sie das Quechua bei Vergrößerung ihres Gebiets überall zwangsweise einführten, was nun zur Folge hatte, daß diese Sprache in den andinen Hochländern jetzt eine so große Verbreitung besitzt. Da aber zudem gegenwärtig das Spanische wenigstens bei männlichen Indianern bereits viel gebraucht wird, so war es in Peru möglich, das Militär großenteils aus Hochlandindianern zusammenzusetzen und (z. B. im Dezember 1927) große Manöver in mehr als 4000 m Meereshöhe tadellos durchzuführen, also in Höhen, in denen Tieflandbewohner vielfach schon versagen, wenn anstrengende Märsche ausgeführt werden müssen.

Ein stark vorwiegend indianischer Staat war als Erbschaft der ehemaligen Jesuitenmissionen Paraguay gewesen, bis in dem furchtbaren Krieg (1864—1870) dieses kleinen Landes gegen Brasilien, Uruguay und Argentinien fast die ganze männliche Jugend vernichtet wurde. Aber obgleich damit die Hauptmasse der männlichen Indianer weggestorben war, so ist doch dank dem konservativen Sinn der Indianerinnen die Guaranisprache neben dem Spanischen bis auf den heutigen Tag eine Volks- und Heeressprache geblieben.

Wenn in neuerer Zeit zuweilen schon die Frage aufgetaucht ist, ob nicht in manchen Ländern die politische Führung einmal wieder in die Hände der Indianer fallen dürfte, so wäre an sich dafür Paraguay am geeignetsten wegen der noch fast allgemeinen Verbreitung des Guarani; allein hier fehlt seit dem erwähnten mörderischen Kriege die somatische Unterlage, weil die Bevölkerung des Landes sich jetzt stark vorwiegend aus Mischlingen zusammensetzt. Anders liegen dagegen die Verhältnisse in den andinen Hochländern, weil in Peru das Quechua, in Bolivien das Aymara ein sehr starkes Übergewicht über die übrigen Indianersprachen hat und daher je eine starke indianische Bevölkerungszahl den möglichen Grundstock einer indianischen Herrschaft bilden könnte. Es ist ja in höchstem Grade unwahrscheinlich, daß die Dinge einmal einen solchen Verlauf nehmen werden, da

das Kreolen- und Mischlingselement bereits zu fest im Sattel sitzt, aber die theoretische Möglichkeit ist nicht zu bestreiten angesichts der Tatsache, daß unter den Präsidenten spanisch-amerikanischer Freistaaten im 19. Jahrhundert zweimal solche rein indianischen Blutes (Carrera in Guatemala und Benito Juarez in Mexiko) in hervorragender Weise in die Geschicke ihres Heimatlandes eingegriffen haben und damit den Beweis lieferten, daß auch jetzt noch aus der indianischen Masse tüchtige Führer hervorgehen können.

Minder günstig für eine etwaige spätere indianische Vorherrschaft sind die Voraussetzungen in Indianerländern, in denen keine einzelne Indianersprache, kein einzelner Indianerstamm sehr stark über die übrigen vorherrscht, wie Guatemala und Mexiko. Da in ersterem Lande in letzter Zeit das Spanische gewaltig an Ausdehnung gewonnen hat und in Zukunft wohl noch rascher sich ausbreiten wird, so dürfte die Möglichkeit einer indianischen Oberherrschaft in der Zukunft hier nicht vorliegen. In Mexiko aber, wo ebenfalls eine Vielheit von indianischen Sprachen und Stämmen vorhanden ist, hat dennoch das indianische Element in der letzten Revolution einen bedeutenden Vorstoß unternommen und in mehrfacher Hinsicht seine Wünsche durchgesetzt, denn hier hatten gemeinsame Beschwerden über soziale und wirtschaftliche Übelstände alle Schranken der Sprachen und Stämme überbrückt und dem Indianertum zusammen mit den niederen Klassen der Mischlinge eine gewaltige Stoßkraft gegeben, wobei die Erfolge der Arbeiter in fremden Ländern richtunggebend einwirkten. Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß die mexikanischen Arbeiter in Fabriken und auf Landgütern vielfach - aber keineswegs allgemein - recht schlecht behandelt worden waren und daß sie bei langer Arbeitszeit sehr niedrige Löhne erhalten hatten. Außerdem war in manchen Staaten Mexikos der größte Teil des landwirtschaftlich verwertbaren Landes in vergleichsweise wenigen Händen gewesen, während die ungeheure Überzahl der ländlichen Bewohner keinen Fußbreit Boden ihr eigen nennen konnten. Zu alledem waren aber die Landarbeiter durch Vorschüsse und durch Kaufzwang im Gutskaufladen wirtschaftlich in dauernder Abhängigkeit gehalten worden. Kein Wunder, daß Francisco J. Madero 1911 einen ungeheuren Zulauf hatte, als er Besserung dieser Verhältnisse und Zuteilung von Land versprach. Wie tief der Eindruck auf die Indianer war, konnte ich noch 1923 in der Hauptstadt Mexiko erkennen, als ich an der Stelle, wo 1913 Madero erschossen worden war, Indianer antraf, die Kerzen verbrannten und für ihren Wohltäter beteten!

Im Lauf der Jahre sind die Hauptziele der mexikanischen Revolution erreicht worden: die Vorschußschulden wurden für ungültig erklärt, viele Großgüter aufgeteilt oder verkleinert, den Indianerdörfern, die kein eigenes Gemeindeland besaßen, vielfach solches zugewiesen, die Arbeitszeit verkürzt, die Löhne erhöht usw. Damit haben die Indianer eine ganz andere Stellung innerhalb des Staates erlangt als zuvor. Ob sie aber imstande sein werden, diese Stellung weiter aus-

zubauen und noch zu verstärken, muß die Zukunft lehren. Ich halte es nur für möglich, falls eine weitblickende Führernatur aus ihrer Mitte aufstiege und sie leitete, denn aus sich heraus wird die große Masse der Indianer niemals die veränderten Umstände entsprechend ausnützen, nach eigener Überlegung die geeigneten Männer an die Spitze des Staates stellen und den ihnen zugesprochenen Boden zweckentsprechend auswerten können.

Wenn es schon schwer gehen dürfte, den Indianer wirtschaftlich zu erziehen, so noch mehr staatsbürgerlich, fehlt doch gegenwärtig dem Indianer nicht nur jede klare Einsicht in den Aufbau des Staates und den Zweck der Wahlen, sondern auch jegliche Personenkenntnis, so daß sie gewöhnlich keinerlei eigenen Willen durch ihre Wahlbeteiligung zum Ausdruck bringen. So habe ich es - allerdings in Guatemala - einmal erlebt, daß die Regierung ihren Präsidentschaftskandidaten unbedingt durchbringen wollte und deshalb an die Pflanzer des Bezirks, in dem ich wohnte, das Ersuchen stellen ließ, sie möchten ihre indianischen Arbeiter am betreffenden Tage in die Stadt schicken. Jeder Indianer mußte nun einen Sack Kaffee nach der Zentrale der Pflanzung in der Stadt tragen. Als sie dort angekommen waren, wurde das Regierungspräsidium des Departements telephonisch verständigt. Alsbald kam nun eine Patrouille Soldaten mit der Militärmusik, stellte die Indianer in Reihe und Glied und marschierte mit ihnen vor den Wahlraum. Dort erhielt jeder Indianer einen Zettel mit dem Namen des Kandidaten (den der Indianer als Analphabet aber gar nicht lesen konnte) mit dem Auftrag, ihn am Ausgang des Saales wieder abzugeben. Als aber die Indianer hernach wieder nach Hause gehen wollten, wurden sie von der nächsten Brücke nochmals und nachher noch ein zweitesmal zum Wahlraum zurückgeführt, um abermals zu wählen und ähnlich wurde es auch an anderen Orten gemacht mit dem Ergebnis, daß das Ausland sich wunderte über die ungeheure Stimmenmehrheit, die auf diesen Kandidaten gefallen war!

Wenn man sich solche Zustände vergegenwärtigt, so fällt es einem schwer, sich vorzustellen, daß das indianische Element jemals dauernd eine führende Rolle in den indianerreichen Ländern würde spielen können, während allerdings nicht ausgeschlossen ist, daß, wie auch früher zuweilen, dann und wann eine kraftvolle Persönlichkeit rein indianischen Bluts zeitweise die Geschicke solcher Staaten lenken wird. Aber immerhin hat sich die Stellung des Indianertums in manchen Ländern bereits erheblich gehoben, so daß sie schon jetzt einen erheblichen Einfluß auf die betreffenden Staaten ausüben.

#### 3. Blick in die Zukunft

Wenn wir in die Zukunft blicken, so läßt sich trotz aller Schatten, die über dem Bild noch lagern und es verdunkeln, doch erkennen, daß, gleichviel ob Quesadas geistreiche und menschenfreundliche Ideen sich durchführen lassen

oder nicht, in wenigen Jahrhunderten der Prozeß somatischer Vermischung, sprachlichen Rückgangs und kulturlicher Europäisierung vollendet oder stark vorgeschritten sein wird, so daß es keine reinen Indianer und keine Indianersprache in lebendigem Gebrauch mehr geben wird, es sei denn etwa, daß der höchst unwahrscheinliche, aber keineswegs ganz unmögliche Fall eintrete, daß einmal in irgendwelchem Lande das indianische Element die politische Leitung an sich risse und seine Sprache dann auch dauernd hochhielte oder ihr, wie wir es in Europa in der irischen Republik sehen, wenigstens ein Weiterleben ermöglichte. Die indianische Kultur stofflicher Art wird zwar, wie schon jetzt ersichtlich, vielfach europäisiert werden, aber manche alte Typen werden sich dauernd halten, und noch nach Jahrtausenden wird man sie in lebendem Gebrauch finden, weil eben nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt werden dürfte. So können wir annehmen, daß die Hängematte nie mehr aus den Veranden der Tropenhäuser und aus den Schiffen warmer Gegenden verschwinden wird. Auch der Truthahn wird sich wohl dauernd in den alt- wie neuweltlichen Hühnerhöfen halten. Vor allem aber werden die von den Indianern entdeckten und in Kultur oder Benützung genommenen Nutzpflanzen und deren Früchte, Säfte und sonstigen nutzbaren Teile auch in aller Zukunft in der Neuen wie in der Alten Welt weiter Verwendung finden. Ihre Zahl ist so groß, daß man auf dem Gebiet der Züchtung von Kulturpflanzen oder Ausnützung wildwachsender Pflanzenarten die Indianer zu den erfolgreichsten Kulturförderern der Erde rechnen muß, gleichwertig den höchststehenden altweltlichen Rassen. Nach Milliarden Mark bewerten sich die Ernten der amerikanischen, von Indianern zuerst in Kultur genommenen Nutzpflanzen, wie Kartoffeln, Mais, Maniok, Tabak, Erdnüsse, Vanille; ganze Industrien haben sich auf den von Indianern entdeckten Säften gewisser amerikanischer Nutzpflanzen aufgebaut (Kautschuk, Balata, Chicle); Kakao und Schokolade werden nie mehr von unserer Tafel verschwinden, die Gartenbohne, die Tomate, der spanische Pfeffer u. a. m. werden auch in Zukunft in unserer Küche vertreten sein, indes die Pharmakopöe allezeit amerikanische, zuerst von Indianern entdeckte Drogen und Heilmittel enthalten wird. Ja manche derselben stehen, von europäischer Wissenschaft vervollkommnet, jetzt sogar mit an allererster Stelle unseres Arzneischatzes, wie das Chinin und das Kokain. Es sind Heilmittel von solcher Bedeutung, daß man die Indianer, die erste Urheber der Kenntnis ihrer Grundsubstanzen gewesen sind, deshalb geradezu zu den Wohltätern der Menschheit rechnen darf.

#### HANS OFFE:

## Geopolitik im Unterricht höherer Schulen

O. Maulls zweifelnde Schlußbemerkung seines zweiten Aufsatzes über diesen Gegenstand ("Z. f. G." 1930, Heft II) möchte ich zunächst damit entkräftigen, daß ich vom Standpunkt des Praktikers seinen theoretischen Ausführungen in den entscheidenden Punkten nur zustimme. Im besonderen scheint es nach meiner Erfahrung geboten, zweierlei zu unterstreichen: I. Politische Geographie als reine und Geopolitik als angewandte Wissenschaft müssen als solche im Schulunterricht deutlich unterschieden und diese Gesichtspunkte dem Schüler klar zum Bewußtsein gebracht werden. 2. Systematische Belehrung über Geopolitik ist im allgemeinen abzulehnen. Ungleich wertvoller und praktisch gangbarer scheint der Weg des Einzelbeispiels, wofür O. Maull ja eine Reihe trefflicher Belege bietet.

Das "Denken in Kontinenten" bedeutet gewiß ein hohes Ziel; allein der Schulunterricht muß, im Rahmen des Möglichen bleibend, vor allem den Blick für die besondere Lagerung des jeweiligen Problems schärfen. Gilt diese Forderung schon vom allgemein-pädagogischen Standpunkt ("formale Bildung", keineswegs ausschließlich der Grammatik und Mathematik verhaftet!), so auch um der Sache selbst willen. Die Gefahr, sich in Allgemeinheiten zu ergehen, steigt jedenfalls mit zunehmender Weite der systematischen Auffassung - und für das Unzureichende solcher Allgemeinheiten hat gerade die heutige Jugend eine starke Empfindung, um nicht zu sagen, eine unleugbare Überempfindlichkeit. Bereits solche Begriffe, die, wie z. B. Bevölkerungsdruck, Kraftlinien, Wachstumsspitzen, zum eisernen Bestand der Geopolitik zählen, scheinen in diesen Bereich zu gehören. Der außerordentlich komplexe, ans Philosophische rührende Gesamtcharakter der Geopolitik kommt in jenen Termini zum Ausdruck. Selbst die reifere Schuljugend haftet aber im allgemeinen durchaus am Gegenständlichen: das Statische liegt ihr mehr als das Dynamische; zudem gibt ja der Atlas mit seinen scheinbar eindeutigen Bestimmungen dieser ihrer Grundeinstellung recht. Es soll nun im folgenden versucht werden, die Geopolitik als Gegenstand des Oberklassenunterrichts im ganzen der Geographie des Menschen sowie in ihrer Beziehung zum sonstigen Schul- bzw. zum akademischen Unterricht an Hand praktischer Erfahrung in einigen Grundzügen zu charakterisieren. Unter den gegebenen Verhältnissen kann dabei weder auf einzelne Lehrpläne noch auf Lehrbücher usw. eingegangen werden.

Die verschiedenen Teilgebiete der Allgemeinen Erdkunde begegnen erfahrungsgemäß einem sehr ungleichartigen Interesse seitens des Durchschnittes der Schüler; dasselbe gilt wiederum innerhalb der Anthropogeographie — wobei allerdings das jeweilige methodische Geschick des Lehrers mit in Rechnung zu stellen ist. So ist z. B. die Siedlungsgeographie ebenso wie die Erörterung von Fragen der Bevölkerungsdichte, deren Unterschiede nach Staaten und Erdteilen und dergleichen, in

steter Gefahr, durch unzulängliche Abstraktion erheblich zu langweilen. Sehr viel besser steht die Wirtschaftsgeographie in dieser Beziehung da. Ist es die ausgeprägte Richtung der heutigen Jugend auf wirtschaftliche Dinge? Oder der Unterton eigener, wenn auch bescheidener Reiseerfahrungen, die hier stärker oder schwächer bei jedem Schüler mitschwingen? Jedenfalls hat die Wirtschafts- und Verkehrgeographie den (wenn auch nur vermeintlichen) Vorteil, daß hier eindeutige konkrete Vorstellungen gegeben sind, die noch dazu das gegenwärtige Leben in hohem Maße beherrschen; auch können sie je für den einzelnen nicht geringe praktische Bedeutung gewinnen. Wie dem auch sei: im Schulunterricht erscheint die Wirtschaftsgeographie als besonders geeigneter Anknüpfungspunkt für geopolitische Gedankengänge.

Weiterhin gilt es, den Charakter der Geopolitik als einer angewandten Wissenschaft zu betonen; gerade dadurch dürfte beim Durchschnittschüler am ehesten größeres Interesse zu erwecken sein. Insofern befindet sich die Geopolitik im Schulunterricht in ähnlicher Lage wie etwa die moderne Technik in ihrer Gesamtheit gegenüber der reinen Physik und Chemie, oder auch wie die Sprech- und Schreibübungen im fremdsprachlichen Unterricht gegenüber Grammatik und Lektüre. Jedoch mit dem Unterschiede, daß die Geopolitik, indem sie sich an die Willensseite des Menschen wendet, noch dazu über sein persönliches Interesse hinausgehend den Staatsbürger in der werdenden Persönlichkeit wachruft. In diesem Zusammenhang sei auch der unverkennbaren Fortschritte gedacht, welche die Pflege staatsbürgerlicher Bildung im Laufe der letzten Jahre erfahren hat. Es liegt nahe, vorwiegend an die Schulfächer Geschichte und Deutsch zu denken. Für die Erörterung weltpolitischer Gegebenheiten sind jedoch die neueren Sprachen sowie die Religionslehre in mindestens ebenso hohem Maße der gegebene Boden, geopolitisches Verständnis vorzubereiten. Der Wechsel, der sich seit dem Weltkriege unter Förderung von maßgebender Seite auf den letztgenannten Gebieten anbahnt, ist gleichfalls als Fortschritt in unserem Sinne zu begrüßen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Geopolitik, weit entfernt, einer systematischen Darstellung seitens des geographischen Schulunterrichts zugänglich zu sein, der zielbewußten Unterstützung durch andere Fächer dringend bedarf. Kann das geschehen ohne sorgfältige und mehr als zufällige Vorbereitung der Lehrerschaft im ganzen? Diese Frage ablehnen, hieße die persönlichen Voraussetzungen geopolitischer Schulunterweisung ins Wanken bringen. Praktisch gesprochen: Die Staatsbürgerkunde — in Preußen gegenwärtig bloßes Zusatzfach in der Staatsprüfung — muß ihren bisherigen, wesentlich staatsrechtlich-geschichtlichen Rahmen sprengen und zum allgemeinverbindlichen Prüfungsfach aller künftigen wissenschaftlichen Lehrer höherer Schulen werden. Die gegenwärtigen Bestrebungen, vom Lehramtskandidaten nur ein Hauptfach zu fordern, finden in dem Gedanken einer breiteren wissenschaftlichen Grundlage (oder, wenn man so will, eines Gegen-

gewichts gegen die notwendige Einseitigkeit, die mit der Beschränkung gegeben ist) ihre natürliche und gerade auch vom pädagogischen Standpunkt aus wertvolle Ergänzung. Allerdings kommt alles darauf an, ob der akademische Unterricht diese Entwicklung zu fördern bereit ist. Die in Preußen bereits 1919 offiziell angekündigte Hochschulreform, neuerdings ebendort nach Seiten der juristischen Fakultät in Szene gesetzt, muß sich dessen bewußt sein, daß Hochschule und höhere Schule, wie im allgemeinen, so auch in Sachen der Geopolitik Schicksalsgefährten sind.

Man mag verschiedener Meinung darüber sein, ob bzw. inwieweit dem Deutschen Reich auf absehbare Zeit eine aktive Außenpolitik möglich ist. Aber nichts hindert uns daran, die Erkenntnis weltpolitischer Zusammenhänge und ebensolcher praktischer Notwendigkeiten in der gebildeten Oberschicht unseres Volkes vorzubereiten. Im Unterschiede von den großen Weltvölkern, denen eine starke politische Triebhaftigkeit in dieser oder jener Ausprägung zu eigen ist, will der gebildete Deutsche im letzten Grunde von der Vernunftseite angefaßt sein — dies selbst in der Gegenwart, ungeachtet der aller Vernunft scheinbar hohnsprechenden innerdeutschen Selbstzerfleischung und gegenseitigen politischen Verfemung. (Übrigens rufen wir ja auch täglich die Weltvernunft an, zumal die wirtschaftlichel). Daß es über alle Parteidogmen hinaus wirksame politische Ideen gibt, die in der natürlichen Ordnung der Dinge, der menschlichen wie der untermenschlichen, fest begründet liegen — dieses Bewußtsein allein, als einziger Dauergewinn geopolitischer Schulbildung, wäre nicht gering anzuschlagen.

Unsere schulpolitische Stellung und ihre praktische Ausführung in Sachen der Geopolitik wird nicht wegzudenken sein aus dem großen Menetekel der gegenwärtigen Weltlage. Dies zugleich ein wesentlicher Zug der heutigen Gestalt jener deutschen Schicksalsfrage, die H. G. Fichte einst in die Worte kleidete: Was geschehen müsse, damit wir würdig seien, den Staat der Not mit dem Staat der Freiheit zu vertauschen?

#### GERHARD HERRMANN:

## Weltwirtschaftlicher Bericht

Die deutsch-österreichische Zollunion. — Die sechste mitteleuropäische Wirtschaftstagung. — Die Agrarkonferenz in Rom. — Die Rußlandreise der deutschen Industriellen.

Im letzten weltwirtschaftlichen Bericht (vgl. Heft 2, Februar 1931, Seite 157) hatten wir unsere Leser bereits hingewiesen auf die Notwendigkeiten eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas und hatten damals bedauert, daß die dahinzielenden Bemühungen noch keine stärkeren Fortschritte gemacht hätten. Heute, nach wenigen Monaten nur, ist die Entwicklung einen erheblichen Schritt weitergegangen. Seit Wochen ist die europäische Öffentlichkeit erfüllt von geradezu leidenschaftlicher Diskussion über den Ende März bekanntgewordenen Vertrag zur wirtschaftlichen Angleichung von Deutschland und Östereich, über die Proteste in Frankreich und der Tschechoslowakei und über den Mitte April bekanntgewordenen "Gegenplan" einer Zollunion zwischen der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien unter französischem Einfluß. Dies alles zu einer Zeit, als überdies am 18. und 19. März in Wien der Sechste Mitteleuropäische Wirtschaftstag stattfand, um die handelspolitischen Möglichkeiten eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks zu diskutieren, und unmittelbar anschließend in Rom eine großangelegte Internationale Getreidekonferenz, von 150 Delegierten aus 46 Staaten beschickt, tagte, um Maßnahmen zur Beseitigung bzw. besseren Verteilung der in allen Agrarländern vorhandenen Überschüsse an Getreide zu treffen.

Wenn auch alle diese Vertragsentwürfe und Tagungen eine endgültige Entscheidung über die kommende wirtschaftliche Neuorientierung noch nicht herbeigeführt haben, sondern eine Klärung frühestens auf der Völkerbundstagung im Mai erfolgen kann, wenn die beteiligten Staaten gezwungen sein werden, ihre Karten offen auf den Tisch zu legen, so sind doch heute die Fronten klar erkennbar, in denen gekämpft wird:

Der Fehlschlag der Weltwirtschaftskonferenz in der papierenen Forderung des Freihandels, das Scheitern der Zollfriedenskonferenz im März dieses Jahres, die Beerdigung des Briandschen Paneuropaplanes hatten deutlich gezeigt, daß von Genf keine Hilfe zur Beseitigung der europäischen Wirtschaftsnot kommen konnte. Die Gegensätze innerhalb Europas waren zu groß, um es mit einem Schlage zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufügen. So war es kein Zufall, daß als einer der ersten der damalige österreichische Vizekanzler Schober auf der letzten Völkerbundstagung im September 1930 den Abschluß regionaler Wirtschaftsabkommen

bzw. Zollunionen benachbarter und sich ergänzender Staaten empfahl. Zur selben Zeit, im August 1930, kam es auf der Konferenz zu Sinaja zu dem Abschluß einer Zollunion zwischen Jugoslawien und Rumänien, womit der erste praktische Ansatz zur handelspolitischen Neuorientierung Mittel- und Osteuropas gegeben war.

In diesem historischen Rahmen betrachtet, ist das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen nur ein weiterer, allerdings wesentlicher, Schritt in einer sich bereits seit mehr als einem Jahr anbahnenden Entwicklung. Weit entfernt, gegen irgendeine andere Volkswirtschaft feindlich gerichtet zu sein, ist dieses Abkommen vielmehr eine Erfüllung der in Genf aufgestellten Richtlinien wirtschaftlicher Annäherung. Nur, daß hier zum ersten Male an Stelle einer Unzahl papierener Resolutionen eine praktische Handlung tritt. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit beider Staaten bleibt unangetastet. Von einer Verletzung des Genfer Protokolls vom Oktober 1922 kann also keine Rede sein.

Der friedliche Charakter des Abkommens zeigt sich gerade in der Aufforderung, daß jeder dritte Staat dem Abkommen beitreten kann. Die in Paris und Prag empfundene "Überraschung" entspringt also mehr politischer Verärgerung als sachlichen Gründen.

Die wirtschaftliche Bedeutung einer deutsch-österreichischen Zollunion liegt vor allem in der Vergrößerung des Binnenmarktes beider Länder, die für Österreich eine Verzehnfachung bedeutet, während sich für Deutschland der Binnenmarkt nur um ein Zehntel vergrößern würde. Da in beiden Ländern bestimmte Industrien durch den plötzlichen Wegfall der Zölle in Schwierigkeiten geraten würden, so z. B. die österreichische Schwerindustrie und die deutsche Lederwarenindustrie, so ist für solche Fälle die Einführung von Übergangszöllen für einige Jahre geplant, die den betroffenen Industrien auf beiden Seiten eine möglichst reibungslose Umstellung gewährleisten sollen. Eine Betrachtung der Außenhandelsstatistik beider Länder hat nur bedingten Wert, da ja durch Wegfall bzw. Senkung der Zölle wesentliche Bedingungen des Güteraustausches sich erheblich verändern. Die wirtschaftliche Bedeutung einer Zollunion geht aber über den unmittelbaren Warenaustausch weit hinaus. Deutschlands Industrie gewinnt dann ein Sprungbrett nach dem Balkan, denn Wien ist auch heute noch das wirtschaftliche Ausfallstor nach dem Südosten. Außerdem aber ist die Position beider Staaten gestärkt bei gemeinsamen Verhandlungen mit den südosteuropäischen Agrarstaaten, wie sie z. B. bereits zwischen Berlin und Bukarest geführt werden.

Im selben Maße, wie man in Paris die juristische Unangreifbarkeit des deutschösterreichischen Abkommens erkannt hat, um so mehr bemüht man sich dort, eine wirtschaftliche Donauföderation zustande zu bringen; Frankreich will hierbei nicht nur diesen europäischen Agrarstaaten Vorzugszölle gewähren, sondern man versucht auch, Österreich für eine Donauföderation dadurch zu ködern, daß man ihm langfristige Kredite und Handelsverträge zusichert, die seiner Industrie ein weites Absatzgebiet sichern sollen. Aller Voraussicht nach wird in Genf der Kampf darum gehen, ob in Europa zwei Zollunionen, die deutsch-österreichische und die Donauföderation, sich als Gegner gegenüberstehen werden, oder ob es gelingt, zwischen den osteuropäischen Agrarstaaten und den mitteleuropäischen Industriestaaten einen bevorzugten Austausch ihrer industriellen und agrarischen Produkte in die Wege zu leiten, ohne daß es zu feindlicher Blockbildung kommt.

Diese Frage, ob ein handelspolitischer Zusammenschluß Mitteleuropas zunächst mit oder ohne Deutschland erfolgen sollte, klang auch bei der Sechsten Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung in Wien durch. Wenn auch die große Mehrzahl der Redner die Mitarbeit Deutschlands zur unbedingten Voraussetzung machte, so fanden sich doch auch einige Stimmen, die zunächst nur den Zusammenschluß der osteuropäischen Staaten ohne Deutschland forderten. Demgegenüber muß auf das entschiedenste betont werden, daß eine handelspolitische Neuordnung Mitteleuropas ohne Deutschland von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Dazu ist die Stellung Deutschlands als Abnehmer wie Lieferant viel zu wichtig. Der Gefahr, daß dann die deutsche Industrie zu gefährlich für die junge Industrie der Oststaaten werde, oder daß umgekehrt Vorzugszölle für agrarische Produkte die deutsche Landwirtschaft ruinieren könnten, läßt sich durch geeignete handelspolitische Maßnahmen beikommen. Einmütigkeit herrschte auf der Wiener Tagung darüber, daß die Meistbegünstigungsklausel handelspolitisch zum alten Eisen gehöre, denn sie hat einen freien weltwirtschaftlichen Güteraustausch zur Voraussetzung, der heute praktisch nur noch in sehr eingeschränktem Maße besteht. Vielmehr steht die zwar noch heute herrschende, aber überlebte Meistbegünstigungsklausel einem handelspolitischen Zusammenschluß Mitteleuropas nur im Wege.

Über die anzuwendenden neuen handelspolitischen Mittel standen sich dagegen zwei Auffassungen in Wien gegenüber: die Anhänger der Vorzugszölle und die Befürworter von Ausfuhrkontingenten.

Einfuhrkontingente werden vor allem für diejenigen Staaten den Vorzug verdienen, die einen gemischt industriellen und agrarischen Charakter haben. Während z. B. für Deutschland die Gewährung von Vorzugszöllen auf agrarische Produkte unleugbare Gefahren für die deutsche Landwirtschaft mit sich bringen würde, läßt sich durch die Gewährung von Kontingenten an bestimmte Agrarstaaten die Höhe der Einfuhr beliebig regulieren. Da ein agrarischer Zuschußbedarf ohnehin besteht, kommt es für den Einzelfall nur darauf an, daß das Kontingent groß genug ist, um auch dem Lieferstaat einen Anreiz zu geben. Die Frage, ob das Kontingentsystem mit der Meistbegünstigungsklausel vereinbar ist, ist zwar vom Völkerbund bejahend entschieden worden, dürfte aber im Grunde nur akademischen Wert haben.

Freilich muß man sich darüber im klaren sein, daß eine weitere Verbreitung

des Kontingentsystems zwangsläufig zu einer oft nur verschleierten Außenhandelskontrolle, wenn nicht sogar zum Außenhandelsmonopol, zunächst für bestimmte Waren und schließlich für den gesamten Außenhandel führt. Die zunehmende Bedeutung des Verwaltungsprotektionismus neben dem offenen Protektionismus durch Zölle in allen Ländern und die besonderen Verhältnisse in Rußland, ja auch Italien sowie die kürzliche Errichtung eines Außenhandelsmonopols in Persien weisen in dieselbe Richtung.

Die Bemühungen der osteuropäischen Agrarstaaten, eine Vorzugsbehandlung auf dem europäischen Markt zu finden, haben auch der Agrarkonferenz in Rom ihr Gepräge gegeben, als der Vertreter Argentiniens im Namen der überseeischen Agrarländer diese Politik angriff. Gewiß wird der überseeische Getreide-export nach Europa hierdurch stark beeinträchtigt, doch muß man daran erinnern, daß dieser Versuch Mittel- und Osteuropas, sich eine eigene Ernährungsbasis zu schaffen, nur das zwangsläufige Gegenstück zu den Bemühungen der Überseeländer ist, sich eine eigene Industrie auf Kosten des europäischen Industrie-exports zu schaffen. Dabei ist diese europäische Selbstbesinnung nicht ihrem Wesen nach gegen Übersee gerichtet, sondern ergibt sich mit innerer Konsequenz aus der Tatsache, daß das Zeitalter eines freien weltwirtschaftlichen Güteraustausches vorüber ist und von der Bildung großer Wirtschaftsimperien abgelöst wird, so daß der europäische Zusammenschluß eine Notwendigkeit der Selbsterhaltung ist.

Die Rußlandreise 17 führender deutscher Industrieller der Maschinenund Elektroindustrie in der ersten Märzhälfte hat zu der Zusicherung der Russen geführt, für 300 Mill. RM. Aufträge an die deutsche Industrie zu erteilen, hauptsächlich für Werkzeugmaschinen und Elektrobedarf. Die in der Folgezeit über die Kredit- und Zahlungsbedingungen in Berlin geführten Verhandlungen wurden Mitte April abgeschlossen. Gegen eine Reihe von Zugeständnissen der Russen, die die Aufträge noch im Laufe des Sommers erteilen werden, wurden Kredite von mehr als einem, bis zu fast  $2^1/2$  Jahren in Aussicht genommen. Während die Finanzierung selbst durch ein deutsches Bankenkonsortium durchgeführt wird, haben Reich und Länder eine 70%ige Ausfallgarantie übernommen.

In der deutschen Öffentlichkeit ist nun eine lebhafte Diskussion über Vor- und Nachteile der Russentransaktion entstanden. Die eine, politisch begründete, Ansicht meint, daß jede Unterstützung des russischen Wirtschaftsaufbaus grundsätzlich abzulehnen sei. Dem ist entgegenzuhalten, daß dann Großbritannien und USA. trotz ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Bolschewismus nur zu gern die russischen Aufträge entgegennehmen würden. Eine solche ablehnende Haltung würde also nur Deutschlands industriellen Konkurrenten zugute kommen. Wirtschaftlich argumentierend, wird gegen das Russengeschäft eingewandt, daß sich Deutschland durch Unterstützung der russischen Industrialisierung nur einen zukünftigen Konkurrenten großzöge. Dieser Einwand ist zwar prinzipiell berechtigt, vergißt

aber, daß die Industrialisierung Rußlands unaufhaltsam ist, auch ohne Deutschlands Mitarbeit, und daß sich nur über die Dauer der in Frage stehenden Zeitabschnitte streiten läßt. Die wirtschaftlichen Erschließungsmöglichkeiten Rußlands sind so groß, daß selbst bei ziemlich ausgebauter russischer Eigenindustrie dem deutschen Industrieabsatz große Möglichkeiten in Aussicht stehen. Der latente industrielle Neu- und Ergänzungsbedarf, der Warenhunger der auf niedrigstem Standard lebenden Bevölkerung öffnen auch neben einer leistungsfähigen russischen Industrie der deutschen Wirtschaft einen großen Markt. Von der Geschicklichkeit der deutschen Wirtschaftspolitik und der Unterhändler selbst wird es abhängen, welche Rolle Deutschland in den nächsten Jahren im russischen Außenhandel spielen wird. Unbeschadet aller Bedenken im einzelnen, hat Deutschland nicht die geringste Veranlassung, sich in die westliche Antisowjetfront einspannen zu lassen. Erfreulicherweise haben gerade die letzten Monate gezeigt, welche großen Möglichkeiten der Osten und Südosten für die Zukunft der deutschen Wirtschaft bietet. Und der Weg nach dem Balkan geht über Wien.

### HEINZ KONRAD HAUSHOFER:

## Bedingtheiten der organischen Agrarpolitik

Die Agrarkrise, die nunmehr seit etwa 60 Jahren in bald verschleierter, bald verschärfter Form besteht, ist nicht die erste des deutschen Landbaues. Es sei daran erinnert, daß Karl Fraas schon 1866 versuchte, eine Theorie der Ackerbaukrisen aufzubauen, in der er vielleicht zum ersten Male den Parallelfall des sterbenden Ackerbaues im spätantiken Italien für die Agrarpolitik unserer Zeit auszuwerten versuchte und in der er eine Geschichte der deutschen Krisen von 1769 und 1770, 1802 bis 1807 und 1815 (der "Franzosenzeit") und der Jahre nach 1824 gab. Es ist dabei nicht unwichtig anzumerken, daß noch während des ganzen 19. Jahrhunderts das Wort "Ackerbau" und "Ackerbaukrisen" ganz gleichsinnig gebraucht wurde wie heute "Landwirtschaft" und "Agrarkrisen", und daß mit dieser Verschiebung der Ausdrücke eine Wandlung angedeutet wird, deren Bedeutung wir heute noch nicht ganz überblicken. Die Vorstellung einer Landwirtschaft ohne Ackerbau, die heute in manchen europäischen Ländern fast Tatsache geworden ist und für andere Länder gefordert wird, war damals vollkommen undenkbar. Die gegenwärtige, teils gedankliche und teils tatsächliche Erschütterung der Stellung des Getreidebaues in Europa hat weiterhin auch eine gewisse Bedeutung für die agrarhistorische Theorie; man wird geneigter, die alte Stufeneinteilung: Jäger-Hirten-Ackerbauer einer Revision zu unterziehen, die Eduard Hahn in seiner Theorie der Entstehung des Ackerbaues von der Seite der Wissenschaft aus vollzogen hatte und die von klimatisch zur Viehzucht oder zum Gartenbau bestimmten Gebieten des europäischen Landbaues ohnehin gefühlsmäßig gemacht wurde.

Dennoch unterscheidet sich die gegenwärtige Agrarkrise so sehr von den in Europa ausgegangenen, daß tatsächlich als einzige irgendwie vergleichbare dieienige der Spätantike übrigbleibt. (Dabei muß vorausgeschickt werden, daß wir die Krise seit 1860 als eine Einheit betrachten; denn welcher der Einzelfaktoren der technischen Zivilisation die jeweiligen Verschärfungen der Krise brachte, ist nebensächlich, sei es der Ausbau des Transportwesens von Übersee, von Südrußland, Ungarn und Galizien um 1860 oder der Traktor und Mähdrescher um 1930.) Der Unterschied der heutigen Agrarkrise von den früheren ist nur aus dem Werdegang der Weltlandwirtschaft zu verstehen: Nirgends ist das "Gesetz der wachsenden Räume" so sichtbar, wie gerade im Landbau. Noch im 18. Jahrhundert war der europäische Landbau klein und deutlich in einzelne "Räume der Bodenkultur" gegliedert, die sich durch Ackerbausysteme, Rassen und Schläge der Kulturpflanzen und Haustiere, Haustypen und Geräte scharf unterschieden. Das Zusammenwachsen zu einheitlichen, großräumigeren Zuständen hat dabei manches am Wege liegen lassen, seien es nur Kulturpflanzen oder Rinderrassen. So ist z. B. der Hirse- und der Buchweizenbau mit wenig Ausnahmen in Deutschland untergegangen, so die deutschen Landschweinrassen und so in unseren Tagen das Hausrind der keltischen Alpenbewohner, das Tuxer Vieh. Dagegen kann heute ein Sack-Pflug oder ein Mc. Cormick-Mäher gleichmäßig in Amerika und Australien, in Europa und Asien eingesetzt werden, ohne irgendwie aus dem Rahmen des Betriebes zu fallen. Für diese in der Verkehrswirtschaft "wachsenden Räume der Bodenkultur" sind die Staatsgrenzen von je Hindernisse gewesen, wobei der "Staat" stets als Wahrer der landschaftlichen Sonderart und Gliederung aufgetreten ist, also letztlich auch mit aus den klimatischen und Bodenbedingungen seines Landbaues heraus handelte. Damit treffen wir uns mit Maull\*), der die Weltkrise "als den Widerstreit zweier grundverschiedener Systeme der durch den Menschen geschaffenen Weltordnung, der territorialen und universalen" formulierte. Auch hier wieder deutet der Sinn der Worte den Sinn der Begriffe an: territorial - terra - Land, dagegen: universal - zu Einheitlichem gewendet. In Ergänzung zu der Formulierung Maulls ergibt sich die Stellung der "terra", des Landbaues, in dem Widerstreit dieser beiden Systeme mit aller Deutlichkeit; und wenn die Staaten heute noch die Träger des territorialen Systems (also letzten Endes des Systems der ländlichen Gliederung und Differenzierung) sind, so kann das für die europäischen Industriestaaten vielleicht als Anachronismus ausgelegt werden, zeugt aber andererseits von einem Selbsterhaltungsinstinkt des Landbaues einerseits, des "Staates" andererseits. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen

<sup>\*)</sup> Zeitschrift für Geopolitik, 1931, Heft 3, Otto Maull: Erdumspannender Bericht (Die Weltkrise)

verstärkt das wirtschaftlich-universale Denken des Menschen nur in der Industrieund Handelswirtschaft; im Landbau führt die Intensivierung geistiger und körperlicher menschlicher Arbeit im Gegenteil zu einer Steigerung des territorialen Denkens oder, um es mit einem häufigeren Ausdruck zu bezeichnen, des "Heimatgedankens", kulturell ausgedrückt: der Differenzierung. (Es ist kaum nötig, dazu zu bemerken, daß sich "universales" und "territoriales" Denken hier nur auf die Ebene des Wirtschaftlichen bezieht. Auf der Ebene des Geistigen besteht oft im Gegenteil gerade bei wirtschaftlich gebundener Gliederung eine Neigung zu geistigem Universalismus; es sei nur an das politisch-religiöse System des Hochmittelalters erinnert, sowie daran, daß mit der beginnenden großräumigeren Wirtschaft des Frühkapitalismus der Auseinanderbruch des umspannenden politischreligiösen Systems in Territorialstaaten begann.)

Die Bedingtheiten des territorialen Denkens jeder von der Landwirtschaft als Basis ausgehenden Agrarpolitik (es gibt auch eine andere!) sind sehr primitiv. Deshalb ist es nötig, sie manchmal ins Gedächtnis zurückzurufen, so banal es auch erscheinen mag. Sie bestehen in erster Linie darin, daß die Klimate und Böden der Erde verschieden sind und daß wir wohl Mittel haben, diese Verschiedenheit in etwas abzuschwächen, aber daß wir sie nie aufheben können. Zur Beleuchtung dessen ist nur nötig, rein kaufmännisch die Produktionsbedingungen folgender Agrarstoffe in verschiedenen Ländern durchzurechnen (wir wählen dazu klassische Gegensatzpaare): Zucker in Java und Mitteldeutschland; Milch in Neuseeland und im Allgäu; Hafer in Argentinien und im Fichtelgebirge; Wolle in Australien und in Württemberg; Vieh in Argentinien und auf Tiroler oder Vorarlberger Alpen; Wein im Mittelmeergebiet und im Rheinland; Tomaten in Italien und in deutschen Gartensiedlungen. Je kleiner der "Raum der Bodenkultur" ist, der staatlich zusammengefaßt und abgegrenzt wird, um so homogener ist die Landwirtschaft in ihm. (Trotzdem bleiben auch dann die Unterschiede zwischen Bauern am Berg und Bauern im Tal, auch zwischen Bauern am Sonnenhang und Bauern am Schattenhang erhalten, die durch härtere Arbeit oder niederen Lebensstandard ausgeglichen werden müssen.) Je größer der Raum wird, um so schärfer werden die Gegensätze der Landwirtschaft in ihm und desto ertötender würde deren Auswirkung, wenn das Staatensystem räumlich dem Wirtschaftssystem folgen würde.

Der ungehemmte weltwirtschaftliche Warenaustausch fordert letztlich die Herstellung eines jeden Produktes zu den optimalsten Bedingungen. Diese optimalen Bedingungen wechseln aber mit fortschreitender Technik. Wir sehen z. B., daß in Nordamerika vielfach die besseren Böden zugunsten schlechterer ausgeschaltet werden, da sie maschinenmäßig nicht so wie diese zu bearbeiten sind. Was ist es auch anderes, wenn die guten Böden der feuchten Klimate durch den mechanisierten Ackerbau in den bisher extensivster Weidenutzung vorbehaltenen halb trockenen Steppenklimaten stillgelegt werden. Die Technik hat ohnehin die

Möglichkeit, bisher arbeitsintensive Kulturen in arbeitsextensive zu verwandeln; das neueste Beispiel dafür ist die Aufnahme des mechanisierten Reisbaues in Amerika, im Gegensatz zum arbeitsintensiven Handanbau in Asien. Die Direktoren des Deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen haben in einer Denkschrift über die Grundlagen der ländlichen Siedlung die Schlüsse daraus gezogen und festgestellt, daß große Teile Deutschlands "weltwirtschaftlich gesehen zu einem erheblichen Teil nicht mehr anbaufähig sind. Wäre Deutschland ein Teil der Vereinigten Staaten von Amerika, so würden jene Landschaften unzweifelhaft verlassen und zur Wildnis werden". Die wichtigste nächste Erkenntnis wäre nun die, welche Teile Europas und Deutschlands nach weltwirtschaftlichen Begriffen anbauwürdig wären. Zunächst müßten die Bergländer (Alpenländer usw., dann aber auch Eifel, Bayerischer Wald usw.) ausscheiden. Die Hochebenen, z.B. die Schwäbisch-Bayerische, mit ihren magersten Kiesböden, könnten noch einer extensiven Weidewirtschaft vorbehalten werden. Die südliche Abdachung des Baltischen Höhenrückens wäre wieder der Kiefer zuzuweisen, wie dies allen Ernstes vielfach schon heute propagiert wird. Es ist nicht einmal nötig, dieses Bild mit Phantasie weiterzumalen, sondern wir können uns auf die klassischen Arbeiten von Meitzen berufen, der die Anteile wirklich anbauwürdiger Böden für Preußen untersucht hat und zu außerordentlich geringen Prozentsätzen primären Kulturbodens gekommen ist. Die ungehinderte Weltwirtschaft würde daher, kurz zusammengefaßt, in großen Teilen der europäischen Kulturländer überhaupt keine Bodenkultur dulden, und in den übrigen Teilen müßte durchweg ein starkes Absinken der jeweiligen Intensität eintreten. Es scheint zunächst, von der heutigen praktischen Agrarpolitik aus gesehen, absurd, diesen Gedanken absoluter Handels- und Produktionsfreiheit bis ins letzte durchzudenken; nötig ist es aber zur grundsätzlichen Sauberhaltung der Begriffe, sich die Rolle der ungünstigeren agraren Gebiete Europas sowohl im Rahmen einer Weltplanwirtschaft als auch einer "freien" Weltwirtschaft auf Grund der tatsächlichen Klima -und Bodenverhältnisse vorzustellen. Welchen Wert der neugeschaffene sekundäre Kulturboden in Europa darstellt, ist heute mit keinen Mitteln rechnerisch zu bestimmen; was seine Aufgabe bedeuten würde, nur zu ahnen. Das eine scheint jedenfalls festzustehen: Würde unter dem Druck der Weltwirtschaft ein dauerndes Absterben des deutschen Siedlungsorganismus an seinen Rändern beginnen, so würde es sich wohl um den größten Wendepunkt deutscher Geschichte handeln, der jemals verzeichnet worden ist. Seit den großen Rodungsperioden ist der deutsche Siedlungsorganismus, trotz der leeren Flächen, die der Dreißigjährige Krieg hinterließ, gewachsen; und der gänzlich andere Charakter früherer Schädigungen in der autarken Naturalwirtschaft wird dadurch bewiesen, daß gerade die Siedlung in den unwegsamsten und unwirtschaftlichsten Landesteilen am unberührtesten blieb. Heute in der Verkehrswirtschaft aber beginnt die Verödung mit tödlicher Sicherheit bei den "Grenzbauernhöfen", sei es in den Alpen oder im Bayerischen Wald. In manchen Gegenden deckt sich die Karte der relativen Verschuldungshöhe fast vollkommen mit der Karte der Bodengüte und Verkehrslage.

Das territoriale Denken hat bisher die europäischen Staaten mit ihrem Landbau vor doktrinärer Selbstaufgabe geschützt. Und sollte dem Gesetz der wachsenden Räume nicht auch ein "Gesetz der zerfallenden Räume" gegenüberstehen, mit dem bei so langfristigen Prozessen wie denjenigen der Landwirtschaft gerechnet werden muß? Nach den historischen Analogien, die uns zur Verfügung stehen, sind aufgegebene ländliche Siedlungen innerhalb der betreffenden Zivilisationsepoche hoffnungslos verloren, eine Wiederbesiedlung ist durch wirtschaftliche und psychologische Faktoren ausgeschlossen. Diese Unwiderruflichkeit legt es besonders nahe, kurzwelligen Veränderungen der Zivilisation, und seien sie auch großräumig, in ihrer Rückwirkung auf die Lebensmöglichkeiten der Siedlung den Widerstand der kleingegliederten staatlichen Zellen entgegenzusetzen.

Durch die in Europa beginnende Verödung ist jedenfalls eine der wichtigsten Streitfragen geklärt worden, welche Agrargeschichte, Agrargeographie und Agrartechnik von zwei Generationen beschäftigen. Der große Liebig hatte, und dies war der Kernpunkt seiner Mineraltheorie, die Behauptung aufgestellt, daß alle bisherigen geschichtlichen Verödungen auf Bodenerschöpfung = Raubbau beruhten. Dieser "Lehre vom Völkeruntergang durch Bodenerschöpfung" stellte Fraas aus intimer Kenntnis untergegangener Landwirtschaft am Mittelmeer (denn er hatte an der Einrichtung der neugriechischen Agrarverwaltung unter Otto von Bayern teilgenommen) die These entgegen, daß nicht die Erschöpfung der Bodenkraft, sondern im wesentlichen die politischen und sozialen Zustände der Völker die Verödung verursachen. Dieser Streit der agrarpolitischen Theorie, der von der grundlegendsten Bedeutung für unsere Einstellung zur praktischen Agrarpolitik ist, ist heute an Hand der in Europa und Nordamerika vorliegenden Verödungen einwandfrei gegen Liebig entschieden: Soweit der Landbau in einzelnen Gegenden im Untergang begriffen ist, so geht er nicht aus sich selbst, nicht aus dem eigenen Boden und Klima und nicht aus der eigenen Arbeit unter, sondern aus der Entwicklung der Gesamtzivilisation des Wirtschaftsraumes, in dessen ihm naturgesetzlich widerstrebender Größe er zu konkurrieren gezwungen ist. Das galt für Athen (Demosthenes adv. Dionysiod, gegen die Getreideeinfuhr aus dem Pontus), ebenso später für Rom (Mommsen), heute für West- und Mitteleuropa. Dabei hatte den gleichen Einfluß, den die Maschine heute auf die Bauernwirtschaft ausübt, im mediterranen Kulturgebiet die Sklavenwirtschaft des Großbetriebs. Deshalb wurde den italischen Bauern die Senkung der Produktionskosten auf die jenigen des Pontus genau so empfohlen, wie heute das Entsprechende bei uns. Überhaupt finden sich alle Theorien der gegenwärtigen Agrarpolitik in genauer Parallele auch im

Altertum, so das Ausweichen zu konjunkturgünstigen Früchten usw. "Die verhängnisvollste aller Ackerbaukrisen ist eben zugleich eine ewige in unserem Kulturleben und endigte bisher immer mit dem Tode der Völker, bei denen sie ausbrach" (Fraas). Wie sehr das wirtschaftliche Denken in Europa heute schon auf diese letzten Konsequenzen vorbereitet wird, geht aus der weitverbreiteten Meinung hervor, daß Völker sich heute nicht mehr vom Boden, sondern vom Markt ernähren und daß für das Geschick einer Bevölkerung nicht mehr sein Boden, sondern sein Markt entscheidend sei. Diese Auffassung scheint nur einige gegen früher eingetretene Änderungen nicht zu realisieren: daß nämlich der Kampf eines Volkes um seinen Kulturboden heute vielleicht stärker als jemals durch seine Agrarpolitik geführt werden muß und daß die Erhaltung von Kulturlandwirtschaft nicht mehr die Selbstverständlichkeit unserer starken und wachsenden Zeit ist.

Wir sind heute in der Lage, das ganze Werden der Weltlandwirtschaft als einen gesetzmäßigen Kampf zwischen Wirtschaftssystemen, zwischen Haustier- und Kulturpflanzenrassen und zwischen Klimazonen zu sehen und unsere eigene Stellung darin genau festzustellen. Aus dieser unserer Stellung heraus gibt es durchaus verschiedene Forderungen an eine zukünftige deutsche Agrarpolitik. Wird die Möglichkeit und hauptsächlich Zweckmäßigkeit einer unbeschränkten industriellen Weiterentwicklung bejaht, so konnte sich als Aufgabe der Agrarpolitik eine möglichste Abwicklung des Landbaues unter Überführung der bisherigen Landbevölkerung in Industrie und Handel ergeben, also eine "Agrarpolitik gegen die Landwirtschaft". Wird die industrielle Weiterentwicklung verneint, so würde sich die Forderung auf eine Reagrarisierung ergeben, und zwar einer planmäßigen und freiwilligen noch vor einem allgemeinen Zivilisationszusammenbruch - nach einem solchen würde sie ohnehin zwangsläufig von selber eintreten. In der gegenwärtigen Situation ist die Entwicklung vieler Kurven unübersichtlich geworden, wie des Kapitaleinsatzes in der europäischen Landwirtschaft, der Großstadtentwicklung und Landflucht, so daß ihr weiterer Verlauf nicht vorausgesagt werden kann. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit einer Vorsichtspolitik, die von folgenden Gesichtspunkten aus diktiert werden muß:

- r. Es gibt keine andere Möglichkeit einer organischen deutschen Agrarpolitik als von dem Besitz an vorhandenem Kulturboden und an
  bäuerlichem Menschenbestand auszugehen. (Damit kann freilich der
  europäische Landbau in eine Verteidigungsstellung und damit in eine gewisse
  Schwäche gegenüber jeder unbelasteten offensiven Theorie hineingedrängt
  erscheinen.)
- 2. Wenn auch heute eine Schrumpfung des Siedlungsorganismus und ein Schwinden der Siedlungsenergie festzustellen ist, so darf das als Dauererscheinung nicht anerkannt werden, da ein Ende dieser Entwicklung in unserer Kulturepoche nicht abzusehen sein würde. Das heißt,

"der volkswirtschaftliche Meliorationsprozeß" im Sinne Aeroboes darf nirgends abgeschnitten werden.

Dabei ist selbstverständlich, daß es sich hier um außerordentlich lange Zeiträume handelt; das System der alten gebundenen Dreifelderwirtschaft, die zugleich Betriebsform und soziale Ordnung war, hat die ganze deutsche Geschichte hindurch bis Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts bestanden. Kurze Übergänge, wie der gegenwärtige, haben aber in den äußerst komplizierten Agrarorganismen eine ständige Tendenz zum Destruktiven, welche durch die wenigen vorhandenen Ansätze zu einer Neuordnung (Standardisierung, Ordnung der Marktwirtschaft usw.) nur sehr spärlich überbrückt werden können. Alle diese Ansätze schließen, obgleich notwendigstes äußeres Handwerk, dennoch an den Grundbedingungen des Landbaues vorbei, und es dürfen deshalb neuentstehende Zweige der Landbauwissenschaft, wie z. B. die Marktforschung, besonders in ihrer Auswirkung auf das bäuerliche Europa, nicht überschätzt werden. Sei es, daß die agrarpolitische Entwicklung wieder zu Formen gebundener Wirtschaft führen sollte, jedenfalls müßten auch diese Formen mit möglichst geringen Opfern an Werten sachlicher und menschlicher Art erreicht werden. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die Rationalisierung im technischen Sinne für die Lösung des europäischen Agrarproblems nichts oder nur sehr wenig zu sagen hat; denn es handelt sich nicht um die Abstoßung maschinell ersetzbarer Menschen, sondern im Gegenteil darum, den Menschen wieder in das Zentrum der Agrarpolitik zu stellen. Es besteht in allen dichtbesiedelten Kulturländern immer noch das Problem der Produktivität des Bodens und erst sekundär das der Produktivität der Arbeit.

Die agrargeographische Lage Deutschlands bedingt, daß Deutschland heute zur Schlüsselstellung des europäischen Systems der Landwirtschaft geworden ist. Wenn die bäuerliche Struktur Deutschlands aus staatssozialistischen oder privatkapitalistischen Gründen eine entscheidende Schwächung erfahren würde, wäre z. B. die der Bauernschaften der Staaten im Donauraum kaum zu halten. Hatte man auch mit den Agrarreformen erklärtermaßen versucht, "die kapitalistische Zeit zu überspringen", so geriet man durch die Proletarisierung der Bodenreform unter dem Druck der Märkte an den Rand der Gefahr der Bildung einer neuen "agrarischen Reservearmee" (Schmerz)\*). Hat die deutsche Agrarpolitik zunächst allen Grund, gegen die Opferung auch nur eines Siedlungsgebietes im Aufgehen in einer Weltwirtschaft irgendwelcher Art Stellung zu nehmen, so kann sie aber Gelegenheit haben, an der Herausentwicklung der südöstlichen Bauernschaften und dabei an einer eigenen Rückenstärkung zu arbeiten. Daß das in Form von Kontingentsverträgen und ähnlich unter völliger Währung der eigenen Lebensbedingungen geschehen kann und muß, ist klar. Wie die Aussichten auf ein weiteres Wachstum

<sup>\*)</sup> Zeitschrift für Geopolitik, 1931, Heft 3, Ig. Schmerz: Verschiebungen im Donauraum.

der Landwirtschaftsorganismen in Europa heute scheinen, sagt Strakosch: "Die intensive Bodenkultur wird in absehbarer Zeit im wesentlichen auf die Gebiete beschränkt bleiben müssen, in denen sie bereits heute scharfumrissen besteht." Gerade diese Erkenntnis bringt es auch mit sich, daß die Grundbedingungen einer organischen deutschen Agrarpolitik vielen modernen Ideologien gegenüber unsuggestiv erscheinen, besonders wenn die schwerer erfaßbaren Kräfte der klimatischen und geographischen Verhältnisse sowie der Kulturstufen außer acht gelassen werden. Es ist deshalb gerade in letzter Zeit öfters die Frage aufgeworfen worden, ob überhaupt eine "Deutsche Agrarpolitik" existiert, und diese Frage ist vielfach verneint worden. Ganz gleichgültig, ob diese bäuerische deutsche Agrarpolitik nun so formuliert vorliegt und so allgemein bekannt ist, wie es wünschenswert wäre: ihre leitende Linie ist, aus der Zusammenschau von Bauer, Boden und Klima, seit einigen Generationen zu verfolgen und der Einbau zeitlich bedingter äußerer Forderungen ist ohne weiteres möglich. Diese Linie lief, bildlich gesprochen, unter den jeweiligen Wellenkämmen der Theorie durch: Unter den "Rationellen" der Thaer-Zeit; unter der mechanistischen Erklärung Liebigs; unter der liberalen Theorie Brentanos; und so bis heute. Einer der Klassiker der Agrargeographie, Schwerz, formulierte vor einem Jahrhundert: "Im Kampf mit der Natur erliegt immer der Mensch", und wir fügen hinzu: und am sichersten im Kampf mit seiner eigenen Natur. Das schließt aber nicht aus, daß der Agrarpolitik auch dann ihre ständigen und vorwärtsweisenden Ziele gesteckt werden müssen, wenn wir deren Erreichbarkeit aus Gründen, die außerhalb des Einzelwillens liegen, in Zweifel ziehen müssen.

# HERMANN LAUTENSACH: Das Seydlitz-Handbuch

Wer vor dem Weltkriege eine wissenschaftliche Gesamtbehandlung der Länder der Erde in deutscher Sprache suchte, der war im wesentlichen auf die einzelnen Bände der "Allgemeinen Länderkunde", die W. Sievers herausgegeben hatte, sowie auf die Zusammenfassung von deren Inhalt in der "Kleinen Ausgabe" des gleichen Werkes angewiesen. War auch der Wert der einzelnen Bände der großen Ausgabe ungleich, und drang die Zusammenfassung der kleinen nicht immer sehr in die Tiefe, der Grundgedanke von W. Sievers war vom planwirtschaftlichen Standpunkt ausgezeichnet. Er schuf ein umfassendes Werk zu gründlichem wissenschaftlichem Studium und gleichzeitig eine wohlfeile Länderkunde der Erde mittleren Umfangs für weitere Kreise. Die Nachkriegszeit hat diese klare Linie zerstört. Die große Ausgabe des Sieversschen Werkes ist in der noch unvollendeten Neubearbeitung bedauerlicherweise im Umfang der einzelnen Bände stark eingeschränkt worden. Damit ist uns das große, tiefgründige länderkundliche Fundamentalwerk genommen, wie es die Franzosen in ihrer "Géographie Universelle" soeben in mustergültiger Form aufbauen. Hoffen wir, daß das neue "Handbuch der Geographischen Wissenschaft", das F. Klute herausgibt, diese schon heute schwer empfindbare Lücke zu schließen hilft. Im Gegensatz zum "Großen" hat der "Kleine Sievers" heute eine sehr reiche Zahl von Nachfolgern, die sich nicht alle so stark voneinander unterscheiden, daß diese vielen Parallelunternehmungen einem unbedingten Bedürfnis entsprechen. Der Schreiber dieser Zeilen glaubt, das um so eher freimütig aussprechen zu dürfen, als er sich durch ein solches Bedenken selbst mit trifft.

Das Seydlitz-Handbuch\*), das nach mühevollster, durch ein Jahrzehnt sich erstreckender Arbeit kürzlich durch die Herausgabe des Europabandes die länderkundliche Darstellung der Erde vollendet hat \*\*), nimmt nach Umfang und Raumeinteilung unter diesen Werken eine vermittelnde Stellung ein. Der fast 1200 Seiten

\*\*) Ein allgemeingeographischer Band soll noch folgen. Der Deutschlandband ist in dieser

Zeitschrift schon im Jahrgang 1926, S. 144 von E. Obst gewürdigt.

<sup>\*)</sup> E. von Seydlitzsche Geographie. Hundertjahrausgabe. Handbuch, unter Mitwirkung von Wilhelm Volz herausgegeben von K. Krause und R. Reinhard. (Bd. II außerdem von K. Voppel.) Ferdinand Hirt in Breslau. Bd. I. Deutschland. 1925. Mit 167 Karten und Diagrammen, 214 Bildern und 12 farbigen Tafeln, 408 S. Geb. Rm. 16,—. Bd. II. Europa (ohne Deutschland). Mit 831 Karten und Diagrammen, sowie 400 Bildern und 8 farbigen Tafeln. 1931. 1196 S. Geb. Rm. 48,—. Bd. III. Außereuropäische Erdteile. 1927. Mit 569 Karten und Diagrammen, 393 Bildern und 8 farbigen Tafeln. 766 S. Geb. Rm. 32,—.

starke Europaband (außer Deutschland) ist genau doppelt so umfangreich wie die Nachkriegsbearbeitung Europas im Großen Sievers, während die gesamten außereuropäischen Erdteile mit reichlich 750 Seiten nur wenig ausführlicher dargestellt sind als im alten Kleinen Sievers. Das außerdeutsche Europa hat also im Seydlitz-Handbuch eine Bevorzugung erfahren, die sich sachlich vielleicht nicht vollkommen rechtfertigen läßt und die Symmetrie des ausgezeichneten Werkes etwas stört.

Auch das Seydlitz-Handbuch hat einen Vorkriegsvorläufer. Es ist die Ausgabe C der E. von Seydlitzschen Geographie, die einen hervorragenden Schulmann, Gymnasialdirektor E. Oehlmann, zum nahezu alleinigen Verfasser hatte, und deren Hauptaufgabe es war, der Vorbereitung der Geographielehrer auf den Unterricht und ihrer Weiterbildung zu dienen. Wenn auch etwas eintönig geschrieben, wurde das fleißige Buch, oft kurz der "Große Seydlitz" genannt, dieser Aufgabe durchaus gerecht. Die Neuausgabe steckt sich viel umfassendere Ziele. Es wurde eine außerordentlich starke wissenschaftliche Vertiefung des Stoffes erstrebt. Es geschah dies einmal durch die Herausarbeitung der großen länderkundlichen Einheiten, zu der übrigens schon E. Oehlmann einen verheißungsvollen Anfang gemacht hatte, während ältere Ausgaben des Großen Seydlitz von der heute nur noch für politischgeographische Arbeiten berechtigten Gliederung nach Staatsräumen beherrscht waren. In den beiden Bänden Deutschland und Außereuropa ist diese Herausarbeitung sehr gut gelungen. Im Bande Europa hätten die staatlichen Räume nach Auffassung des Referenten in der Großgliederung stärker zurücktreten können. Der zweite Gesichtspunkt für die wissenschaftliche Vertiefung war die Betonung der ursächlichen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen, der dritte das stärkere Eindringen in länderkundliche Feinheiten und Einzelheiten. Die letzten beiden verlangten gebieterisch eine starke Erweiterung gegenüber dem Vorkriegsvorläufer. Das mächtige Werk umfaßt heute insgesamt 2370 Seiten. Gleichzeitig erfolgte eine Aufteilung des Stoffes auf eine große Zahl von Mitarbeitern. Ist der Deutschlandband noch im wesentlichen von zwei Bearbeitern verfaßt, so ist diese Zahl im Band Außereuropa, dem eine Übersicht über die Weltmeere angehängt ist, auf zehn, im Europaband sogar auf elf gewachsen und ist in dem letzteren vielleicht schon der inneren Einheitlichkeit des Ganzen etwas gefährlich geworden.

Ganz hervorragend gelungen ist aber die typographische Einheitlichkeit des Werkes. Diese prägt sich vor allem in einer gleichmäßig über das Ganze verteilten, geradezu verschwenderischen Fülle von Anschauungsmaterial aus. Enthält das Seydlitz-Handbuch doch nicht weniger als 1567 Karten und Diagramme, 1007 Bilder und 28 farbige Tafeln! Vom wissenschaftlichen Standpunkt kann man allerdings die Frage erheben, ob des Guten hier nicht doch etwas zuviel getan ist, und ob nicht da und dort der Text zugunsten der Textfiguren zu stark zurücktritt. Dieses riesige Material, das eine ungemein vielseitige Anschauung vermittelt und mit großer Mühe und Sachkenntnis zusammengetragen ist, stammt nicht nur von den Ver-

fassern, sondern besonders auch von den Herausgebern und einem sehr rührigen Stab von Hilfsarbeitern. Der Zusammenhang zwischen Text und Anschauungsmaterial ist deshalb nicht immer sehr eng. Das ist aber auch nicht durchaus notwendig. Die Vielseitigkeit des Ganzen wird damit nur vergrößert. Eher kann man zweifelhaft sein, ob manche diagrammatische Darstellung nicht besser durch eine Tabelle ersetzt worden wäre. Man geht m. E. heute in der Verwendung von Streifen- und Mengenbilddiagrammen und -kartogrammen zu weit. Tabellarische Übersichten fehlen dem Werke übrigens durchaus nicht. Sie schließen sich, von A. Jentsch mühevoll und kritisch zusammengestellt und durch sorgfältige Vergleichung von allen Unstimmigkeiten befreit, dem Europa- und Außereuropaband an. Der Deutschlandband hat kürzlich einen entsprechenden, die Wirtschaft des Deutschen Reiches behandelnden Nachtrag von W. Schmidt erhalten. Besonders wertvoll ist es, daß alle Wertangaben dieser Tabellen auf Reichsmark umgerechnet sind. Der Europaband enthält noch eine andere sehr wertvolle Beigabe, eine Zusammenstellung der Doppelbenennungen, Umbenennungen und verschiedenen Schreibweisen geographischer Namen in Europa. Sie wie die ausführlichen Register stammen von K. Kietz.

So ist dank dem Organisationsgeschick und der unermüdlichen Arbeit der Herausgeber K. Kraus, R. Reinhard und K. Voppel, denen W. Volz beratend zur Seite stand, dank der Sachkenntnis der Bearbeiter und dank der Großzügigkeit des Verlages Ferdinand Hirt ein länderkundliches Werk entstanden, das in seiner Art einzig dasteht und nicht nur dem engeren Fachkreise nützliche Dienste leistet, sondern auch geeignet ist, allen geographisch interessierten Laien anschauliche und wissenschaftlich begründete Vorstellungen vom Wesen der Länder der Erde zu geben. Auch für die Leser der "Zeitschrift für Geopolitik" ist das Seydlitz-Handbuch sehr wertvoll, da der Politischen Geographie sowohl im Text wie in den Skizzen die ihr gebührende Aufmerksamkeit geschenkt und die organische Verbindung zwischen dem Staat und seinem Raum mehrfach sehr fein herausgearbeitet ist.

#### K. HAUSHOFER:

### Literaturbericht über den indopazifischen Raum

1. André Berthelot: "L'Asie ancienne centrale et sud-orientale d'après Ptolémée." Paris 1930. Payot. 421 S., 1 farbige und 23 Kten, Lit.-Verz., in dem wir Hennig (Kattigara-Studien u. a.) und Sir F. Maurice (Xerxes-Heerarbeiten) vermissen.

Die skytho-sarmatische Nordwanderstraße von den mitteleuropäischen zu den ostasiatischen Menschheitsverdichtungen, die südlich anschließende Kultur-Weg-Drehscheibe von Iran und Gandara mit dem Auslaß nach Süden, nach Indien und zu dem indopazifischen Seeweg nach Südchina sind durch neue Forschungserfolge (Sir A. Stein; Grünwedel und Le Coq; Koslow u. a.) als ein Leitproblem der Alten Welt in den Vordergrund

getreten. Aufbauend auf das Weltbild der Hellenistenzeit fügt Berthelot - die Einfügung des gefahrenen und gerittenen Pferdes in die Frühgeschichte, die jüngsten Inschriftenfunde klug benützend, eine verwirrende Nachrichtenfülle mit Klarheit und Auswahl ordnend -, nicht nur eine treffliche Übersicht der hellenistischen Quellen zusammen, sondern erweitert sein Werk - weit über die Verheißung des Titels hinaus - zu einer fesselnden Schau über die ganze zentralasiatische Fundleistung unserer Zeit und einen guten Teil ihrer südostasiatischen Erkenntnisse. Was aber den ungeheuren Reiz für die Gegenwart ausmacht, das ist, wie fortwährend die Umrisse des Machtstrebens, der Kulturpolitik und Wirtschaft unserer Zeit dabei sichtbar werden, wie deren Wünsche den grabenden Spaten lenken, die suchenden Expeditionen auf ihre Ziele ansetzen, ihre kartographischen Aufnahmen leiten (wie z. B. der Russen in der Mongolei, der Franzosen in Afghanistan!), und wie aus geopolitischen Erfahrungen der Vergangenheit Zukunftsschlüsse gesucht werden. Nicht bei allen Einzelheiten wird man V, folgen können, Wir neigen z. B. auf Grund der Arbeit Hennigs und malaiischer Berichte dazu, Kattigara mit Hangchau, den Cottiaris mit dem südlichsten Yangtsearm jener Zeit gleichzusetzen und müssen Herrmann seine Verteidigung in der Sakerfrage überlassen. Aber was sind unvermeidliche Unstimmigkeiten dieser Art gegenüber dem großen Geschenk einer im wesentlichen meisterklaren Darstellung und großen Ordnung einer der wichtigsten und verworrensten Raumerschließungsfragen der Zeit!

2. Leo Frobenius: "Indische Reise." Berlin 1931. Reimar Hobbing. 295 S., 32 Tafeln nach phot. Aufn. v. Ruth Renate Frobenius u. 56 Textbild. d. Verf.

Wenn ein Mann mit dem divinatorischen Spürsinn, der künstlerischen Einfühlungsfähigkeit und der Gabe, auch im Fluge Räumen und Menschen kulturmorphologische Zusammenhänge zu entreißen, wie F. auch nur hundert Tage, mit der Kraft des ersten Eindrucks, durch einen Teil des dravidischen

Indien fährt, so hat sein Tagebuch, neben dem, was jedem dort Gefahrenen die Erinnerung erneut, auch einzige Einblicke zu geben. Sie blühen aber nicht nur für Archäologie und Ethnologie, so sehr solche Höhepunkte, wie die von S. 270-283 über den gegenwärtigen Zustand der indischen Volksseelenvielheit im Verhältnis zu ihrer Religion und Weltanschauung, sich natürlich in erster Linie an beide wenden. Auch an scheinbar nebensächlichen Stellen und Erlebnissen wirft die scharfäugige Beobachtungsfähigkeit des Afrikaforschers, seine Macht, verschiedenste Menschen zum Reden, Umstände zu Offenbarungen zu zwingen, helle Lichter auf die heutigen Zustände Südindiens, des Indiens der dunkleren, im Lande älteren Rasse. Ihre Zukunft ist uns aber, bei ihrer größeren Raumanpassung und ihrem, oft genug belegten, Vorwärtsdringen im Blutanteil für die Prognose sehr wichtig. An die Karte 1, an den Gegensatz der Sonnen- und Mondreligion als einen präarischen in Indien glauben auch wir. Es ist schade, daß die Funde von Mohanjo Daro und Charappa nur in einer Anmerkung auftauchen, und daß Sir John Marshall und Frobenius offenbar nicht zu Aussprache zusammenfanden; deutlicher hätte sich die vermittelnde Induskultur von vor 3000 v. Chr., bereits die indosumerische Arbeitshypothese überholend, vor beiden aufgerichtet. Konnte ein Mann mit solcher Fähigkeit zu schauen, nicht 200 Tage statt der 100 haben, um den im Raum vitaleren indischen Norden, dem im Blut vitaleren, aber korrupten (viele Belege!) indischen Süden zu vergleichen? Auch in 100 Tagen sah er jedenfalls genug, um vielen Stoff auch zu geopolitischem Weiterdenken seiner Anregungen zu geben.

Ausgesprochen indoozeanische Zusammenhänge beider Ufer sind weiter berührt in:

3. Leo Frobenius: "Erythräa. Länder und Zeiten des heiligen Königsmordes." Berlin-Zürich 1931. Atlantis-Verlag. 368 S., 57 teils mehrfarbige Tafeln, 1 Exp.-Karte, 99 Textfig., Pläne und Skizzen.

Wer vom geopolitischen Standpunkt an

das Reisewerk von F. über seine neunte Afrikafahrt herangeht, der wird diesen Band von rückwärts aufrollen müssen. Denn das Entscheidende für die Einreihung der Aufschlüsse des süderythräischen Ruinen- und Minengebietes steht nicht in dem an Einzelheiten reichen ersten Teil - den wir dem Ethnologen von Beruf überlassen müssen -, sondern im letzten, mit seinen den ganzen westlichen Indischen Ozean umspannenden Schlußfolgerungen. Denn in diesem Kap. 17: "Zum Schluß die Fragen!" steckt das Wertvollste an den Arbeiten von F., dort offenbart sich sein Spürsinn für große Zusammenhänge, sein Ahnungsvermögen, seine Einfühlungsfähigkeit. Unleugbar sind die Zusammenhänge der Karten 12 und 13; die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Portugiesen bereits um 1500 eine "schon als betagt zu bezeichnende Kultur nur noch im Stadium des Verfalles antrafen", deren Scherben wir eben in Simbabwe und anderwärts zusammenlesen. "Die Einheitlichkeit eines alten Kulturkomplexes läßt sich wohl nachweisen." Es wird ja auch nicht behauptet, es wird nur vorgefühlt. Aber dieses Vorfühlen ist auch in den heutigen Zusammenhängen der Ansprüche farbiger Rassen um den Indischen Ozean außerordentlich wichtig; und es ist begreiflich, daß es gerade unter der in eine zahlenmächtige farbige Umwelt vorgeprellten Schar von 11/2 Millionen Weißen Südafrikas - nicht nur wegen der Nähe der Grabungen und Ruinen - den stärksten Anteil fand. Langsam treten Gegenspieler unserer Frühgeschichte im Südosten (S. 339) ins Licht; und wenn man sich klarmacht, wie kurz die Beobachtungsfristen in dieser Richtung sind und wieviel sie doch schon zutage förderten, dann erst erkennt man, welchen Wert die Aufklärung dieser Zusammenhänge von Europa aus, nicht erst von der farbigen Welt her, hat.

4. Theodor Lessing: Europa und Asien. Leipzig 1930. Felix Meiner. 360 S., 5. Aufl. "Das war der Kampf: Europa gegen Asien. Darin Asien endgültig niedergerungen ist." Damit beginnt — nach 42 S. "Vorhalle" die Schilderung dieses Kampfes. Die Geopolitik weiß sich frei von dem "Mißverstehen" dessen, der "die Polstellung lediglich bezöge auf den Gegensatz des erdkundlichen Asien und des erdkundlichen Europa", Denn dann würde ein Hinweis auf die an Raum und Menschenzahl rasch zurückweichende Größe der Halbinsel Europa vor der Wiege der Völker skeptisch stimmen. Für die andere Polstellung aber ist doch "die gesamte Zivilisation des weißhäutigen Menschen" (S. 353) am Warägersaum gründlich gespalten; was östlich davon liegt, rechnet sich eher Asien als Europa zu! Die Frage (S. 51), mit der "die Seele Asiens" - sie existiert noch viel weniger als einheitliche Vorstellungsmöglichkeit als die Europas! = "vor die Meister der abendländischen Zucht" wegen des Christentums treten soll, würde sie selbst vorweg - wie schon oft - beantworten können, es sei eine von den vielen Weltanschauungen, die auf Asiens Boden von asiatischen Menschen entwickelt worden und dann Europa gebracht seien! "Es gibt doch immerhin zu denken, daß in den Tropen, wo die wildeste und gefährlichste Tierwelt herrscht, die menschliche Seele am sanftesten und unschuldigsten geblieben ist . . ," (S. 61), wenn alle Vordersätze so unrichtig sind, steht es freilich frei, wie man die Nachsätze aus der eignen Phantasie wirklichkeitsfern formt. Denn die sanften und unschuldigen Seelen der Papuas, Dayaks, vieler Kongostämme, der Kopfjäger Amazoniens, wie der Sundawelt sind so selten, wie (S. 62) "die Giftzähne der Riesenschlangen", Wir müssen aber so genau mit Lessing rechten, weil sein Buch ungeheure Ansprüche erhebt, gewiß voll reicher und edler mitleidsvoller Gedanken ist, aber dicht daneben von Trugschlüssen wimmelt. Mit ihm verurteilen wir die verwüstenden Einbrüche in die Tierwelt in Asien wie Europa! Aber über die Gefahr (S. 87), daß alle Zweige der "uralaltaischen, ja der mongolischen Rassen von den geschliffenen" Euramerikanern verbraucht werden, glauben wir - angesichts ihrer Lebenskraft -V. beruhigen zu können! Sein Gegensatz Asien-Europa schießt an der Wirklichkeit

vorbei, so interessant seine "Leitbilder" sind, und so vieles gewinnt, wer fest in seinen Schuhen steht und sich von geistreichen Paradoxen nicht umwerfen läßt. Solchen empfehlen wir diese Art, Asien und Europa gegenüberzustellen.

5. Ruchi Ram Sahni: "The awakening of Asia." Lahore 1930. Punjab Printing Works, Ganpat Road. 127 S., — leider ohne Karte.

Eine zusammenfassende Übersicht Werdegangs der asiatischen Bewegung in der Zeit von den napoleonischen Kriegen bis zum Beginn des Weltkriegs vom indischen Standpunkt aus, war ein Bedürfnis. V. versucht, auf allzu knappem Raum eine Übersicht zu geben, und erreicht jedenfalls, daß man daraus erkennt, wie der Inder, inmitten der Bewegung stehend, ihren Verlauf bis zur Nachkriegssteigerung in den Nachbarlandschaften sieht. Auch V. stellt, wie Lessing, Ost und West nicht geographisch, sondern als gegensätzliche Kulturtypen einander gegenüber - ganz anders, als etwa Sarkar (6). Er reklamiert in diesem Sinn einen guten Teil von Afrika, wie selbstverständlich Arabien für seinen Osten "Colorline". So sind es weniger die flüchtig umrissenen Tatsachen des asiatischen Erweckungsvorgangs in Japan und China, das Losringen des Islam in Persien, der jungen Türkei, die Balkankriege und ihr Rückschlag auf den Islam in Indien, als vielmehr die Erkenntnis der Brechung der Wirkung aller dieser Vorläufer durch das indische Milieu, das den geopolitischen Wert des Büchleins ausmacht.

6. Benoy Kumar Sarkar: "Società ed Economia nell'India antica e moderna." Milano 1930. Tipografia sociale (SA.):

Im Gegensatz zu Lessing und Ruchi Ram Sahni lehnt Sarkar grundsätzliche Art- und Wesensverschiedenheit ab und will nur — wenigstens für die sozialen Zustände und vergleichende Industrialisierung — solche "der Temperatur und des Druckes", des Tempos gelten lassen. In 47 Seiten zusammengedrängt, werden Leitzüge des alten und neuen Indien, wie sie der indische Vorkämp-

fer des vergleichenden Industrialismus zu sehen glaubt, aus dem indischen Mittel einem italienischen Hörerkreis vorgeführt. Fesselnd die Prognose: "Der indische Industrialismus steht bereits mit einem festen Platz an 8. Stelle unter den großen Industriemächten, an 1. unter den tropischen." "Aber seine Entwicklung wird das bisher überhetzte Tempo nicht weiter halten" . . . "noch lange wird Indien hochwertige Einfuhr brauchen" . . . "sein Marktwert auch für die anderen Industrieländer wird sich steigern" . . . "in erhöhter Zusammenarbeit mit der übrigen Welt". Die "Charka"-Bewegung denkt anders!

7. Dr. Zakir Husain: "Die Agrarverfassung Britisch-Indiens." Berlin 1930. Paul Parey. 25. Sonderheft d. Ber. über Landwirtschaft. 138 S., dar. 4 S. Lit.-Verz. v. bes. Wert. Angesichts weiter Spannungen unter den Sachverständigen über die indische Sozial- und Wirtschaftsprognose, ist eine zusammenfassende Agrar-Soziologie Indiens aus einheimischer Feder über die Struktur der ausschlaggebenden Wirtschaftsgrundlage des einzigen tropischen Altkultur-Großraumes doppelt begrüßenswert. Sie geht notwendig von den Hauptzügen der Gesellschaftsverfassung aus, schildert dann die Entwicklung der Agrarverfassung mit ihren furchtbaren Fremdgewalt-Störungen, Zemindar- (Zwischenpächter) und Ryotwar-System, Bodenbesitzrechte und soziale Gliederung der landwirtscnaftlichen Bevölkerung; sie bringt am Schluß das Wesentlichste schön zusammengefaßt auf 5 Seiten, mit einer ausgezeichneten Schilderung der neuen seelischen Haltung als Voraussetzung eines freien Indien, und gediegenen Gegengründen gegen die bisherigen britischen Säulen indischer Agrarpolitik: Baden-Powell und Sir H. S. Maine. "Die wahre Freiheit Indiens fordert das bewußte Erwachen der Bauernschaft; sie wäre mit der Ablösung einer weißen durch eine bodenfremde braune Bürokratie nicht erreicht..." (S. 134!). V. stellt eine große ethische Forderung an indische Agrarpolitik von einer Reinheit und sozialen Tragweite auf, die allerdings höchste Selbsterziehungsleistung noch mindestens dreier Geschlechtsfolgen voraussetzt.

8. Fenner Brockway: "Indien." Dresden 1931. Buchverlag Kaden & Comp. 234 S. Bd. 2 d. Sammlung: "Die Weltpolitik"; Deutsch v. Dora Fabian, reiht sich dem neuesten Ringen um die Erkenntnis des indischen Sozial-Strukturproblems würdig an, dessen Lösung erst die entscheidende Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit eines allindischen Bundesstaats auf die Dauer geben kann. Dafür liefert F. B. - bei offenem und verkapptem Imperialismus wenig beliebt in treffenden, schlagwortartigen Bildern, fast im Zeitgedränge eines guten Filmstreifens allen Stoff, um dem Nachrichtenspiel der Tagespresse folgen zu können. Das ist ein größeres Verdienst noch um den Westen als den Osten, der die drückende soziale Spannung Indiens, die Not von 80 % seiner Agrarbevölkerung, religiöse und Sprachenzerklüftung ja selbst stark genug als Auftriebkräfte seiner Selbstbestimmungsbewegung spürt, und ohne Leute, wie F. B., sicher Explosionen entgegentreibt.

9. Paul Bauer: "Im Kampf um den Himalaya." München 1931. Knorr & Hirth-Verlag. 100 Abbildungen, 5 Panoramen, 3 Karten: Der erste deutsche Angriff auf den Kangchendzönga, und

10. Walter Bosshard: "Durch Tibet und Turkistan." Stuttgart 1930. Strecker & Schröder. 246 S., 109 ein- u. mehrfarbige Abbildungen auf Tafeln, 2 Panoramen und 11 Kartenskizzen; Reisen im unberührten Asien (mit Trinkler und de Terra).

Zwei tapfere Bücher voll gesunden Menschenverstandes und persönlicher, mit schlichten Worten geschilderter Leistung! Sie zeigen — im Gegensatz zu vielem anderen Schreibwerk über den brodelnden indischen Raum — in dessen Randgebiet nicht, wie man "räsoniert", sondern, wie man es besser macht als andere!

Paul Bauer und seine Freunde haben nicht nur — neben dem bis jetzt höchsten Erfolg praktischer und wissenschaftlicher Bergkunde an ihrem Ziel und einem hohen Lied der Kameradschaft - die Geschichte der indisch-hochasiatischen Grenzlande um ein neuartiges Besteigungs- und Expeditionsverfahren bereichert; sie haben auch durch den Verlauf der internationalen Expedition von 1930 eine ungewollte nachträgliche Rechtfertigung ihrer Anstiegsvorbereitung, ihrer Troßbeschränkung und Wahl des Anstiegsweges erfahren. Opferbereitschaft, gegenseitige Rücksicht (die tibetischen Träger eingeschlossen!!) und Kameradschaftlichkeit haben als dauernde Leitmotive Höchstleistungen ermöglicht, denen man nur herzlich die schließliche äußere Krönung wünschen kann. Das Organisationstalent, das die Leistung ermöglichte, spiegelt sich im Kleinen in der vortrefflichen Anordnung, der gegenseitigen Ergänzung von Karte, Skizze, Wegeintrag im Buch; und allein ein Bild, wie das der Träger in der Edelweißwiese am Grünsee, stellt auch der Kunst der Menschenbehandlung asiatischer Hochlandrassen ein glänzendes Zeugnis aus! Bauers Himalaya-Buch gehört in jede deutsche Bücherei, deren Inhaber sich mit dem Thema nationaler Wiederertüchtigung auch nur entfernt befaßt!

Aber auch Walter Bosshards Tibetund Turkestan-Schilderungen sind — neben den Schriften seines Expeditionsleiters Trinkler und des Geologen de Terra — als wertvoller Anhaltspunkt zu empfehlen, wie die Menschen arbeiten müssen, die zum Gelingen von Reiseleistungen in schwierigen Gebieten als treue und umsichtige Spieler zweiter Geigen sehr oft Entscheidendes beitragen. Der Schwerpunkt originaler Beiträge liegt freilich auf dem, was sie allein leisten dürfen, wie dem heiklen Herausbringen der Expeditionserträge aus China über Sowjetgebiet u. a.

11. Auslandstudien. Herausgegeben v. Arbeitsausschuß zur Förderung des Auslandstudiums a. d. Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. 6. Bd.: Ostasien. Königsberg i. Pr. 1931. Gräfe & Unzer Verlag. 107 S. Rm. 4,—.

Hans Rothfels, der Referent, Helmuth v. Glasenapp, Emil Lederer, Martin Winkler und Wilhelm Worringer haben sich zusammengetan, um Sinn deutscher Ostasienarbeit, Geopolitik, Buddhismus als Kulturmacht, das moderne Japan, Sibirien und die Kunst Ostasiens in knappen Zügen zu zeigen, mehr mit Hilfe der am gediegensten erarbeiteten unter ihren Werturteilen, als durch breite Untermauerungen. Wer vorgearbeitete Abkürzungen und Richtwege zu den ostasiatischen Problemen sucht, ohne mühsames Durchpflügen vieler Bücher und Zeitschriften, findet sie hier, im Ergebnis offenbar seit Jahren musterhaft geleiteter, zielbewußter Hochschulkurse für die so dringend nötigen, so oft eben aus Mangel an solcher Leitung zerfahrenen, ihren Zweck verfehlenden Auslandstudien. Die Königsberger Hochschularbeit in dieser Richtung könnte als Erziehungsleistung zu kulturpolitischer Einsicht vielen anderen vorbildlich

12. Dr. H. Roos jr.: "Japan in den Grooten Oceaan." Amsterdam 1929. H. J. Paris. 204 S., leider nur eine Kartenskizze; gediegene Literaturangaben nach jedem Abschnitt.

Gern gestehen wir V. zu, daß vieles, was in der "Geopolitik des Pazifischen Ozeans" für Leser aus dem mitteleuropäischen Binnenland gesagt werden mußte, einem ozeanisch denkenden und fühlenden indopazifischen Anlieger, wie den Herren Indonesiens überflüssig ist. Dennoch ist auch für Niederländer eine so gründliche, leidenschaftslose, klare Schilderung des stärksten einheimischen staatlichen Faktors Japans im westpazifischen Kraftfeld und seines Verhältnisses zum Pazifik eine Notwendigkeit. Roos kann dabei viel als selbstverständlich bekannt voraussetzen, deshalb im rein Geographischen kürzer sein, dafür mit dem Schrifttum ausgezeichnet abrechnen; er bietet so ein gedankenreiches, dem, was wir Geopolitik nennen, durchaus geistesverwandtes Gesamtbild des 92-Millionen-Inselreichs der Zerrungsbögen im Norden, in dem die Verwalter des 60-Millionen-Inselreichs im Süden sich gleichfalls im Spiegel sehen können. Das ist nicht immer angenehm; und die Geopolitik bekommt es zu fühlen. Aber ihre Vorkämpfer sagen mit Themistokles: "Schlage mich nur, aber höre mich" — und fühlen sich gehört! — Sie würden eine Übersetzung ins Deutsche nur begrüßen und beneiden die Niederlande, wenn Geopolitik bei ihnen "wirklich" überflüssig ist.

13. Arthur J. Brown: Japan. Aufstieg zur Weltmacht. Zürich u. Leipzig 1931. Orell Füssli Verlag. Monographienreihe Aufbau moderner Staaten. Bd. 4. VIII u. 294 S. Gr.-80. 1 Kartenskizze; 1 Abb.; 2 Zeittafeln. 12,50 bzw. 15,— M.

Ein erfahrungsreiches und gehaltvolles, aber ungleiches Erlebnisbuch mit Japan!

Wenn wir aber einer Sammlung von Staaten-Monographien in deutscher Sprache, in der Namen von Rang mit Originalarbeiten erscheinen, dauernd eine erste Stelle zubilligen sollen, dürfen wir darin nicht zu oft amerikanische Übersetzungen zweiter Hand finden, die wohl aus zum Teil treffenden und scharf gesehenen, aber doch auf 30 Jahre verteilten und nicht einheitlich überarbeiteten Eindrücken - mehr im Stil eines kulturpolitischen Erinnerungsbuches - stammen. Wir dürfen auch die Übertragung der engl. Meilen in die km-Maße Mitteleuropas, und wenn wir mit Zahlen verschiedenster Wahl und Güte überhäuft werden - die neuesten (wenigstens des Vorerscheinungsjahres) erwarten. Die sind nun einmal für Japan rd. 641/, Mill. (bei Volksdichte fast 170 je qkm), für Korea mehr als 20 Mill. E. usw. Wir haben weiter bei aller Achtung vor dem Wert einer so eingehenden Zeittafel, die zu einem großen geopolitischen oder zeitgeschichtlichen Werk unbedingt gehört und anzuerkennen ist - ein Recht, darin die Rücksicht auf bahnbrechende und grundlegende deutsche Arbeiten, wie die von Nachod und Wedemeyer zu erbitten. Dann wird die Angabe: "Bis zum Beginn des 5. nachchristlichen Jahrhunderts kann von irgendwelcher wirklichen Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge nicht die Rede sein" nicht mehr festgehalten werden können; denn Wedemeyer weist in seiner "Japanischen Frühgeschichte" koreanische und chinesische Quellen genug für weit ältere Zeiten nach. Brinkleys bei B. oft gerühmte Geschichte ist, wie auch das vorliegende Buch von Brown, eine flotte und informationsreiche, aber zweckbestimmte, stellenweise auch frisch in reine Werturteile (namentlich für u.s.amerikanische Politik und Missionsinteressen) übergehende Journalistenarbeit, vor der man alle Achtung haben muß. Diese Unmittelbarkeit wechselnder Kräfteeindrücke ist A. J. Browns Stärke. Nur sucht man in einer Sammlung von Staatenmonographien mehr; auch kann eine Photographie japanischer Studenten beim Schreiben von Wahlplakaten als einzige Bildbeigabe nicht befriedigen. Mit solchen Zügen kennzeichnet sich selbst ein gutes Werk für den Bedarf des Tages, nicht der Dauer! Der Aufstieg zur Weltmacht aber ist doch ein Vorgang auf lange Sicht.

14. Dr. Herbert Rosinski: Studien zum Problem der Autarkie in Japan. Berlin 1930. Emil Ebering. Diss. 52 S. 6 S. gediegener Bibliographie; zeigt in einer ausbaufähigen gehaltvollen Arbeit, mit welchen Schwierigkeiten die immer noch staatssozialistische Grundrichtung Japans um Autarkie kämpft. Hier ist ein wesentlicher und wichtiger Dauerzug des auf zu schmalem Grunde überbauten Inselreiches durchdacht und erkannt worden.

15. M. N. Roy: "Revolution und Konterrevolution in China." Berlin 1930. Soziologische Verlagsanstalt. A. d. Engl. H. S. übersetzt von Paul Fröhlich. 480 S. 1 Kte. Manabendra Nath Roy ist Kommunist, aber auch als Kommunist ein Einzelgänger, sein Buch "das Ergebnis einer langen revolutionären Tätigkeit in seiner eigenen Heimat, Indien und in China". Das brachte aber auch eine gründliche Kenntnis der Dynamik beider und des Schauplatzes ihrer Bewegungen mit sich, und damit gerade jene Grundlage, die eine bewußt scharf einseitige Beleuchtung von links der chinesischen Geschichte bis heute für Geopolitik höchst wertvoll macht. Schmerzlich berühren wird viele die Abwertung Sun Yat Sens. Aber wer dessen letztes Gesicht in seiner Totenmaske hetrachtet, dem sagt es, daß ein im Höchsten und Letzten schwer enttäuschter Mann dahinging. Er starb enttäuscht wie Kung-Tse (S. 291). Aber auch Marx und Engels werden. zerzaust und müssen sich ihr ungenügendes Material über China und ihre Unfähigkeit, ein letztes Wort darüber zu sprechen, vorwerfen lassen. Am schönsten noch wird mit Plechanow gerechtet. Die Betrachtungsweise der Taiping, des Reformanlaufs unter Kwang-Hsü, des Zusammenhangs beider auch in seiner Wirkung auf Wesenszüge des verschreckten chinesischen Bürgertums, der Hintergrund des Verrats von Yüan Shi Kai, des "sozialen Phänomens Feng ist nach meiner Kenntnis der Lage herb, aber auch von dieser Seite für ein richtiges Schauen unentbehrlich. Leider gestattet der Raum nicht, einige von den blitzartig scharfen, treffenden Urteilen im Wortlaut zu geben, denen der Übersetzer gut gerecht wird. Schade, daß Roy die sozialistische Periode Wang-an-Shi's im 12. Jahrhundert nicht unter die Lupe nimmt. Daß sie diese Erfahrung schon längst hinter sich hatten, änderte eben viel am soziologischen Denken der Chinesen! Die "drei Prinzipien" Suns sind das "verwirrende Vermächtnis" eines Sehers und Träumers - aber weiß sich Roy ganz von diesen Lastern frei - trotz aller "Theorie"? Seine eigenste Überzeugung scheint auf den S. 288-292 hervorzuleuchten, wo allerdings das Eingreifen der Sowjets in China verklärt wird. Hier ist ein wertvoller Schlüssel zum Verständnis der Ideologie, die Sowjets und Selbstbestimmungsbewegung Südostasiens umspannt. Alles in allem: ein bedeutsames, für das psychologische Verständnis dieser größeren asiatischen und der chinesischen Bewegung ganz unentbehrliches Zeugnis eines Wissenden - wenn auch einseitigen Einzelgängers!

#### 16. Der große Brockhaus — Bd. VIII. Leipzig 1931. H-Hz. F. A. Brockhaus.

Trotz dem Raumgedränge eines der lexikologisch ungünstigsten Buchstaben weiß man auch in diesem Band die mit Recht so oft an diesem Handbuch des Wissens gerühmte geopolitische Linie zu halten. Als Beweis heben wir unter den Großaufsätzen den "Hafen" mit ausgezeichneter Bildheranziehung hervor, wenn wir auch gern neben den rein technischen Quellen pol. geogr., wie Krümmel, Rühl u. a. gefunden hätten; "Heimatschutz"; "Holz- und Holzhandel" leisten auf schmalem Raum das mögliche. Mit Befriedigung sieht gerade die neuere Richtung der Erdkunde "Humboldt" mit der glücklichen Idee einer Bildfolge über den äußeren Eindruck seiner großen Persönlichkeit geehrt. Zu unserem engsten Arbeitsfeld uns wendend, finden wir die vielen chinesischen Städte, die mit "Hai" (Meer) und "Hang" (Boot) beginnen: Haiphong, nun Fr; Hang-tschou (mit Lageplan und treffender Sicht auf den West-See); Hanjang, im Plan mit Hankau vereinigt; Hanoi (Fr.) besonders treffend gekennzeichnet. Ebenso das vielumstrittene "Hakka"-Problem; die konzentrierten Bemerkungen über die Insel "Hainan", die gut gewählten Worte über "Hakodate", während vielleicht nur mit E. Zahl und Lage angeführte kleinere japan. Städte sogar entbehrlich wären. "Hawaii" hat wohl das Mindestmaß an Platz für die wichtige Übergangsstation zwischen Ost- und Westpazifik abbekommen; aber, was hineingebracht wurde, ist staunenswert. Mit Freude sah man auch die errechneten E.Zahlen von 1929 durch die Zählung 1930 i. w. bestätigt. Die "Heilquellen" sind europazentrisch behandelt. Für "Herat", "Hohneck", die "Heide", "Hohenrätien" sind Abbildungen gewählt, die trotz der Kleinheit ungewöhnlich viel zeigen. In solcher Auswahl, wie auch in den zum Glück reicher mit Raum bedachten Bildern der "Hochgebirge" in den Diagrammen zu "Höhengrenze" liegt auswählende Kunst und treffsicheres erdkundliches Wissen zugleich (wie auch z. B. in der regionalen Ausstattung zu "Holzbau"), das eigens gerühmt und besonders anerkannt werden muß. Durch welche Fülle von Bild und Wort mußte "Himalaya", "Hinduismus", "Hindukusch", auch wohl "Hongkong" zu der Prägnanz der letzten, knappsten Formulierung hindurchgesteuert werden! So sieht der Kenner gerade in diesem, einem der schwierigsten Bände besonders deutlich die sichere Führung.

Aus Zeitschriften und Broschüren besonders Bemerkenswertes:

17. Prof. Dr. Aufhauser: "Asiens Studierende an westlichen Hochschulen." München 1931. Selbstverlag. Vorzügliche Übersicht des wichtigen, in weiten Kreisen in seiner Bedeutung zu wenig erkannten Problems, bei dem Mitteleuropa weit ins Hintertreffen geraten ist. Eine wünschenswerte Ergänzung gerade hier.

18. Pacific Affairs: März-Heft 1931: u. a. K. Saunders: Mahatma Gandhi; Chu Ching-Hai: Kemmerer Report; Summary d. "Indian Round Table Conference" u. a. mehr!

19. "Sinica" Jahrg. VI: Heft i Schülers ausgezeichnete Studie über "Die Stämme Chinas"; Heft 2 Liu Hai-su: Richtungen der modernen chinesischen Malerei, dann "Schrift und Schreibkunst in China"; "Schrift in der Kunst"; Amans "Zur Lage in China" — voll Leben, wenn auch natürlich mit eigensten Werturteilen dazwischen.

20. "L'Universo", die mit starkem geopolitisch erziehendem Unterton ausgezeichnet geleitete Florentiner Z. S. d. "Istituto geografico militare", bringt - neben verschiedenen, über den Jahrgang verstreuten indopaz. Schilderungen - auf S. 1184 und 1194 d. Jahrg. XI, H. 11 in Besprechungen über Giusti: "Urbanismus in Italien", und Ginotta: "Die Alpen in ihrer politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsbedeutung" Anzeichen, auf welchem gesteigerten geopolitischen Verständnis in der Erziehung weiter Kreise die Erfolge der italienischen Außenpolitik ruhen. Hier ist der große Überblick über die Gefahr des Urbanismus, über die einheitliche Alpenpolitik, - der anderswo

21. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1930. J. C. B. Mohr. S. 64 Hans Überschaar: "Studentenbewegung in Japan" — auf nicht ganz 30 S. eine Übersicht von einem Wissenden über eine der wichtigsten Zukunftsmächte Japans, in dem der Konflikt der Generationen ungewöhnliche Schärfe annimmt. (S. Toyohiko Kagawa!)

22. Zeitschrift f. Missionskunde und Religionswissenschaft; 46. Jahrg., 2. Heft schildert Walther Wüst mit gewohnter psychologischer Feinheit Rabindranath Tagores Gedichtwerk -- (einen edlen, aber weniger dynamischen Gegenpol zu 18!)

— mit jenem reichen und tiefen indologischen Wissen, das wir gern auch für die Politik und Wirtschaft seines Volkes mehr genützt sehen würden.

#### OTTO MAULL:

## Systematisch-erdumspannender Literaturbericht

Nikolaus Creutzburg: Kultur im Spiegel der Landschaft. Das Bild der Erde in seiner Gestaltung durch den Menschen. Ein Bilderatlas. 16 S. Einleitung. 374 Abb. auf 212 S. Leipzig (Bibliographisches Insitut) 1930. In Leinen-, auch in Mappenausgabe für Projektionszwecke RM. 45,—.

Creutzburg hat es unternommen, aus den reichen Bilderschätzen, die Forschungsreisen, Studienreisen zu rein photographischen Zwekken, Flieger- und Luftschiffahrten heimgebracht und bei anderen Gelegenheiten gesammelt haben, eine systematische Auswahl zu treffen, die an den Kulturlandschaften und den Kulturlandschaftselementen der Erde gegenständlich orientiert ist. Im ganzen sollte die Einwirkung der Kultur auf das Landschaftsbild gezeigt werden. Für dieses Unternehmen muß man ihm herzlich dankbar sein. Denn er legt damit eine große Materialsammlung vor, die keineswegs etwa lediglich der Veranschaulichung zu dienen braucht. Denn immer mehr achtet die Geographie auf einen Gegenstand ihrer Forschung, der ihr zwecks systematischer Ausbeute in den früheren Jahrzehnten nur selten zum Bewußtsein gekommen war: auf die Kulturlandschaft in ihrer Ganzheit. Es ist kein Zweifel, daß diese wertvolle Sammlung vorzüglicher Bilder gerade diesen Zweig beleben wird, weil sie ihm bequemes Studienmaterial zur Verfügung stellt. Darüber hinaus bietet sich aber auch allen anderen Zweigen der Anthropogeographie und der Länderkunde äußerst instruktives Anschauungsmaterial. Es ist unter folgenden Gesichtspunkten geordnet: Verdrängung des Wassers, Verdrängung und Neugestaltung der Vegetation, Einfügung von technischen Anlagen (Wege, Brücken, Kanäle wirtschaftliche Anlagen) und Siedlungen in die freie Landschaft, die Stadt als Landschaft.

Schon die Untergruppierung, die Creutzburg gewählt hat, bringt so erfreuliche Hinweise für die Behandlung kulturlandschaftlicher Systematik, daß man erwarten darf, daß in der Hinsicht von dem Werke manche wichtige Anregung ausgehen wird. Bei einer eventuell geplanten Erweiterung sollte allerdings die Kultur nicht lediglich auf der Stufe der Hochkulturvölker beginnen, denn, mit Ausnahme weniger Bilder, sind tiefere Stufen eigentlich nicht berücksichtigt. Auch eine stärkere Hervorkehrung des entwicklungsgeschichtlichen Elements hätte diesen Bilderatlas noch unentbehrlicher gemacht, als er für jeden ist, der sich mit diesen Fragen beschäftigt oder der sich wenigstens eine umfassende Anschauung bilden will, wie der Mensch die Erde umgestaltet hat und sie dabei auswertet.

Gustav Braun: Grundzüge der Physiogeographie. Mit Benutzung von W. M. Davis Physical Geography und der deutschen Ausgaben. Zum Gebrauch beim Studium und auf Exkursionen neubearbeitet. Bd. I: Spezielle Physiogeographie. Mit 103 Abb. XII u. 177 S. Bd. II: Allgemeine vergleichende Physiogeographie. 127 Abb. und 1 Aufschlagtafel. XII u. 256 S. Leipzig u. Berlin (B. G. Teubner) 1930. RM. 8,— u. 10,—.

Die "Grundzüge der Physiogeographie" von Davis und Braun sind die bekannte Ausgangsform dieser beiden handlichen Bücher, die aber gegenüber dieser bis auf ein paar Abbildungen und einige Textstücke entsprechend der Entwicklung der Geomorphologie vollkommen neugestaltet sind. Der 1. Band ist gemäß dem von Braun aufgestellten Sy-

stem für den Hochschulunterricht als allgemeingeographische Basis der Länderkunde gedacht. Er betrachtet die Erde als Ganzes, gibt einen Abriß von Wetter und Klima und bringt eine Einführung in die Formenlehre. Das Buch kann als eine sehr geschickte Einführung in die physische Geographie angesehen werden. Der 2. Band ist in der Hauptsache eine kurzgeraffte, vornehmlich an Beispielen gegebene Geomorphologie, die in eine strukturelle Gliederung der Erde, die Betrachtung der einzelnen geomorphologischen Formentypen und -gebiete und eine Überschau über das Relief der Erde zerfällt. Ein wesentlich kürzeres Kapitel über Klima, Boden und Pflanzenwelt schließt ab. Auch dieses Buch gibt eine gute Orientierung über die Lehren der Geomorphologie.

Alfred Hettner: Die Klimate der Erde. (Geographische Schriften H. 5.) Mit 69 Kartenskizzen und Diagrammen, 115 S. Leipzig u. Berlin (B. G. Teubner) 1930. RM, 5,40.

Diesem Buche Hettners liegt eine Aufsatzreihe zugrunde, die 1911 in der "Geographischen Zeitschrift" veröffentlicht wurde. In der vorliegenden Publikation ist sie nach Inhalt und Form durchgesehen und umgearbeitet. Sie muß in dieser bequem benutzbaren revidierten Form begrüßt werden.

Kurt Stavenhagen: Volk und Muttersprache. 47 S. Wien u. Leipzig (W. Braumüller) 1930. Brosch. RM. 1,20.

Es ist eine beachtenswerte Untersuchung über die Begriffe Volk, Nation, Mutterspracche.

Kurt Hassert: Allgemeine Verkehrsgeographie. 2., völlig umgearbeitete Auflage. Bd. 1. Mit 11 Karten und graphischen Darstellungen. X u. 408 S. Berlin u. Leipzig (Walter de Gruyter) 1931. Geh. RM. 13,50, geb. RM. 15,—

Kurt Hassert legt seine "Allgemeine Verkehrsgeographie", die 1913 in erster Auflage erschienen, aber schon nach wenigen Jahren vergriffen war, in zweiter Auflage vor. Die Anlage des damals schon gut durchgegliederten Buches ist im ganzen die gleiche geblieben. Natürlich ist aber der verkehrsgeographische Stoff dank der Entwicklung neuer

Verkehrsarten ebenso angeschwollen wie dank der Verkehrswissenschaften. Das hat dazu geführt, daß alle Kapitel der neuen Auflage eine gründliche Durch- und Umarbeitung erfahren haben, neue Abschnitte über den Flugverkehr und den drahtlosen Nachrichtenverkehr aufgenommen werden mußten und die Literatur einen ungleich größeren Umfang beanspruchte. Eine Verteilung auf zwei Bände war darum unvermeidlich, von denen der erste vorliegt, der zweite für dieses Frühjahr versprochen ist. Der zu besprechende Band behandelt den Verkehr als geographische Erscheinung an der Erdoberfläche und als Bewegungserscheinung und den Landverkehr. Der zweite Band wird den Sec-, Luft- und Nachrichtenverkehr und das Literaturverzeichnis bringen. Erweitert wurde gegenüber der früheren Auflage das Anschauungsmaterial. Das Buch ist dem Wirtschaftsgeographen Ernst Friedrich gewidmet.

Hassert faßt seine Verkehrsgeographie als "eine nach geographischen Gesichtspunkten dargestellte Verkehrslehre" auf, in der er engste Beziehungen zur Verkehrswissenschaft sorgfältig geknüpft hat. Die Geographie muß ihm für diese Art des gründlichen Ausbaus der Verkehrsgeographie aufrichtig dankbar sein. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Grundlegung einer Sonderdisziplin innige Verwurzelung in der sachlichen Grundwissenschaft verlangt, wenn eine solche besteht. Die im ersten Kapitel aufgeworfene Frage der Stellung der Verkehrsgeographie zur übrigen Geographie erschöpft sich aber keineswegs etwa mit der Betonung der vollen Selbständigkeit neben der Wirtschaftsgeographie. Denn innerhalb des gesamten anthropogeographischen Gefüges nimmt die Verkehrsgeographie eine so beherrschende Mittlerstellung ein, daß dem Referenten der Hinweis auf die Einheit wichtiger erscheint als der auf die Sonderung. Auf diesem Wege scheint auch der Zugang zu den Problemen gefunden werden zu können. Alles das macht die Hassertsche Verkehrsgeographie, mit der sich keine andere zu messen vermag, zu einer besonders wertvollen Erscheinung.

Richard Hennig: Weltluftverkehr und Weltluftpolitik. (Weltpolitische Bücherei, Bd. 20.) Mit 5 Zeichnungen. 66 S. Berlin (Zentralverlag) 1930. RM. 2,40.

Hennig behandelt die zeitweise politisch gehemmte Entwicklung des Luftverkehrs in der jüngeren Zeit, betrachtet dessen wirtschaftliche Bedeutung ebenso wie seine Beziehungen zur Politik und gibt schließlich einen Ausblick auf die Zukunft. Das Buch bietet damit eine gute Überschau über den Stand und die derzeitigen Probleme des Luftverkehrs.

Beelitz: Der Wandel der Luftschiffbewertung in der Nachkriegszeit. Sonderdruck aus "Marine-Rundschau" 1930. S. 481-493.

Der Aufsatz verfolgt den Wandel in der Bewertung des Luftschiffs von den Leistungen der Vorkriegs- und Kriegszeit über die Verurteilung des Luftschiffs nach dem Kriege und die Aufbauzeit von 1924 bis 1928 bis zum Durchbruch des Luftschiffs zur Weltgeltung.

Friedrich Metz: Die Hauptstädte. (Weltpolitische Bücherei Bd. 18.) Mit 18 Zeichnungen. 112 S. Berlin (Zentralverlag) 1930.

Geb. RM. 3,—.

Metz widmet dieses Buch dem anziehenden Thema der Hauptstädte, für das natürlich die jüngste Zeit der Bildungen neuer Hauptstädte interessantes Material zur Verfügung gestellt hat und das darum als eine zeitgemäße Erscheinung sehr zu begrüßen ist. Die politische und kulturelle Bedeutung der Hauptstadt würdigt der Verfasser in einem einleitenden Kapitel, um dann in regionalem Überblick über die Erde die Hauptstädte in enger Beziehung zu ihren Ländern zu besprechen.

Alfred Hettner: Grundzüge der Länderkunde. 1. Bd.: Europa. Mit 4 Tafeln, 269 Kärtchen und Figuren im Text. XI u. 383 S. 2. Bd.: Außereuropäische Erdteile. Mit 222 Diagrammen und Kärtchen im Text. 6 u. 488 S., 4. verbesserte Auflage. Leipzig u. Berlin (B. G. Teubner) 1927 u. 1930. Geb. RM. 14,— u. 18,—.

Hettners Grundzüge liegen jetzt in 4. Auflage vor. Gegenüber der früheren Auflage hat

diese im allgemeinen nur eine gründliche sachliche und stilistische Durchsicht erfahren, wobei natürlich auch die statistischen Angaben auf den letztmöglichen Stand gebracht und auch einige Kartenskizzen neu gezeichnet worden sind. Der zweite Band zeigt eine etwas beachtlichere Erweiterung im Text und auch in den Karten und Diagrammen. Eine besondere Empfehlung braucht naturgemäß dieses Handbuch des Altmeisters der Länderkunde nicht.

Hans Rohde: Die deutsche Auslandsund Meeresforschung seit dem Weltkriege. Mit 150 Abbildungen und 12 Kartenskizzen. 337 S. Berlin (E. S. Mittler & Sohn) 1931.

Dieses dem Reichspräsidenten gewidmete Buch ist eine geopolitische Erscheinung an sich. Denn es legt Zeugnis ab von der Forschungstätigkeit der Deutschen seit dem Kriege. Rohde hat den Stoff, den ihm die einzelnen Reisenden und Forscher zur Verfügung gestellt haben, gut überarbeitet und klar gegliedert in die landes- und völkerkundliche Forschung in Außereuropa, die Polarund Meeresforschung, die archäologisch-historische Forschung im Ausland und die geophysikalisch-astronomische und medizinische Forschung. Das Bild, das dieses Buch vermittelt, wäre allerdings noch ein wesentlich vollkommeneres, wenn auch die geographische und nicht nur die archäologisch-historische Forschung in Europa während dieser Zeitspanne mit einbezogen worden wäre, die wichtige Ergebnisse aufzuweisen hat. Allein auch so verdient dieses Buch allseitige Beachtung. Denn es zeigt den so hervorragenden Anteil, den die Deutschen in dieser Periode des politischen Tiefstandes an der Erforschung der Erde genommen haben, daß man ruhig sagen kann: die auf diese Forschungstätigkeit gegründete Wissenschaft hätte bei weitem nicht den heutigen Stand erreicht ohne die Teilnahme der Deutschen. Dafür, daß er das Material zu diesem Nachweis so bequem geordnet vorlegt, gebührt dem Verfasser aller Dank.

# ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST: Literaturbericht aus Europa und Afrika

Hans Michalski: Gegenwartsprobleme des englischen Kohlenbergbaus. Münchener volkswirtschaftliche Studien, Heft 14. 98 S. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1930.

Nach einer theoretischen Einleitung kennzeichnet der Verf. die Probleme des englischen Kohlenbergbaus ausschließlich vom Standpunkt der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Interessant ist die Angabe, daß zwischen 1913 und 1925 der Anteil der englischen Kohle am Weltkohlenverbrauch um 35%, die englische Förderung aber nur um 15% zurückgegangen ist. Als wichtigstes Mittel zur Behebung der Schwierigkeiten in der englischen Kohlenwirtschaft wird die Zusammenlegung der vielen kleinen Betriebe zu Großunternehmungen empfohlen. würde nicht nur eine Verbilligung des Förderprozesses erreicht werden, sondern auch die nach Meinung des Verf.s wünschenswerte Zusammenarbeit von Kohlenförderung, Koksgewinnung, Ausnutzung der Nebenprodukte usw. Die Abhandlung ist für volks- und betriebswirtschaftlich interessierte Leser sicherlich von hohem Interesse; dem Wirtschaftsgeographen und Geopolitiker bietet sie wenig Anregung.

M. F. Liddell: Irland. Handbuch der englisch-amerikanischen Kultur. 170 S. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1931.

Das Buch stellt sich die Aufgabe, deutschen Lesern als Einführung in das Verständnis für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zustände des heutigen Irland zu dienen. Dieses Ziel wird durchaus erreicht, indem alle irgendwie in Betracht kommenden Fragen behandelt werden. Die Gliederung ist historisch durchgeführt, indem im ersten Teil die Geschichte Irlands bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts geboten wird, im zweiten Teil das Irland des 20. Jahrhunderts geschildert wird, und der dritte Teil dem Irland von heute gewidmet ist (Land, Bevölkerung und Wirtschaft, Religion und Kirche, Erziehungswesen, Sprache und Kultur, politische Parteien und Probleme der Gegenwart).

Martin Rudolph: Geographie der Landstraßen und Eisenbahnen von Norwegen. Erg.-Heft Nr. 206 zu Petermanns Mitteilungen. 124 S. mit 11 Textabb. und 4 Profilen auf Tafeln. Verlag von Justus Perthes, Gotha 1929.

Die Arbeit behandelt zunächst die physischen und anthropogeographischen Grundlagen des Verkehrs in Norwegen und wendet sich dann einer ausführlichen Betrachtung der Landstraßen und Eisenbahnen zu, allenthalben die Beziehungen zwischen den geographischen Gegebenheiten und der Verkehrstechnik klar herausarbeitend. Die Studie enthält auch sehr viele technische Einzelheiten, über deren Wert für eine geographische Behandlung der Probleme man verschiedener Meinung sein kann. Die offenbar irgendwelchen technischen Werken entnommenen Längsprofile der verschiedenen Bahnlinien haben natürlich ihren erheblichen Wert; wir hätten es jedoch gern gesehen, wenn mindestens daneben gute Karten des Straßen- und Eisenbahnnetzes in Norwegen gebracht worden wä-

Die in Heft 4 bereits angezeigte Beilage des Erneuerungs-Verlages, Berlin-Wien, kann erst diesem Heft beigefügt werden. Wir verweisen unsere Leser des Weiteren auf die sehr beachtenswerten Neuerscheinungen der Universitätsverlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller, Wien, und des Societätsverlages, Frankfurt a. M., deren Prospekte beiliegen. Endlich sei auch die Werbung der Deutschen Rundschau der Aufmerksamkeit der Leser warm empfohlen.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Alleestraße 18 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese,

Berlin SW 68